

# ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Klemenjak, Heinz Pichler, Daniel Weidlitsch (Hrsg.)

## Corona-Krise – Herausforderungen für die Demokratie? Rückblick & Ausblick

**Dokumentation der „Kärntner Gespräche  
zur demokratiepolitischen Bildung 2020“**

Donnerstag, 22. Oktober 2020

Konferenzsaal der AK Kärnten, Klagenfurt am Wörthersee





# ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Klemenjak, Heinz Pichler, Daniel Weidlitsch (Hrsg.)

## Corona-Krise – Herausforderungen für die Demokratie? Rückblick & Ausblick

**Dokumentation der „Kärntner Gespräche  
zur demokratiepolitischen Bildung 2020“**

Donnerstag, 22. Oktober 2020  
Konferenzsaal der AK Kärnten, Klagenfurt am Wörthersee

# Inhalt

Günther Goach <b>Vorwort des Präsidenten der Arbeiterkammer Kärnten</b> . . . . .	3
Martin Klemenjak/Heinz Pichler/Daniel Weidlitsch <b>Einleitendes zur Tagungsdokumentation durch die Herausgeber</b> . . . . .	4
Martin Kowatsch <b>Begrüßung – Vorstandsmitglied der Arbeiterkammer Kärnten</b> . . . . .	7
Barbara Blaha <b>Gesellschaftspolitische Analysen und Perspektiven</b> . . . . .	9
Markus Marterbauer <b>Ökonomische Rahmenbedingungen und Konsequenzen</b> . . . . .	28
Barbara Prainsack <b>Auswirkungen der Pandemie auf das soziale Gefüge und die Ungleichheitsentwicklung – Empfehlung an die Politik</b> . . . . .	44
Barbara Blaha/Veronika Bohrn Mena/Peter Kaiser/ Markus Marterbauer/Barbara Prainsack <b>Moderiertes Abschlussgespräch zum Tagungsthema</b> . . . . .	56
<b>Kurzbiographien der Herausgeber und Referent*innen</b> . . . . .	80



Foto Credit: AK/ Jost & Bayer

**Günther Goach**  
Präsident der  
Arbeiterkammer Kärnten

## Vorwort

Mit der Veranstaltungsreihe „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ leistet die Arbeiterkammer Kärnten, gemeinsam mit der Veranstaltergemeinschaft, einen wesentlichen Beitrag zur Förderung und Stärkung demokratischer Wertvorstellungen. Die neunte Auflage dieser Fachtagung hat sich im Jahr 2020 dem aktuellen Thema „Corona-Krise“ und den Auswirkungen und Herausforderungen auf das demokratische Gemeinwesen gewidmet. Fachbeiträge beleuchteten die sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgewirkungen der Pandemie mit dem Ziel, gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen aufzuzeigen und zukunftsweisende Forderungen zu erheben. Nach einer analytischen Bestandsaufnahme wurde auch die Frage beantwortet: In welcher Welt wollen wir in Zukunft leben?

Unter den geänderten Rahmenbedingungen wurde diese Tagung als sogenannte „Hybridveranstaltung“ abgehalten. Neben den anwesenden Delegierten beteiligten sich erstmals Teilnehmer\*innen auch aktiv über ein eigens eingerichtetes Onlineportal.

Es sei an dieser Stelle betont, dass die „Corona-Krise“ gezeigt hat, welchen bedeutenden Einfluss ein funktionsfähiger Sozialstaat bei der Krisenbewältigung hat und dass die sozialpartnerschaftlichen Institutionen dafür unerlässlich waren und sind. Es zeigte sich auch, dass systemrelevante Funktionen und Berufe, die bisher unterbewertet waren, für den Notbetrieb einer Gesellschaft unerlässlich sind.

Mein besonderer Dank gilt der Veranstaltergemeinschaft – dem Universitätsclub Wissenschaftsverein Kärnten, der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, der Pädagogische Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule, der Fachhochschule Kärnten, dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB), den Kärntner Volkshochschulen, dem Institut für die Geschichte der Kärntner Arbeiterbewegung (IGKA) und der Bildungsdirektion Kärnten sowie allen Referent\*innen und Beteiligten, die aktiv an dieser Veranstaltung mitgewirkt haben. Die vorliegende Dokumentation soll neben einer inhaltlichen Zusammenfassung auch Impulse für weiterführende Veränderungsbemühungen geben.

**Günther Goach**  
Präsident der Arbeiterkammer Kärnten

Martin Klemenjak/Heinz Pichler/  
Daniel Weidlitsch  
Einleitendes zur Tagungsdokumentation  
durch die Herausgeber

Im Jahr 2020 wurden die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ zum neunten Mal im Konferenzsaal der Arbeiterkammer Kärnten in Klagenfurt am Wörthersee durchgeführt. Der Themenschwerpunkt lautete „Corona-Krise – Herausforderungen für die Demokratie? Rückblick & Ausblick“.

Mit dem Verlust des Selbstverständlichen offenbart die Corona-Krise, welchen bedeutenden Einfluss ein funktionsfähiger Sozialstaat auf die Krisenbewältigung hat. Es zeigt sich, dass systemrelevante Funktionen und Berufe, die bisher unterbewertet waren, für den Notbetrieb einer Gesellschaft unerlässlich sind. Die Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen zur Krisenbewältigung war und ist unverzichtbar. Deutlich wurde, dass es stabiler Bereiche wie den Sozial- und Gesundheitsbereich, das Bildungswesen, die Wasserversorgung oder das öffentliche Verkehrswesen bedarf, die nicht den Regulativen einer profitorientierten Marktwirtschaft überlassen werden dürfen. Die Bedeutung sozialer Kontakte für das Wohlbefinden und Wertvorstellungen wie Solidarität und Achtsamkeit sind für das demokratische Gemeinwesen unabdingbar. Der Ruf nach einem „Zurück zur Normalität“ warf die Frage auf, welcher gesellschaftliche Normalzustand in Zukunft anzustreben wäre? Wie kann das demokratische Gemeinwesen gestärkt und welche Prioritäten sollten in Gesellschaft, Wirtschaft und im sozialen Gefüge stabilisiert und ausgeformt werden? Die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2020“ boten einen analytischen Blick auf die Corona-Pandemie 2020 und fokussierten auf die Kernfrage: In welcher Welt wollen wir in Zukunft leben?

Das Organisationsteam der „Kärntner Gespräche 2020“ setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen (in alphabetischer Reihenfolge):

- Irene Cennamo, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, Arbeitsbereich Erwachsenenbildung und berufliche Bildung
- Gerlinde Duller, Bildungsdirektion Kärnten
- Anna Enderle, Institut für die Geschichte der Kärntner Arbeiterbewegung
- Martin Gressl, Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung
- Horst Peter Groß, Universitäts.club|Wissenschaftsverein Kärnten
- Florian Kerschbaumer
- Martin Klemenjak, Fachhochschule Kärnten, Studienbereich Gesundheit und Soziales, Studiengang Soziale Arbeit
- Isabella Penz, Arbeiterkammer Kärnten
- Heinz Pichler, Arbeiterkammer Kärnten
- Tamara Prosegger, Berufspraktikantin
- Josefine Scherling, Pädagogische Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule
- Daniel Weidlitsch, Arbeiterkammer Kärnten
- Katharina Zimmerberger, Die Kärntner Volkshochschulen

Zum Aufbau der Publikation: Bei den hier vorliegenden Beiträgen handelt es sich um transkribierte Keynotes, ergänzt um die daran anschließenden Wortmeldungen aus dem Publikum und den Diskussionsbeiträgen aus den Online-Chats. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurden in Abstimmung mit den Referent\*innen geringfügige Änderungen vorgenommen. Martin Kowatsch, Vorstandsmitglied der Arbeiterkammer Kärnten, begrüßte – in Vertretung von AK-Präsident Günther Goach – die Teilnehmenden der Hybrid-Tagung (Präsenz vor Ort und online). Die Leiterin des Momentum Instituts, dem Think Tank der Vielen, Barbara Blaha, widmete sich gesellschaftspolitischen Analysen und Perspektiven. Markus Marterbauer, Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien und Vizepräsident des Fiskalrates, beschäftigte sich mit ökonomischen Rahmenbedingungen und deren Konsequenzen. Die

Leiterin des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Barbara Prainsack, stellte die Auswirkungen der Pandemie auf das soziale Gefüge und die Ungleichheitsentwicklung in den Fokus Ihrer Ausführungen und formulierte Empfehlungen an die Politik. Im Rahmen des moderierten Abschlussgespräches zum Tagungsthema diskutierten die Referent\*innen mit der Gewerkschafterin und Autorin Veronika Bohrn Mena sowie mit Landeshauptmann Peter Kaiser.

Die Herausgeber dieser Tagungsdokumentation bedanken sich an dieser Stelle bei den Mitgliedern des Organisationsteams für die kollegiale und produktive Zusammenarbeit. Ein großes Dankeschön gebührt Tamara Prosegger und Anna Enderle für die Transkription der einzelnen Beiträge sowie der Arbeiterkammer Kärnten für die Bereitstellung der finanziellen und räumlichen Ressourcen; dadurch war es erst möglich, diese Fachtagung – unter Berücksichtigung entsprechender Sicherheitsbestimmungen im Zusammenhang mit COVID-19 – erfolgreich zu realisieren.



Martin Kowatsch

## Begrüßung – Vorstandsmitglied der Arbeiterkammer Kärnten

Geschätzte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, es ist unerlässlich und bedeutungsvoll für unsere Arbeiterkammer, Platz und Raum zu schaffen, um demokratische Werte zu diskutieren und uns mit gesellschaftlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Heuer ist es ganz besonders interessant, wichtig und ich glaube auch notwendig, über die Corona-Krise, Covid-19 und die damit verbundenen Herausforderungen für die Demokratie zu diskutieren. Wir haben im Frühjahr gesehen, was passiert, wenn das Selbstverständliche, das wir immer gewohnt sind, auf einmal weg ist, wenn Veränderungen eintreten, wir uns auch verändern sollen und müssen. Das Selbstverständliche für die Krisenbewältigung ist ein funktionierender Sozialstaat, das hat sich auch deutlich gezeigt.

Man muss besonders betonen, wie wichtig systemrelevante Funktionen und Berufe sind. Es ist auch zu wenig zu sagen, dass es für „Heldinnen und Helden des Staates“ einen Corona-Tausender geben soll. Und wenn das schon gesagt wird, dann muss dieses Versprechen auch eingehalten werden. Die Grenzen des Kapitals, mehr Privat weniger Staat, sind doch schonungslos aufgezeigt worden. Was muss staatlich geregelt werden? Wir haben gesehen, dass es wichtig ist, stabile Bereiche wie das Sozial- und Gesundheitswesen, das Bildungswesen, die Wasserversorgung und anderes mehr zu haben. Das darf nicht einer profitorientierten Marktwirtschaft überlassen werden. Wir haben das ganze Lob gehört, wie wichtig ein Gesundheitswesen ist. Durch das stabile Gesundheitswesen ist Österreich besser durch die Krise gekommen. Als der Peak nach unten gegangen ist, hat es nicht lange gedauert – und das sollten wir uns auch bewusst machen – bis schon wieder Expertinnen und Experten aufgetreten sind, die gesagt haben, ob überhaupt so viele

Betten im Gesundheitswesen benötigt werden, man könnte doch sparen. Auch ein Punkt für eine Diskussion: Achten wir darauf, dass wir uns dieses System erhalten.

Es ist aber auch bewusst geworden, dass soziale Kontakte unerlässlich und wichtig für eine Gesellschaft sind. Wir können nicht alles online und über den Computer abarbeiten, wir müssen auch miteinander reden und uns dabei anschauen können. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Wir haben heute eine Veranstaltung, wo wir die Chance haben, über diese Thematik zu diskutieren, Fragen zu stellen und auch einen Ausblick zu geben, in welcher Welt wir leben und wie wir das gesellschaftspolitische Miteinander gestalten wollen.

Für mich ist es von großer Bedeutung, dass wir uns die interessantesten Vorträge anhören, uns an den Diskussionen beteiligen und – das ist unerlässlich – uns vor allem kritisch einbringen. Ich hoffe, dass es uns gelingt, gemeinsam Ideen und Forderungen zu entwickeln. Für die Arbeiterkammer darf ich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Stelle im Namen unseres Präsidenten Günther Goach herzlich begrüßen. Für die Arbeiterkammer sowie für ihren Präsidenten ist es wichtig zu betonen: Gerechtigkeit muss sein. Die Arbeiterkammer hat die Kampagne „Österreich braucht einen Gerechtigkeitsschub“ entwickelt, denn auf die oftmals nicht vorhandene Gerechtigkeit muss hingewiesen werden. Ein weiteres bedeutungsvolles Thema ist die Demokratie. Demokratie passiert nicht von alleine. Demokratie muss sich immer wieder den neuen Herausforderungen stellen und Demokratie müssen wir vor allem immer wieder lernen. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob das gut ist, wenn man mit der Angst der Bevölkerung spielt, jede Woche einen anderen Kommentar aussendet, eine neue Verordnung an die Bevölkerung herausgibt und damit Angst initiiert. Meiner Meinung nach ist Angst kein positives Zeichen für die Zukunft und – noch einmal stärker ausgedrückt – absolut verwerflich. Wir sollten und müssen gemeinsam mit positiven Ansätzen unsere Zukunft entwickeln.

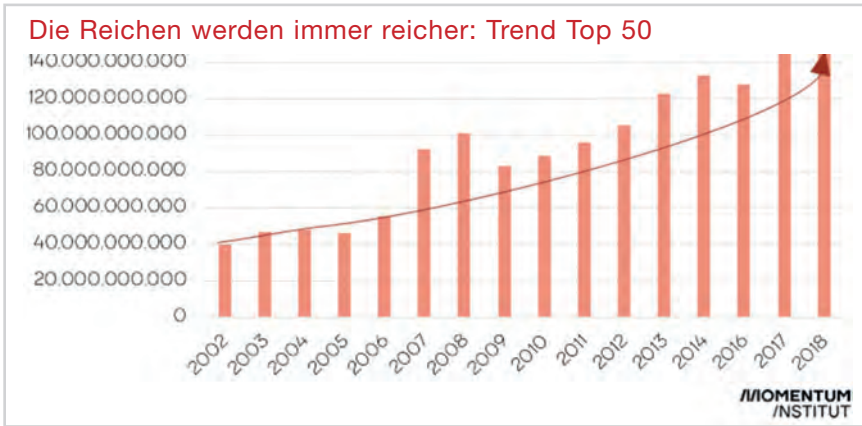
Abschließend möchte ich meinen Dank an das Kooperationssteam für die ausgesprochen gute Organisation aussprechen. Aufgrund der aktuellen Situation ist es nicht einfach, diese Veranstaltung so durchzuführen. Es ist aber von großer Bedeutung, dass wir sie trotzdem abhalten, wichtige Themen weiterbringen und gemeinsam diskutieren. Ich wünsche Ihnen eine spannende interessante Veranstaltung. Danke und ein herzliches „Glück auf“.

## Barbara Blaha

# Gesellschaftspolitische Analysen und Perspektiven

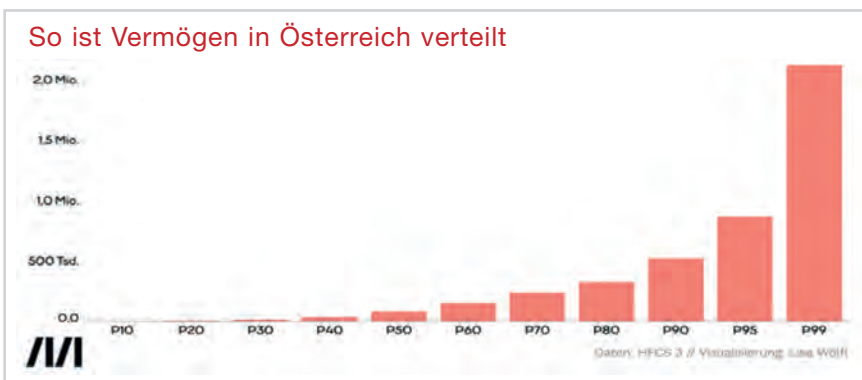
Ich möchte die Dinge, die mir vor allem in dieser Corona-Krise aufgefallen sind und wo ich glaube, dass sie uns noch für eine sehr lange Zeit begleiten werden, ein bisschen ausführen. Lassen Sie mich zuallererst mit dem Gedanken beginnen, dass uns die Pandemie in den letzten Monaten eigentlich nichts gelehrt hat, was wir nicht schon vorher gewusst haben. Wir wissen, unter welchen Bedingungen Frauen, vor allem Frauen aus Osteuropa, unsere Alten pflegen. Wir wissen auch, unter welchen Bedingungen zum Beispiel in der Fleischproduktion gearbeitet wird. Wir wissen auch, dass gerade in Österreich nicht Talent, Interesse oder Begabung darüber entscheiden, welche Bildungslaufbahn man einschlägt, sondern immer noch die Geburt. Das alles war schon vor der Pandemie so, aber die Pandemie ist eine Art Brandbeschleuniger für all diese Problemfelder. Im Rahmen der demokratiepolitischen Gespräche möchte ich mich auf zwei Bereiche konzentrieren, die insbesondere für eine sogenannte Demokratie-Krise sorgen könnten oder sie weiter verschärfen könnten. Dazu werden wir uns vor allem mit der Frage von Arbeitslosigkeit und der Verteilung des Krisenpakets auseinandersetzen. Wir sehen uns auch an, wie es mit der Vermögensverteilung in diesem Land aussieht.

## Vermögensverteilung und Steuerbelastungen



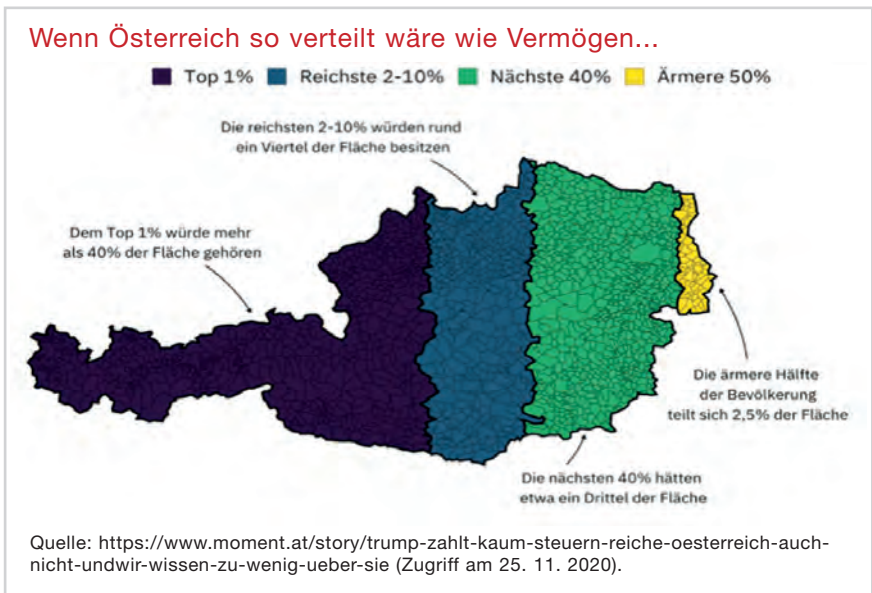
Dazu beginnen wir direkt mit einem Blick auf die Zahlen, wie sich die Vermögensentwicklung in den letzten Jahren präsentiert hat. Auf dieser Grafik sieht man einen Ausblick von 2002 bis 2018. Man erkennt, dass die Reichen immer reicher werden. Das ist ein Stehsatz, da erzähl ich ihnen wirklich nichts Neues. Gleichzeitig sehen wir, dass diese Entwicklung eine ist, die ungebremst verläuft. Wir sehen auch, dass sich das Vermögen in Österreich sehr ungleich verteilt.

Die nächste Grafik zeigt die Verteilung des Vermögens nach Perzentilen. Man sieht, dass im obersten Perzentil auch am meisten an Vermögen angehäuft wird.



Das ist nicht nur in Österreich so, das ist eigentlich etwas, das können wir in ganz Europa – tatsächlich auf der ganzen Welt – verfolgen. Wir sehen aber, dass Österreich hier in der Frage, wie wenig eigentlich die unteren 50 % haben, ganz weit vorne liegt.

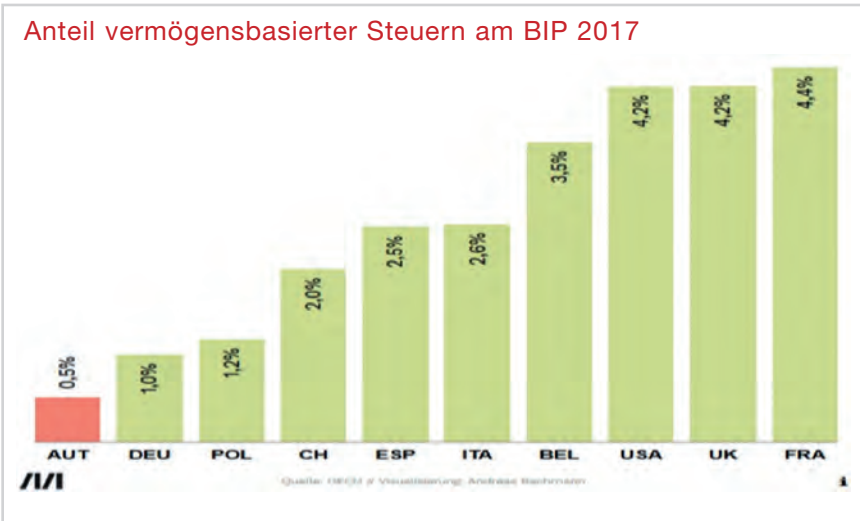
Um es ein bisschen anschaulicher zu machen, folgt eine Karte von Österreich, die Folgendes zeigt: Würde man das Land so verteilen wie das Vermögen, dann wäre der gelbe Bereich ganz außen – das ist nicht einmal das ganze Burgenland, das ist nur ein Stückchen davon – sich das halbe Land quasi aufteilen. Den Top 1 % gehören insgesamt 40 % der Fläche, den Top 10% ein weiteres Viertel. Das heißt, die Vermögensverteilung in diesem Land ist tatsächlich extrem ungleich.



Jetzt sind wir mittendrin in der Krisenbekämpfung. Auch die Regierung hat mit dem Slogan „Koste es was es wolle“ vor allem dazu beigetragen, dass man das Gefühl hat, Geld ist auch ein Stück weit abgeschafft, die Milliarden werden nur so herum geschoben. Es ist mittlerweile von solchen Summen die Rede, dass man tatsächlich auch schon ein wenig den Überblick verloren hat. Schön langsam beginnt auch die Debatte darüber, dass das am Ende des Tages irgendwer zahlen muss.

Wenn wir uns ansehen, wie unser Steuersystem momentan verteilt ist und wie wer zu unserem Steuerkuchen beiträgt, dann ist klar, dass wir auch hier eine krasse Ungleichentwicklung haben. Hier sieht man den Anteil der vermögensbasierten Steuern in Österreich.

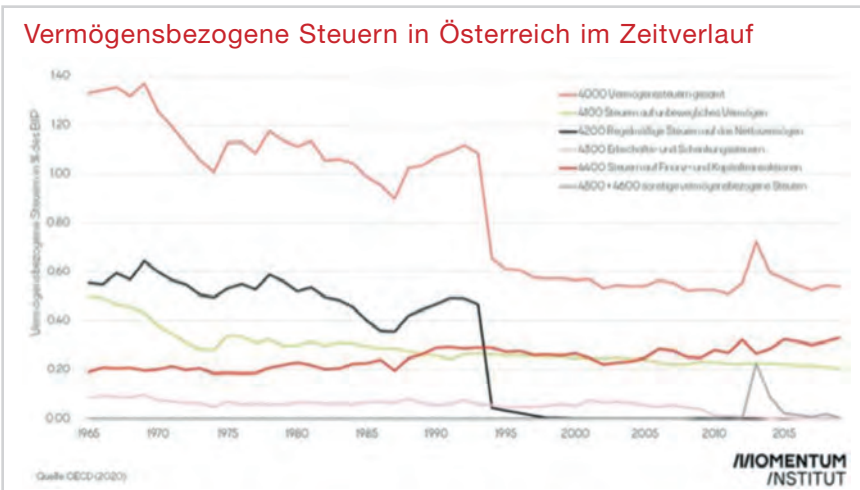
Anteil vermögensbasierter Steuern am BIP 2017



Mit 0,5 %, verglichen mit anderen europäischen Ländern, sind wir hier tatsächlich absolutes Schlusslicht und wir sehen auch, dass sich das in den letzten Jahren verschärft hat.

In der nächsten Darstellung sieht man die Entwicklung der vermögensbasierten Steueranteile seit 1965.

Vermögensbezogene Steuern in Österreich im Zeitverlauf



Diese befinden sich sozusagen – und das muss man klar sagen – im freien Fall. Politische Bestrebungen von der Regierungsseite, das zu ändern, sind leider eine absolute Fehlanzeige.

## Sozialstaat und Faktor Arbeit

Ganz anders stellt sich das dar, wenn wir den Faktor Arbeit ansehen. Der Faktor Arbeit ist jener, der vor allem dazu beiträgt, dass unser Sozialstaat finanziert werden kann, der dazu beiträgt, dass wir Schulen bauen können, der dazu beiträgt, dass wir auch öffentlichen Nahverkehr haben. Auch hier sind wir im internationalen Vergleich sehr weit vorne. Das heißt, jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer, jede Konsumentin, jeder Konsument trägt 80 Cent von jedem Steuereuro bei. Anders als jene, die wirklich viel Geld haben. Letzte Woche hat Finanzminister Blümel ein Budget vorgelegt, das die Krise deutlich abbildet. Wesentliche Schwerpunkte, insbesondere im Bereich der Arbeitslosigkeit, fehlen meiner Analyse nach. Gleichzeitig hat er in dieser Budgetrede im Parlament bereits angekündigt, dass wir dann auch mal wieder runter von den Schulden müssen und wir spätestens 2023 beginnen müssen, diese abzubauen. Jetzt ist natürlich die Frage, wenn wir anlässlich der demokratiepolitischen Gespräche in die Zukunft schauen wollen, was denn diese Ankündigung bedeutet. Wo kommt denn das her, wenn wir uns daran machen wollen, die Schulden auch wieder zu reduzieren? Da wird in erster Linie natürlich über Ausgabenkürzungen nachgedacht. Das ist insofern ein Problem, als dass es ein bisschen in der Natur der Sache liegt, dass wenn ich die Ausgaben wie etwa Sozialleistungen reduziere, dann fehlt das Geld den Menschen ganz konkret auch, um es wieder auszugeben.

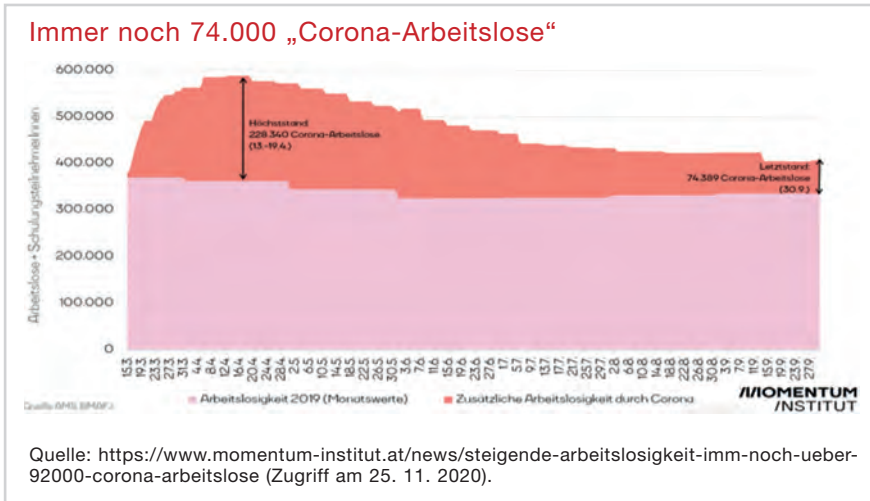
### Wo wird der Sparstift angesetzt?

Wir konnten das nach der Finanzkrise 2008 und 2009 beobachten. Auch da wurde viel Geld in die Hand genommen, zu früh wurde wieder mit dem Sparen begonnen, was dazu führte, dass wir sechs bzw. sieben sehr magere Jahre mit stagnierender Wirtschaft, hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere hohe Langzeitarbeitslosigkeit, die uns eigentlich bis heute begleitet, erlebt haben. Das heißt, jene Langzeitarbeitslosen aus der letzten Krise haben wir bis zum Beginn der Corona-Pandemie nie wieder auf dem Arbeitsmarkt untergebracht. Was uns die Vergangenheit auch lehrt ist, dass oft dort gespart wird, wo es vermeintlich niemanden weh tut, wo es am einfachsten geht. Das sind jene Investitionen, die auf Dauer aber die wichtigsten wären. Das ist eigentlich fast schon ein irrer Gedanke: In einer Zeit, in der Österreich eigentlich zur Vermeidung der nächsten Krise dringend viel mehr und nicht weniger Geld investieren muss bis hin zu einer Wende in eine klimaneutrale Wirtschaft. Das heißt,

hier zu sparen wird uns auf lange Sicht extrem viel kosten. Und die Akteurinnen und Akteure kennend – Stichwort Finanzminister Blümel – dann können wir uns ausmalen, wo der Sparstift angesetzt wird. Das wird vor allem bei den Sozialausgaben der Fall sein. Das ist, so meinen Mainstream-Ökonomen, vor allem wachstumsfreundlich. Das hat allerdings auch handfeste demokratiepolitische Folgen. Denn man sollte kurz überlegen, wie sich eine Kürzung, sagen wir zum Beispiel bei der Mindestsicherung, argumentieren oder legitimieren lässt, wenn die Ursache für den erhöhten Finanzierungsbedarf tatsächlich an einem Virus liegt. Da hat niemand geprasst, da hat niemand über seine Verhältnisse gelebt, das stimmt in normalen Zeiten nicht, aber das stimmt insbesondere in Zeiten einer globalen Pandemie nicht. Und was passiert, wenn man Leuten Geld kürzt, die wirklich gar nichts für die Verschuldung können. Das konnte man sich in Europa in den letzten Jahren ja auch sehr eindrucksvoll ansehen. Wir kennen Studien, unter anderem aus Großbritannien, die besagen, dass jene Regionen, die am heftigsten für den Brexit gestimmt haben, jene Regionen sind, in denen der Sparstift am wütendsten regiert hat.

Erst vor wenigen Tagen wurde eine Studie publiziert, die das Demokratievertrauen in ganz Europa und auf der ganzen Welt gemessen hat. Diese kam zu einem alarmierenden Befund. Vor allem die Jungen in südeuropäischen Ländern haben der Demokratie ihr Vertrauen entzogen. Die Ursache dafür ist, wenn das politische System als grundlegend ungerecht empfunden wird und an der Verbesserung der Lebensverhältnisse tatsächlich nichts beiträgt, dass dann eine demokratische Gesellschaft in eine veritable Vertrauenskrise schlittert. Das hat auch mit dem Erleben von Ohnmacht zu tun, mit dem Erleben von Machtlosigkeit, mit dem Erleben von ausgeliefert sein. Das halten Menschen generell nicht besonders gut aus. Eine Gruppe erlebt das tagtäglich, ich habe schon darauf hingewiesen, die Langzeitarbeitslosigkeit ist seit der Finanzkrise sehr hoch, eine Rekordarbeitslosigkeit herrscht derzeit auch bei uns vor. Schauen wir dann ein bisschen weiter. Es zeigt sich auch, dass die Reichen in der Corona-Krise tatsächlich reicher werden. Die Arbeitslosigkeit steigt dabei aber dramatisch an.





## Arbeitslosigkeit: Betroffenheit – Lebenseinkommensverlust – Demokratieskepsis

Wir haben immer noch zehntausende Corona-Arbeitslose, das heißt, wir sind noch lange nicht auf den Stand von vor 16. März 2020. Wir sehen aber auch, dass die offenen Stellen massiv eingebrochen sind. Die jüngsten Zahlen habe ich mir gestern noch angeschaut. Wir haben knapp über 60.000 offene Stellen, aber hundertausende Arbeitslose im Land, das heißt, wer heute arbeitslos ist, der wird es noch lange Zeit bleiben. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nähert sich wieder dem Rekordniveau von 2017. Wir kommen jetzt auch saisonal bedingt wieder in eine Phase steigender Arbeitslosigkeit. Im Herbst und Winter ist es ja tatsächlich immer so, dass die Arbeitslosigkeit auch wieder nach oben geht.

Leider ist es aber auch so, dass wir in den Krisen- und Konjunkturpaketen für genau diese Gruppe kaum Maßnahmen vorfinden. Wir sehen aber auch, dass die Arbeitslosigkeit ungleich verteilt ist. Nicht jeder ist von dieser Arbeitslosigkeit gleich betroffen. Je geringer die formale Bildung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, in die Arbeitslosigkeit zu rutschen oder bereits gerutscht zu sein. Insbesondere gilt das im niedrig qualifizierten Bereich.

Die zweite Gruppe, die es sehr stark trifft, sind die Jüngeren. Also auch das ist eine arbeitsmarktpolitische Lehre, die wir uns für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger mitnehmen können. Ganz junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen und das ist etwas, das sie ihr

Leben lang begleiten wird. Wir wissen aus Studien, wer in der Phase eines wirtschaftlichen Abschwungs ins Berufsleben einsteigt, dann mit Arbeitslosigkeit konfrontiert ist, der hat einen Lebenseinkommensverlust für sein gesamtes Leben. Das heißt, er wird nie wieder auf das Niveau kommen, das jemand, der in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs ins Berufsleben eintritt, erreicht hätte. Das spreche ich vor allem deshalb an, weil ich bereits vorher Südeuropa angesprochen habe. Da sind die Jungen gegenüber den demokratischen Institutionen extrem kritisch eingestellt, weil sie nach der Finanzkrise 2008/2009 ganz stark erlebt haben, dass die Demokratie für sie nicht da ist. Da reden wir von Rekordjugendarbeitslosigkeit und dem Gefühl der Ohnmacht und des „ich gehöre da nicht dazu, das ist ein System das nicht für mich gemacht ist“. Das führt auf lange Sicht zu einer Demokratieskepsis, die tatsächlich gefährlich werden kann.

### **Frauenarmut – Ohnmachtsgefühle**

Eine zweite Gruppe, die überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen ist, weil sie vor allem auch viel in der Geringfügigkeit beschäftigt ist, sind die Frauen, die in der Corona-Krise ja auch ganz besonders Doppelt- und Dreifachbelastungen ausgesetzt waren. Wir erinnern uns kurz an das Homeschooling, all die Haushaltsarbeit, dass man heute am Equal Pay Day auch noch dazu sagen muss, dass wir ja immer noch weit weg von Gerechtigkeit sind. Das heißt, dass aufgrund von Teilzeitarbeit oder der Tätigkeit in geringer bezahlten Branchen, Frauen 37 % weniger Lohneinkommen haben. Das setzt sich ihr ganzes Leben lang fort. Wenn sie dann von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bekommen sie natürlich auch weniger Arbeitslosengeld, es gibt eine Pensionslücke, die sich gewaschen hat. Frauenarmut ist im Alter tatsächlich eher die Regel als die Ausnahme. Eine Zahl, die ich diese Woche erst herausgefunden habe als wir Singlehaushalte verglichen haben, ist, dass sie sogar um ein Drittel weniger erben. Es zeigt sich wirklich überall ein Gap. Wohin führen Massenarbeitslosigkeit, das Gefühl von Ohnmacht, das Gefühl von nicht dazugehören, das Gefühl von ausgeliefert sein. Das macht etwas mit der Psyche. Das heißt, in einer Gesellschaft, die den Zustand von Massenarbeitslosigkeit als gegeben hinnimmt, so wie wir das die letzten zehn bzw. 15 Jahre zunehmend getan haben, rutschen Menschen auch psychisch in Zonen wo klar ist, dass das etwas in ihnen auslöst. Geht es mir psychisch nicht gut, gibt es natürlich noch weitere gesundheitliche Folgen, insbesondere im Langzeitbereich. Alle psychosozialen Dienste melden sprunghafte An-

stiege bei den Betreuungen, die sie durchführen. Das bedeutet, dass hier für arbeitslose Menschen ein weiterer Problemherd, gerade im gesundheitlichen Bereich, liegt.

### **Hilfspakete sind ungleich geschnürt**

Schauen wir uns noch kurz an, was die Regierung macht. Hier hat sich unser Institut das jüngste Konjunkturpaket, das die Regierung präsentiert hat, angesehen. Alle Hilfen – von Kurzarbeit über Unternehmensrettungen, über Hilfgeldzahlungen, Härtefond aber auch die Investitionen – sind aufgelistet. Fast 60% des Geldes gehen an die Unternehmen, nur 20 % gehen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das heißt, dass auch die Hilfspakete ungleich geschnürt sind. Da stellt sich jetzt ein bisschen die Frage, was wir da tun können. Ich habe ein paar Maßnahmen mitgebracht und ich würde mich sehr freuen, diese auch noch zu diskutieren. Das hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll nur einen kleinen Ausblick geben, dass es durchaus möglich wäre, Dinge zu tun.

### **Faktor Arbeit entlasten**

Der erste Punkt ist glaube ich eine Sache, die uns verbindet: der Umbau des Steuersystems. Wichtig wäre es, den Faktor Arbeit endlich zu entlasten. Es kann nicht sein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Sozialstaat faktisch allein finanzieren, wo ja auch Unternehmen etwas von einem starken Sozialstaat haben. Und der wichtigste Punkt: die progressive Besteuerung des Faktors Vermögen. Ich habe bereits eingangs die Zahlen gezeigt. Das Vermögen ist extrem ungleich verteilt, die Vermögensbesteuerung in anderen Ländern macht immerhin 2, 3, 4, 5 % aus, während es bei uns nur 0,5 % sind. Die führen übrigens nicht dazu, dass das Vermögen gleicher verteilt wird. Vermögen wächst viel schneller, als wir es besteuern. Selbst mit einer höheren Besteuerung wird die ungleiche Vermögensverteilung de facto nicht geschlossen, das heißt, hier könnte man ruhig großzügig drüber nachdenken, wie wir bei Vermögenden tatsächlich auch dafür sorgen, dass sie etwas zum Sozialstaat beitragen.

### **Nettoersatzrate bei Arbeitslosigkeit erhöhen**

Dann natürlich Stichwort Arbeitslosigkeit. Hier geht es darum, Menschen ihre Würde zu lassen oder zurückzugeben. Eine wichtige Forderung wäre die Nettoersatzrate auf 70 % zu erhöhen. Wir wis-

sen, dass Arbeitslose ja nur 55 % von ihrem letzten Einkommen in der Arbeitslosigkeit bekommen. Besonders die niedrig Qualifizierten sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Das heißt, das Niveau, von dem ihr Arbeitslosengeld berechnet wird, ist schon sehr niedrig. Im Schnitt erhält ein Arbeitsloser 970 €, Frauen noch mal um 18 % weniger. Das ist ganz klar unter der Armutsschwelle. Und es ermöglicht kaum ein Leben in Würde und sorgt natürlich – Stichwort psychische Belastung – für dauerhafte Unsicherheit und auf Dauer für eine Art Krise.

### **Ein neues Konjunkturpaket**

Dritter Punkt: Meiner Meinung braucht es ein neues Konjunkturpaket. Das, was wir haben, wird nicht ausreichen, uns auch nicht dauerhaft aus der Krise führen und vor allem nicht für genug Aufschwung sorgen, um auch wieder für mehr Beschäftigung zu sorgen. Das heißt, hier wäre eine Möglichkeit, ein weiteres Paket zu schnüren und zwar ein ordentlich mutiges – Stichwort Klimawandel. Ich hatte es vorher schon angesprochen, das ist ja etwas, dass uns die nächsten Jahre sehr beschäftigen wird. Sinnvollerweise bildet ein Konjunkturpaket diese Überlegungen auch schon ab. Eine Möglichkeit wäre die Verteilung von Konsumgutscheinen, die klar an nachhaltigen Konsum gekoppelt sind. Dann wäre noch eine Möglichkeit zusätzliche Klimamilliarden auszugeben. Wir haben uns im Budget angesehen, wie es mit den Klimainvestitionen aussieht. Es gibt den nationalen Klima- und Energieplan und in diesem ist sehr genau ausgerechnet, wie viel es bräuchte, damit wir unsere Klimaziele erreichen. Momentan halten wir bei 40 % dessen, was wir bräuchten, um die Klimaziele zu erreichen. Die Lücke zu dem, was es braucht, liegt bei 60 %. Hier ist also noch viel zu tun.

### **Öffentliche Beschäftigung forcieren**

Wir müssen weg von der Idee, dass öffentliche Beschäftigung irgendeine Art von Stigma ist. Der private Sektor wird die Job-Krise in den nächsten Monaten, wahrscheinlich im nächsten Jahr, nicht lösen. Sie werden nicht die Kraft haben, weitere offene Stellen zu schaffen. Hier muss der Staat einspringen, insbesondere im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit bietet sich eine Jobgarantie in gemeinschaftlich sinnvollen Bereichen wie Pflege, Bildung, nachhaltige grüne Jobs an. Öffentliche Beschäftigung ist ein Punkt, aber alleine im Bereich der Pflege fehlen bis 2030 75.000 Jobs. Da hätten wir mehr als genügend Beschäftigungsfelder.

Klimainvestitionen habe ich bereits erwähnt. Hier braucht es mindestens eine Verdreifachung. Es ist viel zu tun. Allerdings – das ist vielleicht noch ein wichtiger Hinweis – wir können uns das auch leisten. Wir befinden uns in einem Nullzinsumfeld. Momentan verdienen wir Geld dran, wenn wir uns am Kapitalmarkt finanzieren. Also Menschen zahlen uns Geld dafür, dass sie Österreich Geld borgen dürfen. In unsicheren Zeiten suchen Anlegerinnen und Anleger eben sichere Häfen. In diesen Zeiten werden keine solchen Investitionen getätigt – Stichwort Arbeitslosigkeit, Stichwort Klimakrise.

Unsere Kinder werden uns in 20, 30, 40 Jahren nicht fragen, wie hoch die Staatsverschuldung ist, sondern sie werden uns fragen, warum wir denn das mit dem Klimawandel nicht hinbekommen haben als es euch nichts gekostet hat?

### Fragen & Antworten

**Heinz Pichler:** Vielen Dank für diesen sehr interessanten ersten Input. Ich habe vergessen, die Kurzbiographie zu erwähnen. Sie ist ja vorher bereits eingebledet gewesen. Barbara Blaha gründete und leitet das Momentum Institut – einen „Think Tank der Vielen“, der sehr breit aufgestellt ist. Sie hat uns eine analytische Einführung gegeben, aber auch bereits Vorschläge gemacht, wie wir die Krisenbewältigung gestalten könnten. Sie spricht von einer sozialen Schiefelage unserer Gesellschaft, von Vertrauensverlusten in die Demokratie. Ich darf auch die Online-Beteiligten dazu auffordern, Fragen zu stellen, wenn etwas unklar war. Nicht jeder wird wissen, was die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld ist und warum sie 70 % sein soll und nicht 55 % oder was progressive Steuerbelastung ist. Das würde ich dann auch als eine Frage von mir an Sie formulieren: Diese progressive Belastung von Vermögenseinkünften, was würde das konkret bedeuten, welche Effekte hätte das? Und ich bitte auch Frau Cennamo von der Universität Klagenfurt/Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, Arbeitsbereich Erwachsenenbildung und berufliche Bildung ihre Fragen zu formulieren.

**Irene Cennamo:** Das Ganze ist etwas befremdlich. Vielen Dank für den Input, Frau Blaha. Ich darf den Arbeitsbereich Erwachsenenbildung und berufliche Bildung sowie die Studierenden meines Instituts vertreten. Ich bedanke mich aber auch als Frau, dass Sie sich der – in Krisenzeiten so strapazierten – Gendergerechtigkeit in der Arbeitswelt so engagiert annehmen. Die zwei Ebenen, die ich gerne ansprechen möchte, sind: (a) die Frauen in der Arbeitswelt

(Stichwort, gender pay gap) sowie Führungspositionen als Teilzeitjob für Frauen die kaum gegeben sind und (b) Krisen in strukturschwachen Regionen. Da geht es grundsätzlich in beiden Ebenen um ungleiche Verteilung. Was kann in diesem Zusammenhang die Bildungswelt bzw. Erwachsenenbildung erreichen, wenn zum Beispiel die Digitalisierung nicht immer alle Orte erreicht, aber auch überfordert ist und dann eine Art Benachteiligung im Sinne der beruflichen Angemessenheit und privaten Erreichbarkeit bedeutet; was macht das mit der sozialen Kohäsion am Land. Dies betrifft sodann auch die Frauen, die viel häufiger in Teilzeitarbeit beschäftigt sind als Männer, und wir wissen, dass Führungspositionen noch sehr konservativ in die Hände von Vollzeitarbeitenden fallen. Ich würde Sie daher gerne fragen, ob es da ihrerseits irgendwelche Ausblicke gibt, denn die „Pädagogik kann die Politik nicht ersetzen“, darüber hat Franz Hamburger in den 1980er Jahren geschrieben. Der erste Aspekt ist also, dass die Position einer Führungskraft noch ausschließlich als Vollzeitjob vorgesehen ist und diese nun mal mehr Männer als Frauen innehaben. Der zweite Aspekt sind die genannten strukturschwachen Regionen, wie beispielsweise Kärnten, Sie sprechen in ihrem Vortrag dabei vom globalen Süden oder auch vom Süden Europas. Ich würde aber auch vom Süden Österreichs sprechen und auch von jenen, die regional und ländlich sind und eben nicht urban. Welcher Achtsamkeiten, Gesetze bedürfen diese zwei Beispiele in einer Krisenzeit, um die bereits vorhandene ungleiche Verteilung nicht noch mehr zu verstärken? Danke.

**Heinz Pichler:** Danke Irene Cennamo für diese erste Wortmeldung, eine weitere Wortmeldung kommt von Irmgard Lechner. Darauf folgt dann die Frage des BRG Viktring.

**Irmgard Lechner:** Sie haben in ihrer Statistik angeführt, dass vor allem Jugendliche sehr stark betroffen sind und die Statistik hat mit 50 Jahren geendet. Die Situation in Kärnten ist so, dass vor allem Ältere von der Corona-Krise am meisten betroffen sind – mit mehr als 16 % mehr im Verhältnis zum September des Vorjahres. Haben Sie Ideen, wie man diese Schwierigkeit von dieser Krise betroffen zu sein als junge Person am Beginn der Erwerbstätigkeit bzw. als ältere Person am Ende der Erwerbstätigkeit, lösen könnte?

**Heinz Pichler:** Danke Irmgard Lechner vom IFA Kärnten, eine Kooperationsorganisation bei unseren Veranstaltungen. Bei den Wortmeldungen erkennt man die Struktur der Besucherinnen und Besucher im Saal: Es sind Schulen hier, es sind Personen verschiedenster Bildungseinrichtungen hier, Repräsentantinnen und

Repräsentanten von befreundeten Organisationen. Als nächstes darf ich das BRG Viktring bitten, sich zu Wort zu melden.

**Alexander Sonnleitner:** Danke vielmals. Durch die Corona-Pandemie hat man irgendwie erfahren, dass es eine Stärkung der Nationalstaaten gibt, vielleicht vermisst man auch ein bisschen die WHO in vielen Bereichen. Man könnte vielleicht sagen, dass es eine Reduzierung der Globalität gibt und eine Rückkehr der Nationalität oder Lokalität, nicht im Bereich des Tourismus, sondern auch im Bereich von politischen Entscheidungen. Sehen Sie in dieser Hinsicht die moderne Demokratie, die sich aufgrund von globalen Entscheidungen im 21. Jahrhundert entwickelt hat, aufgrund von Klimakrise und Separationsbewegungen als gefährdet? Sehen Sie diese Rückkehr zur Nationalität vielleicht als eine Gefahr der modernen Demokratie?

**Heinz Pichler:** Danke für diese interessante Wortmeldung Herr Sonnleitner vom BRG Viktring. Ich würde vorschlagen, dass wir eine erste Beantwortungsrunde machen und ich darf vielleicht jetzt noch mal einen Aufruf in Richtung Online-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer machen: Schreiben Sie bitte Ihre Fragen, Ihre Anmerkungen, aber auch Rückmeldungen an die Referentin jetzt in den Chat. Einen Teil dieser Anmerkungen und Fragen werden wir dann einblenden. Ich darf nun Frau Blaha um ihre Antworten bitten.

**Barbara Blaha:** Vielen Dank, für die Fragen, die formuliert wurden. Es sind viele spannende Aspekte dabei. Zu Beginn möchte ich anmerken, dass sich mein Vortrag auf Vermögen und Arbeitslosigkeit als zwei Faktoren, die die Demokratie ins Rutschen bringen und für einen Vertrauensverlust sorgen können, konzentriert. Natürlich gibt es noch mehr Faktoren. Vielleicht ganz kurz zur ersten Frage zu Teilzeit/Vollzeit. Den Gender-Pay-Gap haben wir schon angesprochen. Es gibt viele Faktoren, die wir vermeintlich heraus rechnen können, um diesen Lohnunterschied von 37 % erklären zu können. Mein Problem mit der Berechnung oder dem Herausrechnen ist natürlich, dass das immer auch dazu dient, die Dinge auch ein wenig zu verschleiern. Es gibt eben kein Naturgesetz, dass jene Branchen, in denen Frauen beschäftigt sind, so viel schlechter bezahlt sind. Das müsste überhaupt nicht so sein, ist aber so. Das Interessante ist, dass uns andere Länder zeigen, dass es gar nicht so sein müsste. Ich gebe euch ein Beispiel: In den skandinavischen Ländern ist der Pflegebereich auch von Frauen dominiert, jedoch viel stärker staatlich organisiert und weniger an NGOs ausgelagert. Unsere NGOs haben hohen Lohndruck, den sie auch weitergeben, weil sie

ihn von oben quasi bekommen. Klar werden dann die Frauen viel schlechter bezahlt. Das ist in Skandinavien ganz anders, obwohl auch das eine klassisch frauendominierte Branche ist. Das heißt, es gibt schon Stellschrauben, an denen gedreht werden könnte.

Natürlich würde sich der Gender-Pay-Gap ein wenig schließen, wenn mehr Frauen in Vollzeitbeschäftigungen gehen würden. Was wir da ein Stück weit auch vergessen ist, dass es ja nicht so ist, als wären die Frauen zu blöd zu verstehen, dass Teilzeitbeschäftigung heißt weniger Lohn, weniger Arbeitslose, weniger Pension. Die vermeintliche Wahlfreiheit gibt es halt ganz oft nicht.

Sie haben die **strukturschwachen Regionen** angesprochen, da sind wir mittendrin in den Fragen „Wie viel Kinderbetreuung habe ich am Land? Wie lang haben die denn offen? Wenn es eine Kindergruppe gibt, ab wie viel Jahren habe ich denn die Möglichkeit, mein Kind auch in eine Kindergruppe geben zu können?“ Die beste Versorgung, die wir in Österreich kennen, ist die in Wien und selbst da muss man klar sagen: Wenn du einen Vollzeitjob hast und du hast ein Kind im Kindergarten mit den Wegzeiten, dass das dann verdammt knapp wird und es sich zwei- bis dreimal im Monat nicht ausgehen wird. Da reden wir schon von sehr privilegierten Verhältnissen, während klar ist, dass es in der Steiermark, Kärnten, aber auch in Tirol und Vorarlberg vielerorts die Möglichkeit gar nicht oder nur sehr weit weg gibt. Da muss ich lange hin pendeln, was meine Wegzeit wieder erhöht und so weiter. Das brauche ich ihnen nicht zu erzählen, das wissen wir alle bereits. Also hier Initiativen zu setzen, zum Beispiel einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung einzuführen, dass nicht erst ab drei Jahren wahrzunehmen, sondern bereits ab null Jahren. Dann denken wir noch ein bisschen anders, nämlich nicht nur in der Frage, wie Frauen Erwerbsbiografien an jene der Männer angeglichen werden können, sondern stellen wir uns die Frage, ob es überhaupt eine Biografie ist, die wir erstrebenswert finden. Mein Zugang wäre es, dass es eher eine radikale Arbeitszeitverkürzung und zwar für alle braucht. Wenn wir 30 Stunden arbeiten, dann geht sich dabei auch ein erfülltes Familienleben aus und es führt dazu, dass ich mich mit der Frage, ob das in der Führungsetage nun Vollzeit oder Teilzeit ist, nicht mehr auseinandersetzen muss, weil beide 30 Stunden arbeiten.

Dann die Frage nach den **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – junge und ältere**. Ich gebe ihnen aber Recht, dass gerade die Langzeitarbeitslosigkeit eher die Älteren betrifft. Wir sehen, wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit allen Schwierigkeiten



eigentlich aus langen Phasen der Arbeitslosigkeit in die Pension wechseln, die das dann auch mit sich bringt – Stichwort Altersarmut, insbesondere für die Frauen. Das ist auf jeden Fall richtig. Ich denke, wir könnten hier auch an zwei Bereichen ansetzen. Das ist auf der einen Seite die Frage der Lehrstellengarantie. Also wenn klar ist, dass uns der Markt die Lehrstellen nicht mehr schafft, muss überlegt werden, welche gemeinschaftlich sinnvollen Jobs, in denen Jugendliche dann auch wirklich sinnvoll ausgebildet werden, können wir staatlich bereitstellen, können wir öffentlich bereitstellen. Was mir noch ein Stück weit fehlt ist die Akzeptanz. Also ich sehe am Arbeitsmarkt und anderswo ganz klar: Überbetriebliche Lehren werden so ein bisschen als die Reste-Rampe gesehen, die gute Lehrstelle ist jene, die quasi im Privatbereich organisiert worden ist. Von diesem Stigma müssen wir weg. Und die zweite Sache ist natürlich die Jobgarantie. Wir brauchen im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit einfach öffentliche Beschäftigung, es braucht eine Jobgarantie weit über das Ausmaß der „Aktion 20.000“ hinaus.

Und dann noch die Frage der **Rückkehr zur nationalen Demokratie**. Ich bin nicht sicher, ob ich dem so zustimmen würde. Es stimmt natürlich, dass Reisewarnungen dazu führen, dass die Menschen weniger unterwegs sind. Das ist klar. Gleichzeitig sehen wir, dass der Flugverkehr schon fast wieder auf dem Niveau vor der Krise ist, also so viel mehr zu Hause bleiben die Menschen jetzt nicht mehr. Eine Sache, die mich im Frühjahr mehr beschäftigt hat, war die Frage auf europäischer Ebene und wie da im Bereich der Pandemiebekämpfung miteinander umgegangen wurde. Ich gebe ein Beispiel: Es gab einen Paradigmenwechsel, auf europäischer Ebene gab es von Deutschland und Frankreich zum ersten Mal den Vorstoß zu sagen, dass wir uns als Eurozone gemeinsam verschulden können, das macht uns stärker, auch gegenüber den Kapitalmärkten. Die schwächeren EU-Partnerinnen und -Partner würden davon profitieren, dass sie quasi in der Gemeinschaft mitgenommen werden. Wer sich dagegen gesperrt hat war unter anderem Österreich. Die haben bis zuletzt hart dagegen gekämpft, dass dieses Instrument möglich wird. Mit dem Verweis auf die sogenannten „Fleißigen“, die „Braven“. Wenn man sich die Zahlen anschaut, stimmt das vorne und hinten nicht. Das führt natürlich dazu, dass sich im nationalen Kontext auch eine gewisse EU-Skepsis ausbreitet. Also wenn sich der Kanzler hinsetzt und sagt, dass die verdammte EU unser Steuergeld dem faulen Italien gibt, dann macht das was mit der Frage, wie sehr ich dieser Institution noch zustimme und wie sehr ich dieser Institution noch vertraue. Das halte ich für ein großes Problem, also, dass in jeweiligen Nationalstaaten die Europäische

Union in unterschiedlicher Ausfärbung als Sündenbock, als Buhmann verwendet wird. Das ist aber keine Neuigkeit, das hatten wir schon davor und das hat mit der Pandemie ursächlich nichts zu tun. Es ist auch hier wieder ein Brandbeschleuniger.

**Heinz Pichler:** Vielen Dank an Barbara Blaha für die Beantwortung der Fragen. Jetzt blenden wir eine Auswahl der Chat-Beiträge aus dem Livestream ein. Bis jetzt sind insgesamt 20 Rückmeldungen über den Chat hereingekommen. Folgende Fragen und Anmerkungen wurden ausgewählt:

- „Stichwort Arbeitslosigkeit: Was ist mit den älteren Arbeitnehmer\*innen? Die ab 50jährigen sind hier nicht mehr ausgebildet und sind auch ganz stark betroffen, auch Akademiker\*innen!“ – Anonym
- „Gerade im Bereich der Pflege müssten die Jobs aber deutlich höher bezahlt werden und attraktiver gestaltet werden, damit Menschen wieder gewillt sind diese Jobs anzunehmen, da vor allem in den letzten Monaten hat der Pflegebereich massiv gelitten und ArbeitnehmerInnen haben teilweise unter unmenschlichen Bedingungen gearbeitet. Stichwort: Psychische Belastung, unbewältigbares Arbeitspensum, mangelnde Schutzausrüstung...“ – Anonym
- „Vermögenssteuer ab welchem Vermögen? Es wird ja immer populistisch davon geredet, dass durch solch eine Steuer auch Kleinvermögen belastet werden können.“ – Anonym

**Barbara Blaha:** Also ich glaube die erste Frage haben wir bereits ein besprochen. Was hier getan werden muss, habe ich schon kurz skizziert.

Den Bereich der Pflege hatten wir bei der Frage nach den Frauen in strukturschwachen Regionen schon ein bisschen mitgenommen, da kann man nur zustimmen was hier angemerkt wurde. Das sind ganz harte Arbeitsbedingungen und tatsächlich eine sehr, sehr geringe Bezahlung. Dass man hier die Jobbedingungen umgestalten und vor allem eine Aufstockung im Personalbereich vornehmen muss, damit der einzelne die Einzelne nicht mehr so stark belastet ist, ist selbst-erklärend.

**Zur Vermögenssteuer:** Das ist tatsächlich eine spannende Frage. Ich denke, dass wir in einem ersten Schritt dahin kommen, dass wir gesamtgesellschaftlich auch darüber diskutieren, dass Überreichtum ein demokratiepolitisches Problem ist. Das hat damit zu tun, wie ohnmächtig man sich fühlt und wie die Lasten in unserer Gesell-

schaft verteilt werden. Ich habe es an Steuergruppen versucht zu zeigen. Das heißt aber auf der anderen Seite auch, dass jemand, der über extrem viel Vermögen verfügt, ganz andere Mittel und Möglichkeiten hat, den demokratischen Prozess zu beeinflussen. Da werden Zeitungen gekauft, Fernsehsender gegründet, diverse Politreffen veranstaltet, wo dann ganz ohne jede Gegenleistung an Politikerinnen und Politiker extrem viel Geld gezahlt wird. Das können wir uns im Untersuchungsausschuss zu Ibiza gerade ansehen. Das ist prädestiniert, das Vertrauen in die Demokratie zu schwächen. Wenn wir das mal als Problem sozusagen übergebracht haben, dass es ein paar Menschen gibt, die so viel Vermögen haben, dass wir es uns gar nicht vorstellen können, dann ist die Frage, welche Form der Besteuerung wir uns vorstellen. Mein Vorschlag wäre in dem Kontext auf jeden Fall eine Vermögenssteuer, denn die Vermögensschere zu schließen ist zu wenig. Das heißt allerdings natürlich, dass man eine sehr großzügige Steuer ansetzen müsste. Prozent und Freibeiträge müssen dann in einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs besprochen werden. Viele Vorschläge liegen am Tisch, auch die Arbeiterkammer hat ja ein Modell zur Vermögenssteuer entwickelt. Ich denke aber, dass es zuallererst ein Problembewusstsein braucht, denn die krasse Vermögensungleichheit ist demokratiepolitischer Wahnsinn.

**Heinz Pichler:** Ja, danke auch für die Beantwortung der letzten Fragestellung zu den Vermögenssteuern. Dazu gibt es ein Buch von Martin Schütz mit dem Titel „Überreichtum“. Er war bereits in meiner Radiosendung „Panoptikum Bildung“ zu Gast. Ich darf jetzt die Anwesenden der Pädagogischen Hochschule um ihre Wortmeldungen bitten.

**Alexander Cimzar:** Dankeschön. Mein Name ist Alexander Cimzar und ich bin im Rahmen einer Fortbildungslehrrveranstaltung für Lehrpersonen hier. Ich unterrichte Deutsch und Geschichte. Meine Fragen haben sich im Rahmen des Vortrages ergeben. Die erste Frage betrifft den gefühlten Kontrollverlust, den wir an diversen Stellen im Rahmen dieser Krise wahrnehmen. Da drängt sich das Gefühl auf, dass das zur Anfälligkeit für Radikalismen führt und da ist meine Frage an sie, ob es aktuelle Studien dazu gibt, weil es ein sehr interessantes und wichtiges Thema ist. Und die zweite Frage ist, da wir gerade bei der Vermögenssteuer und beim Anheben der Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes auf 70 % waren, ob man das nicht weiterdenken kann und was Sie dabei grundsätzlich vom bedingungslosen Grundeinkommen und einer Besteuerung im Rahmen einer Finanztransaktionssteuer halten.

**Barbara Blaha:** Also Sie meinen Studien zur ersten Frage über den Zusammenhang Corona, gefühlter Kontrollverlust und ob man dadurch radikalisiert wird bzw. es Tendenzen zur Radikalisierung gibt. Barbara Prainsack hat ja unter anderem mit der Universität Wien das Corona-Panel durchgeführt. Ich würde Sie bitten, diese Frage zu beantworten.

**Barbara Prainsack:** Anscheinend ist es nicht so, dass hat uns alle überrascht. Also ich werde dann auch etwas zur Polarisierung sagen. Es gibt schon Polarisierungstendenzen, aber der Nationalismus steigt nicht. Interessanterweise sinkt die Identifizierung mit der EU. Und bezüglich der Tendenz zu populistischen Parteien sehen wir leicht die Verstärkung des Trends, den es ja schon gab.

**Barbara Blaha:** Genau. Dann noch die zweite Frage zum bedingungslosen Grundeinkommen und zur Finanztransaktionssteuer. Die Finanztransaktionssteuer befürworte ich, denn es gibt keinen vernünftigen Grund weshalb man da dagegen sein könnte. In Bezug auf das bedingungslose Grundeinkommen freue ich mich auf den Vortrag von Barbara Prainsack. Sie hat nämlich ein ganz fantastisches Buch über das bedingungslose Grundeinkommen geschrieben und das ist tatsächlich eine Geschichte über die dringend diskutiert werden muss. Allerdings ist das so ein großes Projekt und würde eine große Umgestaltung des uns bekannten Sozialstaates darstellen. Deswegen ist das keine Sache, von der ich glaube, dass sie in den nächsten Monaten kommen würde. Das ist eine Sache mit einer Perspektive von mehreren Jahren. Den Vorteilen, die das mit sich bringen würde, und vor allem der Entlastungsfunktion – gerade im Bereich Kontrollverlust, Würde, Macht, Ohnmacht – dem kann ich nur zustimmen. Das ist eine sehr spannende Diskussion.

**Heinz Pichler:** Vielen Dank. Ich darf nach weiteren Wortmeldungen fragen.

**Jochen Siutz:** Mein Name ist Jochen Siutz und ich bin Zentralbetriebsrat der Wiener Städtischen Versicherung. Was mir auffällt ist, dass wir wirklich noch immer über Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau diskutieren. Also ich wäre dafür, dass man das endlich umsetzt, vielleicht auch das Grundrecht, für jeden Menschen das gleiche Einkommen für die gleiche Tätigkeit, macht. Ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren Rückschritte machen werden, denn es kommen viele Frauen, die in Teilzeit gearbeitet haben in die Pension. Das bedeutet, dass die Durchschnittspension sinken wird. Die zweite Situation wird Homeoffice sein. Homeoffice

wird Frauen, glaube ich, mehr treffen als Männer und dann wird es auch dort wieder Teilzeitangebote geben. „Arbeit ein paar Stunden nebenbei“, und solche Dinge. Wir sollten da den Riegel verschieben. Denn wofür leben wir eigentlich? Wir leben dafür, dass wir ein schönes Leben haben und nicht, dass wir Sklaven von Firmen sind.

Und eins noch dazu, europäisch gesehen, die Fahne schaut ja wirklich gut aus, aber so hell leuchtet die nicht. Warum? Wir waren uns nicht einig, wie wir Flüchtlinge verteilen und haben die lieber herumschickt und nicht angenommen. Wir waren uns mit der Einkommensverteilung nicht einig. Ich glaube gerade die Einkommensverteilung wäre ein Thema der Europäischen Union. Die 30 größten Unternehmen im DAX haben zusammengerechnet nicht den Wert von Apple, Microsoft, Tesla und Amazon. Viele dieser Unternehmen sind auch bei uns tätig und führen aber ihre Steuern bei uns nicht ab. Und da müssen wir schon drüber nachdenken, warum haben wir in Europa keine solche Firmen und wie wir diese Firmen zwingen können, ordentlich Steuern in Europa zu bezahlen.

Der dritte Punkt ist, dass sich diese Firmen halten sich meist nicht an die Gesetze halten, die wir eigentlich alle haben wollen. Und da hätte ich schon wirklich gerne eine Antwort, was wir tun sollen. Wir können nicht mehr nur darüber reden, sondern müssen das endlich umsetzen. Ich bin für die Umsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens, dass jemand, der arbeitslos ist, kein Mensch zweiter Klasse ist. Und dass es überhaupt kranke Menschen am Arbeitsplatz gibt. Also alles wird immer schneller, der Leistungsdruck steigt und wer diesen aushält, der ist gern gesehen. Personen, die ein bisschen schwächeln, die werden nicht gerne gesehen. Und ganz, ganz schlimm finde ich, wenn jemand am Arbeitsplatz krank wird, den Arbeitsplatz verliert und dann oft auch vom österreichischen Staat relativ allein gelassen wird. Das wollte ich dazu sagen. Danke.

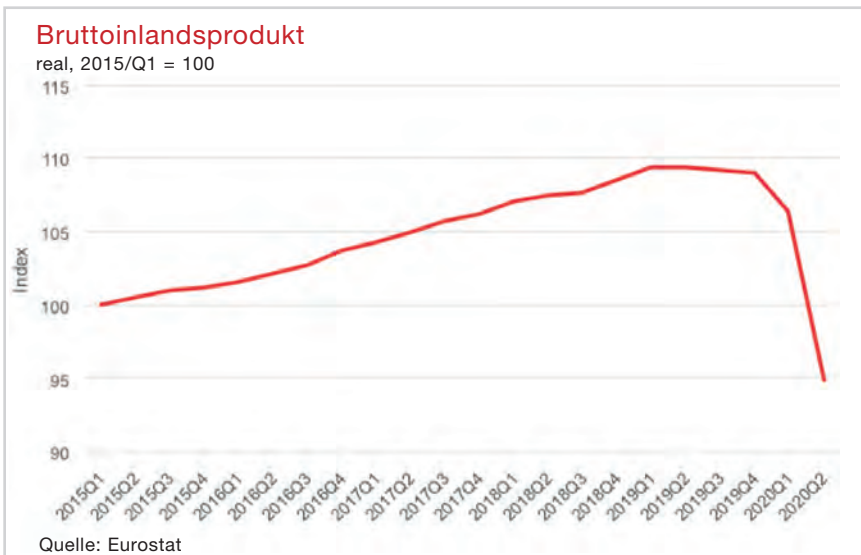
**Barbara Blaha:** Ich glaube, dass Kollege Marterbauer dazu viel sagen kann. Ich kann dem nur zustimmen. Das ist auch weniger eine Frage, sondern mehr eine Ergänzung zu meinem Referat. Alle diese Dinge sind problematisch und gehören natürlich verändert, das ist klar. Veranstaltungen wie diese, also die Öffentlichkeit, tragen dazu bei. Die Dinge laut auszusprechen kann dazu beitragen, dass sich etwas tut.

## Markus Marterbauer

# Ökonomische Rahmenbedingungen und Konsequenzen

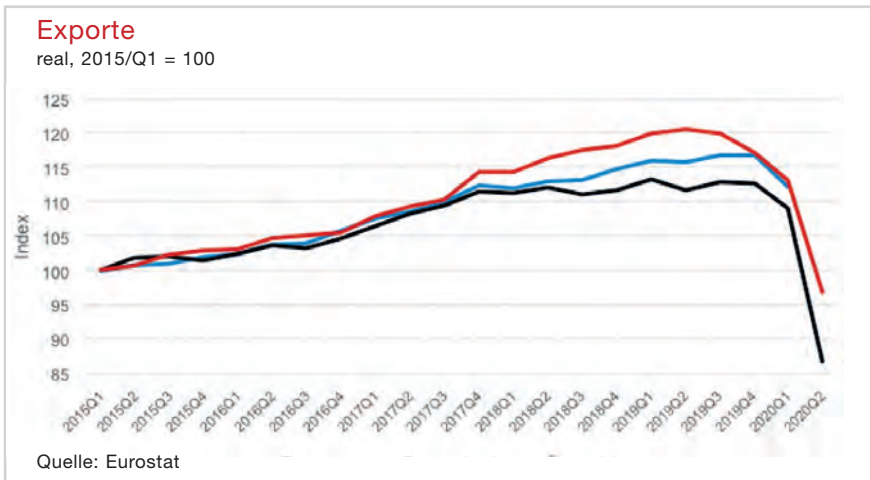
Ich werde über die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und über die Gefahren sprechen, aber primär wie wir aus dieser aktuellen Herausforderung heraus die Wirtschaftspolitik stärken können.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung: Das erste Bild zeigt den Absturz des BIP in der Corona-Krise. Man sieht das Bruttoinlandsprodukt, die Summe der erzeugten Güter und Dienstleistungen, die offiziellen Zahlen gehen derzeit bis in das zweite Quartal 2020.



Es ist nicht besonders überraschend, dass in diesem zweiten Quartal, in dem wir den Lockdown hatten, in vielen Bereichen eine Produktion gar nicht stattfinden konnte, weil die Geschäfte und einzel-

ne Betriebe geschlossen waren. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen geht also massiv zurück. Im dritten Quartal war die Situation schon wieder ein bisschen anders, die Produktion hat sich in vielen Bereichen wieder erholt. Mir geht es aber gar nicht um die konkreten Zahlen. Das Bruttoinlandsprodukt wird gegen Jahresende etwa auf dem Niveau von 2015 sein. Nun ist der Absturz natürlich dramatisch und das ist der größte Wirtschaftseinbruch seit 1945. Auf der anderen Seite möchte ich schon ein bisschen relativieren, arm waren wir 2015 auch nicht. Das ist eine Frage der Einordnung.



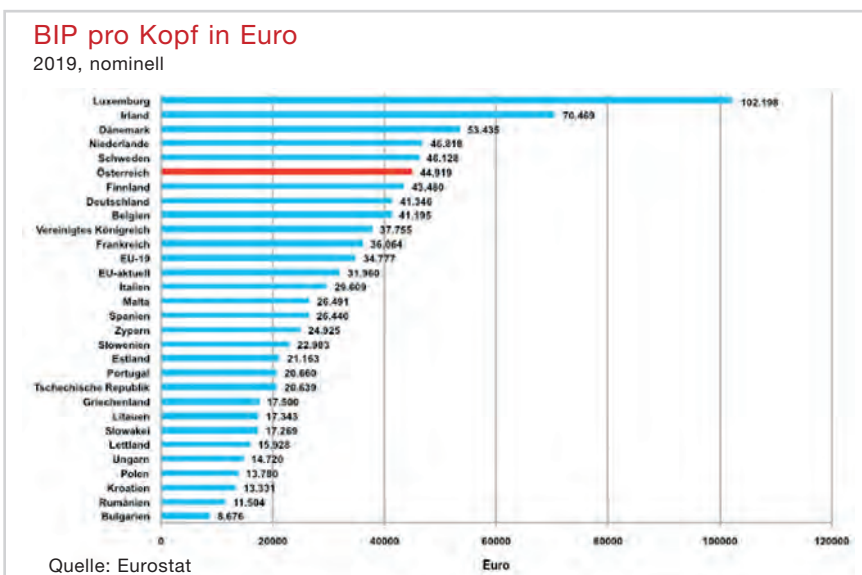
Vielleicht ein paar Punkte, wie sich der Absturz ereignet hat. In der Grafik sieht man, dass die Exporte Österreichs eingebrochen sind. Warum? Die Krise trifft unsere Handelspartner, diese kaufen uns dann weniger ab. Insgesamt hat sich aber der Export Österreichs besser entwickelt als der Deutschlands. Wenn weniger exportiert wird, dann wird auch weniger in der Industrie produziert. Man erkennt den Einbruch der österreichischen Industrieproduktion, ein dramatischer Rückgang innerhalb von wenigen Monaten, dann wieder eine Erholung, als wieder mehr produziert werden konnte. Aber im Vergleich zu Deutschland hat sich unsere Industrie ganz gut entwickelt. Es ist nicht besonders verwunderlich, denn wenn der Export besser läuft als in Deutschland, dann steigt auch die Industrieproduktion mehr. Im Wesentlichen wird ja alles, was wir in der Industrie produzieren, exportiert. Die Ausrüstungsinvestitionen, also Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge, brechen im zweiten Quartal ein, aber im Vergleich mit anderen Ländern stehen wir auch bei den Investitionen sehr gut da. Auch das ist nicht überraschend, der österreichische Standort ist im europäischen Vergleich sehr gut und wir haben da keine großen Probleme.

Beim privaten Konsum schaut es schon ein bisschen anders aus. Da ist Deutschland in den letzten Jahren besser gewesen als wir. Gleiches gilt bei Bauinvestitionen. Was ich jetzt zusammenfassend sagen will ist, dass in wirtschaftlichen Rezessionen die österreichische Entwicklung normalerweise immer stabiler ist als jene im Ausland, aber auch stabiler als jene Deutschlands. Obwohl unser exponierter Sektor Export, Industrie und Investitionen besser als in Deutschland gelaufen ist, sind wir jetzt in der Covid-Krise 2020 in der wirtschaftlichen Entwicklung schlechter als Deutschland.

### Arbeitsmarkt

Ich möchte das Bruttoinlandsprodukt, die Summe der erzeugten Güter und Dienstleistungen, als Wohlstandsmaß nicht überschätzen. Wichtiger ist wohl der Arbeitsmarkt. Der Einbruch in der Beschäftigung ist in der Krise etwa doppelt so stark wie in Deutschland und der Anstieg der Arbeitslosigkeit auch etwa doppelt so stark. Das ist schon ein Alarmzeichen. Das Budgetdefizit ist doppelt so hoch wie in Deutschland, der Anstieg der Verbraucherpreise auch etwa doppelt so stark.

Schauen wir uns das österreichische BIP pro Kopf, also die Wirtschaftsleistung pro Kopf an. Das sind 2019 44.000 €. Es geht nicht um die konkreten Zahlen. Wenn jetzt diese Wirtschaftsleistung um 6 oder 7 % sinkt, so wie es die Prognosen sagen im Jahresdurchschnitt, ist es der stärkste Einbruch seit 1945, aber es würde einen Rückfall Österreichs auf das Niveau Belgiens bedeuten.





Belgien hat eine niedrigere Produktion pro Kopf als Österreich, aber schlecht geht es ihnen auch nicht. Aber was die Covid-Krise wirklich problematisch macht ist, dass die Verluste an Produktion und Einkommen – mit jeder Produktion ist ja Einkommen verbunden – so extrem auf bestimmte soziale Gruppen konzentriert sind. Das ist das wahre Problem der Covid-Krise.

### **Hauptbetroffene der Covid-Krise**

Die hauptbetroffenen sozialen Gruppen sind aus meiner Sicht die folgenden drei:

- die Arbeitslosen, vor allem die Langzeitbeschäftigungslosen und die Berufseinsteigerinnen und -einsteiger
- die kleinen Selbstständigen, darunter besonders Ein-Personen-Unternehmen
- Kinder und Jugendliche mit bildungsfernem Hintergrund, die durch Homeschooling weit zurückgeworfen werden

Es gibt einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und im Vergleich mit Deutschland ist dieser sogar extrem stark. Das hat auch aber nicht nur mit der höheren Bedeutung des Tourismus in Österreich zu tun. Ich möchte den dramatischen Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit ansprechen, denn das wird eine der großen dauerhaften Folgen der Covid-Krise sein. Wir haben derzeit 26.000 Langzeitarbeitslose mehr als im September 2019 und diese Zahl wird weiter kräftig steigen. Wir haben jetzt schon 120.000 Menschen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Warum ist das so dramatisch? Weil Langzeitarbeitslosigkeit der direkte Weg in Armut ist. Mehr als die Hälfte der Langzeitbeschäftigungslosen sind armutsgefährdet. 60 % aller Kinder, die mit in dem Haushalt leben, wo eine Person langzeitarbeitslos ist, sind armutsgefährdet. Das heißt, wir produzieren im Moment Armut im großen Stil und ich habe nicht den Eindruck, dass die Regierung hier wirklich was tut, um diese Armut durch Langzeitbeschäftigungslosigkeit zu bekämpfen.

### **Was könnte unternommen werden?**

Das Erste ist, dass wir natürlich viel mehr Qualifizierungsmaßnahmen brauchen, vor allem um Menschen aus Bereichen mit schlechten Jobaussichten (etwa Tourismus) in Branchen mit guten Jobaussichten zu qualifizieren (Pflege, Klimaberufe, technische Berufe). In diesen Branchen hatten wir Fachkräftemangel vor der Krise und die-

sen werden wir auch danach wiederhaben. Wir können nicht davon ausgehen, dass Menschen, die heute im Tourismus arbeitslos sind, wieder im Tourismus Beschäftigung finden und brauchen hier ganz dringend Qualifizierungsmaßnahmen. Die Bundesregierung wird im Jänner mit der sogenannten Corona-Arbeitslosenstiftung beginnen. Das ist zu spät. Im Jänner sind wir im zehnten Monat der Covid-Massenarbeitslosigkeit und da kommen jetzt die ersten Qualifizierungsmaßnahmen. „Was habt ihr in den bisherigen zehn Monaten gemacht?“, wäre da meine Frage.

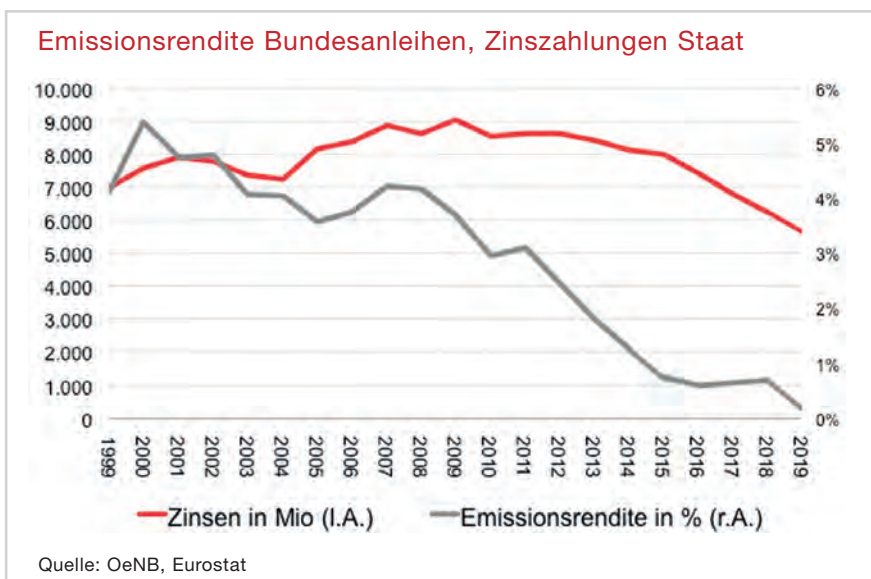
Zweiter Punkt – Vermittlung: Wir brauchen viel mehr Vermittlungskapazitäten, um Menschen auf offene Stellen zu vermitteln, wir brauchen mehr Beschäftigte beim AMS. Da hat es zwar jetzt eine Aufstockung um 250 Personen gegeben, wir brauchen aber mindestens das Doppelte, also eher 500 zusätzlich.

Dritter Punkt: Eine Jobgarantie ist ganz entscheidend. Wir haben mit der „Aktion 20.000“ ein sehr erfolgreiches Instrument gehabt, wo Langzeitbeschäftigungslose durch gemeinnützige Beschäftigung Einkommen und Auskommen gefunden haben sowie wieder in den privaten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten. In diesem Bereich und auch in Ausbildungsplätze für die Jungen muss investiert werden.

### **Investitionen durch die öffentliche Hand**

Ich möchte eines noch verstärken: In dieser Phase, in der wir eine tiefe wirtschaftliche Krise und noch tiefere Arbeitsmarktkrise haben, ist es entscheidend, dass die öffentliche Hand Geld in die Hand nimmt und in Zukunftsbereiche investiert. Das sind die sozialen Dienste, wo wir langfristig einen starken Ausbau brauchen werden – Pflege, Ganztagschulen, Kindergärten und natürlich ganz besonders der Kampf gegen die Klimakrise. Warum ist jetzt der beste Zeitpunkt? Eigentlich wäre der beste Zeitpunkt bereits vor 20 Jahren gewesen, aber aktuell gibt es besonders günstige Rahmenbedingungen. Erstens bringen Klimainvestitionen hohe gesellschaftliche Renditen, das eingesetzte Geld bringt uns viel. Zum Zweiten, der Staat kann sich im Moment zu Negativzinsen verschulden. Also der Staat nimmt eine Milliarde für zehn Jahre auf, muss in zehn Jahren aber weniger als eine Milliarde zurückzahlen. Wenn ich also die Möglichkeit habe, eine Milliarde aufzunehmen, dann weniger zurückzahlen muss und diese Milliarde dann in ein Investitionsprojekt gegen die Klimakrise stecken kann, wo die Erträge unglaublich hoch sind, dann ist es ökonomisch vollkommen verrückt, jetzt nicht im großen Stil zu investieren.

Jetzt muss man sagen, dass die Klimaministerin im Budget 2021 nicht schlecht verhandelt hat. Wir haben starke Investitionsaufwendungen, bei den ÖBB – neuer Rahmenplan bis 2026 – sind es insgesamt 17,5 Milliarden an Investitionen. Die ÖBB sind der wichtigste klimarelevante Mobilitätsanbieter. Wir haben auch in anderen Bereichen Maßnahmen, aber wo ich einen Rückschritt bei Klima und öffentlichen Investitionen befürchte ist der Gemeindebereich. Das ist jetzt natürlich überall – auch in Kärnten – relevant. Warum ist das relevant? Die Gemeinden haben durch die Covid-Krise einen Ausfall von etwa zwei Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Die Gemeinden merken das und was tun die Gemeinden, wenn sie weniger Einnahmen haben? Sie sind im Normalfall verpflichtet, ein ausgerichtetes Budget zu haben. Sie kürzen aber dort, wo sie können und das sind Investitionsprojekte, die verschoben werden. Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen. Der Bund gleicht jetzt eine Milliarde von zwei Milliarden aus, wir bräuchten aber mindestens eine zusätzliche Gemeinde-Milliarde, gerade für Investitionen gegen die Klimakrise. Auf der kommunalen Ebene ist da ganz viel zu tun. Denken wir an die Elektromobilität bei kommunalen Fahrzeugen, an die Radinfrastruktur, an das Bussystem, an das enorme Potenzial, Solarpaneele auf öffentlichen Gebäuden zu installieren. Da könnte enorm viel gemacht werden, was uns in der Klimakrise voranbringen würde und es scheitert nur an den öffentlichen Mitteln, die aber praktisch gratis zu haben wären. Es ist wirklich verrückt, jetzt nichts zu machen. Die Gemeinden können es selber nicht tun, der Bund muss ihnen helfen.



Ich möchte damit aufzeigen, dass es auch langfristig relevant ist. Wir haben, erkennbar an der blauen Linie, 2009 noch neun Milliarden Euro pro Jahr an Zinszahlungen des Staates gezahlt, heuer sind es fünf Milliarden und 2024 werden es unter drei Milliarden sein. Diese Niedrigzinsphase eröffnet also enorme Potenziale für staatliche Verschuldung. Ich möchte jetzt einen Punkt verstärken, auf den Barbara Blaha schon hingewiesen hat. Auf europäischer Ebene haben wir heute eine andere politische Situation als in der Finanzkrise 2009. Damals wurde bald nach der Krise mit Sparpaketen begonnen. Das war eine Katastrophe für viele europäische Länder, Griechenland ist dabei das Paradebeispiel. Was passiert jetzt in der Krise? Erstens hat die Europäische Zentralbank ein großes Anleihen-Programm gestartet, wo öffentliche Anleihen aufgekauft werden. Das trägt mit dazu bei, dass die Zinsen so niedrig sind und als Volkswirtschaft profitieren wir ungemein davon. Und zweitens, es wurde jetzt im Mai und im Juni die „Recovery und Resilience Facility“ beschlossen. Das heißt, die Europäische Union darf 750 Milliarden Euro an Krediten aufnehmen, um sie an die Mitgliedsländer weiterzureichen. Österreich hat lange dagegen gekämpft und zum Glück verloren. Die EU kann jetzt im großen Stil Mittel – fast 300 Milliarden von diesen 750 gehen in Zuschüsse an Italien und andere Länder – in den Wiederaufbau investieren, in die Gesundheit, in den digitalen Wandel und – ganz wichtig – in den Klimabereich, vergeben.

### **Faktor Sozialstaat**

Ich möchte zum Schluss kommen. Ich glaube, die Covid-Krise bringt gerade am Arbeitsmarkt massive Einschnitte und eine Gefährdung des Wohlstandes, besonders für manche soziale Gruppen. Es hat sich aber gezeigt, dass der Sozialstaat in dieser Krise eine Sternstunde erlebt hat, da er automatisch hilft. Wenn jemand arbeitslos wird, dann hat er unmittelbar am Ende des Monats das Arbeitslosengeld zur Verfügung, ein automatischer Einkommensersatz also. Jetzt können wir sagen, dass es zu niedrig ist und aufgestockt werden soll. Die Hilfe des Sozialstaates ist aber automatisch erfolgt und das ist die Stärke des Sozialstaates. Schauen wir uns Bereiche an, wo es den Sozialstaat nicht in diesem Ausmaß gibt, zum Beispiel bei kleinen Selbstständigen. Die haben nichts Vergleichbares zur Einkommensausfallversicherung der unselbständig Beschäftigten. Was müsste man dort tun? Mühsam musste eine eigene Institution beauftragt werden, die jetzt den kleinen Selbstständigen helfen sollte. Das hat Monate gebraucht, bis es in Gang gekommen ist. Dann hat es viele Formular- und Bürokratiefehler gegeben. Dann haben die Betroffenen einmal 500 Euro bekommen. Dann wurde das überprüft

und sie bekamen im Nachhinein noch 1.000 Euro dazu. Dieser ganze Härtefallfonds ist ein Desaster, weil es kein automatisches Sicherungssystem gibt. Hier sollte man über eine soziale Pflichtversicherung für Selbständige bei Einkommensausfällen nachdenken.

Der Sozialstaat ist effizient, er hat sehr geringe Verwaltungskosten von 2 bis 3 %, das soll einmal eine Versicherung nachmachen. Deswegen glaube ich, dass diese Krise eine Renaissance der Solidarität werden kann, wenn es gelingen kann, wirklich hilfreiche Maßnahmen für die hauptbetroffenen Gruppen zu machen. Der Sozialstaat muss also verbessert werden. Auch um besser Armut zu verhindern, nach unten abzusichern und mehr Freiheit und Freiräume zu schaffen.

## Resümee

Ich möchte kurz stakkatoartig sechs Schritte aufzählen, die ein Resümee meines Vortrages bilden und in Richtung einer besseren Grundsicherung gehen.

1. Wir brauchen eine Verbesserung unserer Mindestsicherung, die von der alten Regierung eingeschränkt wurde, vor allem auch für Kinder. Wir haben jetzt schon 80.000 Kinder, die in der Mindestsicherung unter schlechten Bedingungen leben. Übrigens sind das gleich viele Kinder wie in Millionärshaushalten, da leben auch 80.000 Kinder. Ich glaube, die zwei muss man gegenüberstellen. Wir brauchen also eine bessere Absicherung von Kindern und anderen Armutsgefährdeten.
2. Wir brauchen eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose, um die enormen Gefahren der Armut von Langzeitbeschäftigten und ihren Familien zu verhindern. Wir brauchen eine zusätzliche Milliarde für die Langzeitarbeitslosen, damit diese abgesichert werden können.
3. Wir benötigen Ausbildungsplätze für Junge. Ich glaube nicht, dass man jungen Leuten einfach Geld geben sollte. Die jungen Leute müssen einen Ausbildungsplatz haben. Und wenn es keine Jobs gibt, dann müssen sie in Schulen. Da haben wir einen enormen Aufholbedarf.
4. Die Kindergärten müssen ausgebaut werden. Wir wissen, dass Armutsgefährdung bei Kindern dadurch verringert wird, wenn man ihren Eltern Beschäftigung ermöglicht, vor allem den Müttern. Dazu braucht man aber einen Ganztageskindergartenplatz mit hoher Qualität. Hier haben wir mindestens einen Ausbaubedarf von eineinhalb Milliarden.

5. Die Pflege muss verbessert werden. Armut im Alter ist überhaupt das Schlimmste, da wir als Gesellschaft nicht wollen, dass Reich und Arm, wenn sie pflegebedürftig sind, so unterschiedlich behandelt werden. Die einen sind in einem Privatsanatorium der Luxusklasse und die anderen „siechen zu Hause dahin“. Wir brauchen einen massiven Ausbau der Pflege im ambulanten und im stationären Bereich, kurzfristig sind das mindestens 1,5 Milliarden Euro.
6. Wir müssen alle Impulse, im Bereich der Arbeitszeitverkürzung etwas weiterzubringen, unterstützen, da gerade Arbeitszeitverkürzung mehr Freiheit schafft. Als ersten Aspekt, warum man sich eine Arbeitszeitverkürzung wünscht, ist die Freiheit zu nennen, nicht die Beschäftigungssicherung. Arbeitszeitverkürzung schafft mehr Möglichkeiten, denn der Mensch ist nicht nur für die Lohnarbeit geboren. Er ist für die Familie geboren, für die Freizeit, für die Verwirklichung seiner selbst. Die Arbeitszeitverkürzung kann auch kurzfristig staatlich für die ersten ein bis zwei Jahre subventioniert werden, aber dann sollte sie sich selber tragen.

Wenn man diese angeführten Punkte zusammenlegt, dann kommt man auf einen kurzfristigen Bedarf von circa sieben Milliarden Euro zur sozialen Absicherung. Das ist irrsinnig viel Geld. Auf der anderen Seite würde selbst eine moderate progressive Vermögenssteuer nach dem Modell der Arbeiterkammer sieben bis zehn Milliarden Euro bringen. Das Modell der Arbeiterkammer sieht ja vor, dass man für die erste Million nichts bezahlt, ab einer Million muss man 1 % zahlen, ab 10 Millionen 2 %, ab 100 Millionen 3 % und ab einer Milliarde – in Österreich gibt es 42 Familien mit Milliardenvermögen – würde man 4 % zahlen. Eine progressive Abgabe bringt also zwischen sieben und zehn Milliarden. Damit könnte das alles finanziert werden. Und dabei haben wir den Bereich der Steuervermeidung noch gar nicht angegriffen. Wir rechnen, dass die Steuerlöcher alleine für Österreich, wenn ich alles zusammenrechne – und da gehe ich ganz weit, von der Verschiebung von Finanzvermögen nach Panama bis zu irgendwelchen Gastgewerben, wo die Registrierkassenpflicht nicht erfüllt wird – sind es etwa zehn Milliarden. Also wir haben irrsinnig viel Geld für sozialen Fortschritt und die Covid-Krise wird uns nicht daran hindern, an diesem sozialen Fortschritt zu arbeiten.

### **Fragen & Antworten**

**Heinz Pichler:** Danke Markus Marterbauer. An Sie, die Sie online dabei sind, jetzt ein Aufruf: Sie werden wahrscheinlich einige inter-

essante Aussagen gehört haben wie „der Mensch ist nicht nur für die Lohnarbeit konzipiert“. Schreiben Sie diese Aussagen, die sie beeindruckend finden, in den Chat. Das wäre sehr wünschenswert, weil auch die Referentinnen und Referenten dadurch entsprechende Rückmeldungen bekommen. Die erste Wortmeldung kommt von den Kärntner Volkshochschulen. Ich darf Katharina Zimmerberger um ihre Ausführungen bitten.

**Katharina Zimmerberger:** Vielen Dank für die zwei interessanten Inputs und die Unterlagen, die zur Vorbereitung zur Verfügung gestellt wurden. Meine Kolleginnen und Kollegen und ich haben es genossen, dass wir uns dem Thema in Ruhe widmen durften. Ich darf heute auch die Stimme unserer Gruppe sein, also des Lehrganges zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses. Die Gruppe ist jetzt mit den Trainerinnen und Trainern online dabei. Sie haben sich auch im Vorfeld vorbereitet und fleißig diskutiert. Ich habe mich sehr gefreut, weil die Kolleginnen und Kollegen ein Portfolio vorbereitet haben. Darin wurde auch die Frage behandelt, wie sie sich in dieser Zeit des Lockdowns gefühlt haben, wie die Corona-Krise ihr Leben verändert hat oder wie sich die Ungleichheit auf die Gesellschaft auswirkt. Zum Beispiel sagt Abdu, dass er das Fußballspielen und -schauen sehr vermisst. Dania sagt, dass sie große Angst um ihre Familie hatte und sich Sorgen gemacht hat. Dorna sagt, dass die Zeit für sie schwierig war, weil sie den Pflichtschulabschluss-Lehrgang nicht physisch besuchen, sondern nur online beiwohnen konnte. Dann haben wir noch bearbeitet, ob für sie spürbare Nachteile ersichtlich waren, wie eine kleine Wohnung, wenig Geld, Zukunftsängste usw. Ich führe das jetzt so aus, weil Sie mir als Referentinnen und Referenten aus dem Herzen sprechen. Bei dem Portfolio von der Gruppe wurde Martin Schenk zitiert: „Die, die es immer schwer haben, haben es jetzt noch schwerer.“ Von diesen Personen dürfen wir an der VHS Kärnten ganz viele Leute begleiten und deswegen wollte ich ein paar Sätze von den betroffenen Personen einbringen.

Bei den Fragen kam auch das Thema der Langzeitarbeitslosigkeit auf. Das ist glücklicherweise jetzt auch schon sehr zentral thematisiert worden. Mir hat das gefallen, dass Sie, Herr Marterbauer, gleich zu Beginn gesagt haben, dass das Soziale von der Ökonomie nicht getrennt werden kann.

Das Thema, zu dem ich Sie um eine Stellungnahme bitten würde, behandelt das Szenario der Arbeitszeitverkürzung, die ja nicht erst seit einem halben Jahr befürwortet wird, sondern schon viel länger. Das ist auf alle Fälle zu unterstreichen. Was ich noch ganz wichtig

fände, wäre die psychosoziale Gesundheit: Bildungsangebote und Beratung in diesen Bereichen. Vor allem grundlegende Bildungsangebote für Niedrigqualifizierte, um Möglichkeiten der Teilhabe zu schaffen. Ich denke es ist so wichtig, nicht nur berufsbezogene Schulungen anzubieten, sondern auch einfache Basisqualifikationen, damit Teilhabemöglichkeiten geschaffen werden. Zusätzlich sollten auch Angebote eröffnet werden, damit man psychosoziale Stabilität erlangt. Viele Menschen haben Ängste, die sich vielleicht nachhaltig manifestieren, sodass eine Berufsausübung in unterschiedlichen Kontexten gar nicht möglich ist. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen?

**Heinz Pichler:** Danke für diesen Einblick in die Grundbildung der Volkshochschule. Die nächste Wortmeldung kommt von der WI'MO, einer berufsbildenden höheren Schule für Wirtschaft und Mode in Klagenfurt. Anwesend sind die Lehrerin Frau Ilse Geson-Gombos, und die SchülerInnen Johanna Lassnig, Marie-Christin Mossegger und Lukas Primus. Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Fragen einzubringen.

**Marie-Christin Mossegger:** Ich bin die Schulsprecherin der WI'MO Klagenfurt. Mein Name ist Marie-Christin und wir sind sehr froh, dass wir heute anwesend sein dürfen, danke für die Einladung. Für uns Jugendliche ist es einfach Fakt, dass wir es in der Zukunft aufgrund der Corona-Krise sehr schwer haben werden, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ich bin jetzt zwar erst 16 und werde 2023 maturieren, aber ich mache mir schon jetzt Gedanken, wie unsere Zukunft ausschauen wird. Deswegen wollte ich sie fragen, ob sie vielleicht noch einmal genauer darauf eingehen könnten, welche konkreten Lösungen es für uns Jugendliche gibt.

**Heinz Pichler:** Sehr schön, Dankeschön für diese Fragestellung. Von den Kärntner Gewerkschaftsschulen haben wir auch Delegierte hier, die auch jetzt die Möglichkeit haben, sich zu Wort zu melden.

**Klara Isopp:** Ich bin Klara Isopp und ich besuche die Gewerkschaftsschule. Ich gehöre zu dieser betroffenen Gruppe Tourismus. Wir sind jetzt in der dritten Kurzarbeitsphase und für mich ist es genauso wie für Jugendliche – ziemlich aussichtslos. Ich muss ehrlich sagen, ich bin schwer betroffen. Was mich stört ist, dass der Bund so langsam ist. Ich verstehe nicht, auf meinem Arbeitsplatz wird von mir immer Flexibilität verlangt, ich muss alles sofort erledigen und der Bund ist in dieser Hinsicht aber unglaublich langsam. Ich verstehe, dass bei allen Fachkräften, die wir haben, nicht alles



direkt umgesetzt werden kann. Warum kommt es zum Beispiel nicht zu einer gesetzlichen Vermögensverteilung, das wäre schon längst notwendig. Ich habe das Gefühl, dass die Mitglieder des Parlaments fernab von der Realität leben.

**Heinz Pichler:** Vielen Dank für diese Wortmeldung und dass Sie für die Gruppe der Kärntner Gewerkschaftsschulen gesprochen haben. Gibt es weitere Wortmeldungen?

**Lukas Primus:** Ich bin Lukas Primus. Ich bin Schülervertreter der Modeabteilung an der WI'MO. Bei uns ist jetzt die Frage aufgekommen, welche Werte jetzt gerade in dieser Krise für uns bedeutend sind. Mit welchen Qualifikationen, mit welchen Eigenschaften können wir uns dann später in diesem umkämpften Arbeitsmarkt, der sich für uns eröffnen wird, besser präsentieren, um zu punkten.

**Heinz Pichler:** Dankeschön. Vom BRG Viktring möchte sich auch noch jemand melden.

**Rudolf Messner-Marchini:** Mein Name ist Rudolf Messner-Marchini. Ich habe eine Frage bezüglich Klimainvestitionen. Das wurde jetzt sehr oft genannt und ich frage mich da wirklich sehr oft, was genau das ist, denn ich habe den Eindruck, dass es dabei eher darum geht, das eigene Gewissen zu retten, als dass wirklich langfristig etwas gemacht wird. Und dann noch eine Frage bezüglich Demokratie und wie langsam bspw. der Bund ist. Ich vermute, da es im vorigen Vortrag um Südeuropa gegangen ist, dass das Vertrauen in die Demokratie sinkt. Ich glaube, das hat auch was mit Demokratie selbst zu tun, da vor allem die parlamentarische Demokratie, wie sie auch in Österreich zu finden ist, sehr langsam ist.

**Heinz Pichler:** Vielen Dank, danke auch für die Reflexion zu einer früheren Wortmeldung. Wir haben jetzt fünf Wortmeldungen gehabt und mir wurde gerade mitgeteilt, dass fünf Anfragen aus dem Chat eingebracht wurden. Da wir nicht mehr so viel Zeit haben, würde ich vorschlagen, wir gehen noch auf die Chat-Meldungen ein. Markus Marterbauer, sind Sie bereit, diese Menge von Anfragen und positiven Rückmeldungen zu kommentieren und zu beantworten?

### **Stellungnahmen aus dem Chat:**

- „Wir brauchen auch mehr Arbeitsplätze. Es gibt zurzeit mehr Arbeitslose als Arbeitsplätze. Wie kann man da entgegenwirken?“ – Anonym

- „Wenn überall gespart werden muss oder soll, wer wird die Umschulung bezahlen?“ – Helga Artac
- „Genau die Klein- und Mittelbetriebe, die regional Arbeit schaffen – auf die ist vergessen geworden. Da muss ich vollkommen zustimmen.“ – Anonym
- „Ich möchte Ihnen zustimmen: Als ich meinen Job verloren habe, habe ich durch verschiedene Hilfsfonds aus dem Sozialstaat und Hilfsorganisationen insgesamt einen Betrag von 1.700 Euro erhalten (exklusive Arbeitslosengeld). Es war viel bürokratischer Aufwand, viel zum Ausfüllen, aber es hat sich ausgezahlt. Darüber bin ich sehr froh!“ – Anonym
- „Der Mensch ist nicht nur für Lohnarbeit geboren! DANKE für diesen Satz!“ – Anonym

**Markus Marterbauer:** Vielen Dank. Ich muss das aufgrund der knappen Zeit ein bisschen zusammenfassen. Ich möchte mit dem wichtigen Punkt beginnen: Was bedeutet diese Krise für unsere Demokratie und ist Demokratie überhaupt als Kriseninstrument geeignet, weil sie so langsam ist? Da könnten wir lange darüber diskutieren. Es ist sicher ein gewisser Nachteil von Demokratie, dass in Demokratien erst die Abstimmung der Interessen erfolgen muss, bevor man entscheidet, in welche Richtung es geht. Demokratie hat ja den Anspruch, viele Interessen mitzunehmen, unterschiedliche Aspekte einzubinden und die Ambition, dass sich schlussendlich 100 % der Bevölkerung in irgendeiner Form einbringen können. Ich glaube, es ist die große Stärke der Demokratie, dass eben die Interessen von vielen eingebracht werden können und mich würde die Langsamkeit in dem Sinn nicht stören, wenn dann das Ergebnis gut ist. Wenn man sich die Zeit nimmt zu überlegen, zu analysieren, wie die Ausgangssituation ist, wer besonders betroffen ist und wie alle Gruppen mitgenommen werden können und es dann am Ende noch zu einem guten Ergebnis kommt.

Mein Eindruck der letzten sieben Monate der Covid-Krise ist aber, dass bei uns vielleicht weniger die Demokratie versagt hat als vielfach die Bürokratie. Wir haben sehr lange gebraucht, um in vielen Bereichen in Gang zu kommen. Ich habe bereits das Beispiel der Arbeitsmarktpolitik genannt. Natürlich war es eine Katastrophe, dass im März und April die Arbeitslosigkeit so nach oben geschossen ist. Zum Glück hat man die Sozialpartner gehabt, die gleich die Kurzarbeit vereinbart haben, die ist unmittelbar gestanden. März und April waren eine Katastrophe, aber spätestens ab dem 1. Mai hätten wir überlegen können, wie man die Arbeitsmarkt- und Qua-

lifizierungspolitik aktiv ausweitet und meine Vorstellung wäre gewesen, dass man im Juli mit den ersten Programmen startet. Wir werden jetzt im Jänner starten. Das klingt jetzt vielleicht wenig, aber ein halbes Jahr arbeitslos zu sein ist für die Betroffenen irrsinnig viel, vor allem verschlechtert es ganz massiv die Chancen, wieder einen Job zu bekommen. Ein halbes Jahr mehr Arbeitslosigkeit bedeutet für viele, dass die Bewerbungsbögen gar nicht mehr angeschaut werden, vor allem für viele ältere Personen. Die kommen nicht einmal zu den Personalverantwortlichen, weil da wird geschaut, wie alt ist sie oder er. Leute über 50 sortiert der Computer aus und sie bekommen gar nicht die Chance, überhaupt von den Personalverantwortlichen wahrgenommen zu werden. Das ist das Problem.

Das gleiche gilt auch im Bildungssystem. Es war sicher ganz schwierig, im Sommersemester das Homeschooling zu organisieren. Die Schulen und Unis waren nicht darauf vorbereitet. Aber zumindest für das Wintersemester 2020/21 hätte man sich wohl vorstellen können, dass das Bildungsministerium in der Lage ist, das Homeschooling gut zu organisieren. Den Lehrerinnen und Lehrern hätte gesagt werden müssen, wie das jetzt läuft. Man hätte standardisierte Angebote an Laptops und Programmen gebraucht. Die Lehrkräfte hätten gefragt werden müssen, was sie brauchen. Ich habe den Eindruck, dass man das Lehrpersonal alleine gelassen hat. Sie müssen sich nach wie vor alles selber organisieren, das empfinde ich als großes Problem. Das Problem ist nicht die Demokratie, die versucht alle einzubinden, das Problem ist, dass wir in der Umsetzung oft zu langsam sind.

Das ist aber nicht das einzige Problem warum wir nicht zu den Lösungen kommen. Bei den Vermögenssteuern ist weder das Problem bei der Demokratie noch bei der Bürokratie. In Sachen Demokratie haben wir Umfragen, wo sich 70 bis 80 % Prozent der Bevölkerung für Vermögenssteuern aussprechen. In der Bürokratie hat man nicht das Problem, dass man Vermögenssteuern konzipiert, das macht unsere Steuerabteilung morgen, wenn wir gefragt werden. In diesem Bereich liegt das Problem klarerweise bei den Interessen. Und da sind wir jetzt wieder bei der Demokratie. Die Hauptgefahr für Demokratie sehe ich in der Vermögenskonzentration, dass bei uns die Milliardärinnen und Milliardäre in den Wahlkämpfen der letzten Jahre auch an Parteien gespendet haben. Deren Einfluss auf die Medien, auf die Politik, auch auf die öffentliche Debatte ist so groß, dass man mit diesem Mehrheitswunsch nach starken vermögensbezogenen Steuern nicht durchkommt, weil dauernd „Brocken“ in den demokratischen Prozess geschmissen werden. Das zeigt nur wie

wichtig es ist, bei dem Thema dran zu bleiben, weil unsere Demokratie gefährdet ist.

Ein zweiter Punkt, auf den ich kurz eingehen möchte, ist, ausgehend von dieser Überlegung, dass die Krisenkosten enorm auf einige soziale Gruppen konzentriert sind, die aber schon ein paar hunderttausende Leute ausmachen und dass es Gruppen sind, die es ohne hin schon schwer haben. Martin Schenk wurde dabei richtig zitiert. Gerade auf diese Gruppen muss man sich konzentrieren und dass die Teilhabemöglichkeiten dieser Gruppen wieder gestärkt werden, da sie ja durch das Homeschooling und Homeoffice besonders in die Individualität gedrückt und von der Gesellschaft vergessen wurden. Also da muss man aktiv in diese Gruppen investieren, sie hereinbringen und integrieren. Ich glaube, wir haben eine ganze Reihe von Instrumenten genannt.

Ein Wort noch zur Arbeitszeitverkürzung. Bei der Arbeitszeitverkürzungsdebatte sind wir so stark auf einer allgemeinen ideologischen Ebene. Wenn der Präsident der Wirtschaftskammer auf die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung sagt, dass „jetzt schon wieder die Mottenkiste der 1970er Jahre geöffnet wird“, dann ist das ein Statement. Wenn der gleiche Präsident zwei Sätze später sagt, wie toll die Sozialpartnerschaft funktionieren würde, man das am Beispiel bei der Kurzarbeit erkennen könne, wo es Gewerkschaft und Wirtschaftskammer gelungen ist so und so viele Arbeitsplätze zu retten. Da fragt man sich, ob das die gleiche Person ist, die in einem Atemzug die Arbeitszeitverkürzung als Mottenkiste aus den 70er Jahren bezeichnet und im anderen Moment die Kurzarbeit lobt, die nichts anderes als Arbeitszeitverkürzung ist. Und dann überlegt man sich, wie in den letzten zehn Jahren im Konsens der Sozialpartnerschaft in vielen Kollektivverträgen zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftskammer Arbeitszeitverkürzung vereinbart wurde. Ich könnte dabei mehrere Kollektivverträge mit Arbeitszeitverkürzung nennen – die Freizeitoption in der Elektroindustrie, in der Metallindustrie, in der Stahlindustrie, seit 2013 gibt es fast in jedem Jahr die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung, die zusätzliche Urlaubswoche am Flughafen Wien im Kollektivvertrag vom letzten Jahr. Das klingt alles banal, aber das ist konkrete Arbeitszeitverkürzung. In vielen Kollektivverträgen sehen wir, dass Jubiläumsgelder bei Kollektivverträgen von Angestellten in Arbeitszeitverkürzung umgewandelt werden können. Und jetzt möchte ich an die Wirtschaftskammer appellieren: Vergessen Sie das mit der ideologischen Ebene und mit der Mottenkiste, reden wir über das Konkrete, über die Jubiläumsgelder, über die Vier-Tage-Woche, über neue Schicht-

modelle, über die Möglichkeit, dass Leute am Freitag bereits mittags nachhause gehen können, was übrigens die jungen Väter gern tun würden. Die Arbeitszeitverkürzung entspricht dem Wertewandel in unserer Gesellschaft. Es wird den Leuten immer wichtiger, das sehen wir ganz konkret auch bei gewerkschaftlichen Kollektivvertragsverhandlungen. Das ist auch der neuen Generation wichtig und wir müssen schauen, dass wir den Menschen entgegenkommen und Politik für diese Leute machen.

Ein letzter Punkt noch zu den Klimainvestitionen, weil das zurecht auch gesagt wurde. Es klingt so abstrakt, darum möchte ich ein paar konkrete Punkte nennen. Was bedeutet Klimainvestitionen? Das heißt zum Ersten den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und da kann man bei den ÖBB beginnen, die jetzt der wichtigste Mobilitätsanbieter sind und mit reinem Bio-Strom fahren. Aber es fahren jedes Jahr mehr Leute mit Bussen als mit der Bahn. Wir brauchen massive Investitionen ins Bussystem, wir brauchen massive Investitionen auf kommunaler Ebene bspw. in die Radverkehrsinfrastruktur. Die Leute könnten die letzten drei bis vier Kilometer bis zum Bahnhof mit dem Fahrrad fahren, wenn die nötige Radinfrastruktur vorhanden ist. Wir brauchen in der thermischen Sanierung mindestens einen Investitionsbedarf von fünf bis zehn Milliarden Euro, weil wir sonst die Wärme in die Luft blasen. Wir brauchen bei den Energienetzen enorme Investitionen, weil der Solarstrom wo anders erzeugt wird. Also die ganzen Stromnetze müssen ausgebaut werden. Dann sind wir schon bei der Stromerzeugung. Wir haben laut Klimaministerium einen Bedarf bei den Solarpanelinvestitionen von mittelfristig ungefähr zehn Milliarden. Das sind enorme Investitionen. Konkret heißt das, es müssen Klimainvestitionen gestärkt werden. Da gibt es ganz konkrete Ansätze und Programme.

Ich möchte damit schließen, dass uns diese Krise zwar schwer trifft, aber dass sie uns aufwecken könnte und dann so viel Potenzial da ist. In einer Demokratie gilt es eben darum zu ringen, dass diese vielen guten Ideen, die hier präsentiert wurden, in die Realität umgesetzt werden. Wie ringt man darum? Indem man sich trifft, indem man gemeinsam Konzepte entwickelt, indem man sich politisch organisiert und schaut, wie man Druck ausüben kann.

**Heinz Pichler:** Danke Markus Marterbauer und einen Applaus für den engagierten Beitrag. Noch einmal herzlichen Dank für die ersten beiden Inputs und für die zahlreichen Wortmeldungen. Ich bitte bei den Online-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern um Nachsicht, dass nicht alle Beiträge in die Diskussion gebracht werden können.

Barbara Prainsack

## Auswirkungen der Pandemie auf das soziale Gefüge und die Ungleichheitsentwicklung – Empfehlung an die Politik

Vielen Dank. Da sich Frau Blaha und Herr Marterbauer bereits auf das Grundeinkommen bezogen haben, werde ich es nicht noch einmal erwähnen, vielleicht wird es aber in der Diskussion angesprochen. Mein Vortrag behandelt die Auswirkungen der Pandemie auf das soziale Gefüge und die Ungleichheitsentwicklungen.

### **Die ungleiche Verteilung der Lasten der Krise**

Man hat ja vor allem am Anfang der Krise immer wieder gehört, dass das Virus nicht diskriminiert, sondern alle trifft. So stimmt das aber eigentlich nicht. Ich glaube, dass wir mittlerweile leider alle wissen, dass die Effekte und Lasten der Krise extrem ungleich verteilt sind. Hier möchte ich sinngemäß Martin Schenk zitieren: Man muss auch aufpassen, dass man nicht sowas wie einer Covidisierung der Armut Vorschub leistet. Man darf nicht nur darauf schauen, wer jetzt neu betroffen ist, und nur die Probleme jener Menschen lösen, die nun noch stärker betroffen sind als vorher. Die, die vorher schon arm und benachteiligt waren, sind jetzt genau so wichtig wie vorher. Diese Menschen dürfen nicht vergessen werden. Manche Menschen sind mit schlechteren Ausgangsbedingungen in die Krise hineingegangen und tun sich jetzt noch schwerer. Wir haben Evidenz aus vielen Ländern, das ist nicht nur in Österreich so, dass die Lasten der Krise auf den Schultern der Frauen, auf den Schultern der Personen mit niedrigerer formaler Bildung und mit niedrigem Einkommen liegen.

Ich glaube, es ist aber noch einen Schritt komplizierter. Geht man die gesundheitlichen Risikofaktoren für Covid-19 durch – da beziehe ich mich jetzt auf eine Metastudie, also eine Studie, die sich insgesamt 135 Studienergebnisse zu den gesundheitlichen Risikofaktoren an-

gesehen hat –, ist bekannt, dass zu den medizinischen Risiken vor allem Vorerkrankungen wie Herz-Kreislauf-erkrankungen, Diabetes, COPD, Krebs gehören. Ein weiterer gesundheitlicher Risikofaktor ist das männliche Geschlecht. Warum das so ist, weiß man nicht genau. Es wird aber vermutet, dass Covid-19 eine Systemerkrankung ist und nicht – wie anfänglich behauptet wurde – einfach nur eine Erkrankung der Atemwege oder eine Lungenentzündung. Auch das Immunsystem ist involviert – und Frauen haben ein anderes Immunsystem als Männer – das könnte einer der Gründe sein.

Das waren die gesundheitlichen Risikofaktoren, von den sozialen Risikofaktoren hören wir eigentlich in den Medien-Debatten und den politischen Debatten sehr wenig. Soziale Risikofaktoren sind Beruf, Geografie und Armut. Die Geografie lasse ich an dieser Stelle weg, weil es ein sehr komplexes Thema ist und eigentlich eine gesonderte Erörterung bräuchte.

Der Risikofaktor Beruf ist klar. Die sogenannten Systemerhalterinnen und -erhalter haben weniger Möglichkeit, sich physisch von anderen zu distanzieren. Die Armut ist interessant, weil sie aus offensichtlichen Gründen nicht nur ein sozialer Risikofaktor ist – wer arm ist, lebt in beengten Wohnverhältnissen, kann sich somit schlechter abgrenzen. Sie ist auch ein medizinischer Risikofaktor, denn arme Menschen haben im Durchschnitt auch einen schlechteren Gesundheitsstatus. Und dieser schlechtere Gesundheitsstatus ist ein biologischer sowie medizinischer Risikofaktor. Harald Schmidt, ein Bioethiker an der University of Pennsylvania, hat im Frühling 2020 in einem Artikel in der New York Times über die Triage-Protokolle gesprochen – ein trauriges Thema – bei dem es darum ging, wer bei Engpässen die Beatmungsgeräte bekommt. Ein wichtiges Kriterium bei der Triage ist oft die Prognose; wenn es knappe Güter – wie zum Beispiel Beatmungsgeräte – zu verteilen gilt dann überlegt man, wer von einem Beatmungsgerät am meisten profitieren würde. Und der Gesundheitsstatus ist da natürlich ein Faktor. Wenn man es jetzt ganz brutal ausdrückt: Wenn man zwei Menschen nebeneinander hat, die eine Person hat Krebs und Diabetes, die andere Person ist jung und gesund, dann wird man bei einem Triage-Protokoll die gesunde Person bevorzugen. Dabei geht es nicht darum, ob diese Person mehr wert ist, sondern darum, dass diese Person eine höhere Chance hat, wieder gesund zu werden und danach auch noch lange zu leben. Daneben gibt es noch andere Kriterien.

### **Zur Situation in Österreich**

Harald Schmidt argumentiert in seinem Beitrag, dass es bereits eine Form von Diskriminierung darstellt, wenn der Gesundheitsstatus ein

Kriterium für die Triage ist: Eben weil ärmere Menschen im Durchschnitt weniger gesund sind. Jene, die bereits benachteiligt sind, werden auf diese Weise nochmal benachteiligt. Diese Debatte hat sehr viel ausgelöst, es gibt mittlerweile Vorschläge, dass man in diesen Triage-Algorithmen Punkte für soziale und ökonomische Benachteiligung vergibt. Das löst natürlich wieder Diskussionen aus, weil diejenigen, die glauben, dass Armut ein selbst verschuldetes Schicksal ist, dagegen sind, dass jetzt „die Leistungsverweigerer Punkte fürs Faulsein kriegen“. Aber das Beispiel zeigt, dass Armut nicht nur ein sozialer Risikofaktor ist, sondern auch ein biologischer und medizinischer. Deswegen sprechen Clare Bamba, eine Politologin in Schottland, und ihre Mitautor\*innen von einer Syndemie. Sie sprechen nicht nur von der Pandemie, sondern von der Syndemie, weil sie sagen, dass sich unterschiedliche Faktoren sozialer und ökonomischer Benachteiligung gegenseitig verstärken. Es reicht nicht, sich diese Aspekte – Geschlecht, Bildung, Einkommen, etc. – einzeln anzuschauen bzw. einzeln zu berechnen, was die Auswirkungen sind, man muss das in der Zusammenschau und in der Interaktion betrachten.

Jetzt kommen wir vom Ausland nach Österreich. Ich werde jetzt nur einige Schlaglichter aus zwei Projekten beleuchten. Das erste ist das Corona-Panel-Projekt, eine repräsentative Online-Umfrage, die bei uns an der Uni Wien seit dem Beginn der Pandemie zuerst wöchentlich und jetzt monatlich durchgeführt wird. Unsere Studienteilnehmer\*innen ist die österreichische Wohnbevölkerung ab 14.

Das zweite Projekt, das ich gerne vorstellen möchte, ist die SolPan-Studie (Solidarity in times of a pandemic), die ich an der Uni Wien leite. Bei dieser Studie sind insgesamt neun europäische Staaten mit dabei – und sie hat auch einen lateinamerikanischen Arm der vierzehn Länder miteinschließt und von meiner Kollegin Isabella Radhuber geleitet wird. Dabei machen wir keine Online-Umfragen, sondern setzen uns in Tiefeninterviews mit den Menschen auseinander – wir sprechen mit ihnen am Telefon oder über Online-Plattformen und fragen nicht nur Meinungen und Befindlichkeiten ab, sondern wir ergründen das Wie und das Warum. Wir fragen sie, wie es ihnen in der Corona-Krise geht und da sehen wir natürlich Dinge, die wir in den Umfragen nicht sehen.

Welche Ergebnisse haben wir bisher? Zuallererst ist es ganz eindeutig: Die soziale und ökonomische Schere geht weiter auf. Auch hier erinnert uns Martin Schenk daran, dass wir nicht vergessen dürfen, dass es davor schon nicht so gut war; und wenn Leute sagen, dass wir zurück zur Normalität müssen, dann denken sich viele (und sagen es auch in unseren Studien), dass sie jetzt nicht zurück in die



Normalität wollen. Die hat uns ja in den Schlamassel gebracht. Aber zurück zu den Ergebnissen: Menschen die schon vor der Corona-Krise nicht viel hatten haben jetzt noch weniger, so kann man das zusammenfassen. Und wir sehen jetzt – und das sind neuere Daten – nachhaltige Einkommensverluste, das heißt, dass Verluste zwischen März und September, sich verstetigt haben. Wer hat Einkommensgewinne? Es sind die höheren Dienstleistungsberufe, es sind Selbstständige mit mehr als elf Angestellten und Menschen mit höherem Bildungsgrad. Also es ist wichtig, nicht nur auf das statistische Mittel zu schauen. Wir haben Menschen, die massiv verlieren und wir haben Menschen, die massiv gewinnen, bspw. boomt die Immobilienbranche.

Das nächste wäre die Deprivation, also die gesellschaftliche, soziale, politische und ökonomische Benachteiligung. Und die korreliert natürlich mit schlechter psychischer Verfassung. Menschen haben mehr Angst und wenden sich dem sogenannten ungesunden Verhalten zu. Da möchte ich kurz das leidige Thema „Nudging“ ansprechen, dass man Menschen also mit Anreizen dazu bringt, sich „vernünftig“ und „gesund“ zu verhalten. Gerade jetzt haben sie wahrscheinlich von den Covid-Fifteen gehört, das sind so die 15 Kilo, die man im Lockdown zugenommen hat, zudem gibt es eine neue Obesitas-Pandemie unter Kindern. Jetzt muss man, so wird von den Nudgern gesagt, die Leute dazu bringen, dass sie weniger essen. Aber das ungesunde Verhalten, das sucht sich ja niemand aus! Wenn jemand raucht, ist das wahrscheinlich nicht, weil die jetzt 30 „Tschick“ am Tag genießen, sondern weil das wahrscheinlich auch ein Mechanismus ist, mit bspw. Stress umzugehen. Im Englischen ist es noch krasser, wenn man sagt, „behaviour choice“, das klingt, als würde man in den Supermarkt gehen und sich das Verhalten so aussuchen. Ich spreche dabei immer von Praktiken, von Gesundheitspraktiken. Wenn jemand „zu dick“ ist oder „ungesund lebt“, dann ist das meistens nicht, was man freiwillig entscheidet, sondern es wird von anderen Faktoren beeinflusst. Das heißt: Bevor man sich überlegt, wie man Menschen Anreize dazu gibt, sich „besser“ zu verhalten, sollte man vielleicht die Umstände ändern, die die eigentlichen Ursachen für das ungesunde oder sonst nicht wünschenswerte Verhalten sind.

Aber jetzt wieder zurück zur Corona-Krise. Die Geschlechterverhältnisse in Österreich waren vor der Pandemie schon nicht die besten, in der Krise ist es noch schlimmer geworden. Einige Beispiele: Home-schooling, in 40 % der Familien investiert die Mutter mehr Zeit, in 24 % der Familien die Väter. „Mutter“ und „Vater“ sind hier übrigens keine biologischen Begriffe, sondern soziale, denn es gibt auch Stiefmütter und -väter. Alleinerziehende Mütter haben in jeglicher Hinsicht besondere Probleme, neben Armut auch Schwierigkeiten mit Homeschoo-

ling. Ich glaube, dass diese großen Schwierigkeiten mit der Kinderbetreuung zu Hause schon auch dazu geführt haben, dass mit den Schul- und Kindergartenschließungen sorgsam umgegangen wird. Zum Thema Kindererziehung: Über die Hälfte der Mütter – das sind die Zahlen aus dem Lockdown oder aus den Bestimmungen der Ausgangsbeschränkungen –, also genau 57 % der Mütter verbrachten viel mehr Zeit mit der Kinderbetreuung. Bei den Vätern waren es 29 %. Die Erwerbstätigkeit der Mütter ist viel stärker als die der Väter zurückgegangen. Wir haben die Frauen bereits angesprochen, aber wenn man sich die Mütter ansieht, dann ist es aus offensichtlichen Gründen noch einmal krasser.

### **Solidarität in Zeiten von Corona – aktuelle Befunde**

Die Medien schreiben oft, dass die Menschen weniger arbeiten wollen. Ob das stimmt, sehen wir in unseren Daten nicht. Was wir aber sehen: Sie wollen kürzer arbeiten. (Die Produktivität steigt ja manchmal oder sinkt zumindest nicht bei kürzeren Arbeitszeiten.) Schauen wir uns die Zahlen an. Über 50 % der Menschen in Österreich wollen eine Arbeitszeitverkürzung, drei von zehn möchten sogar mehr als einen Tag Arbeitszeitverkürzung und – besonders interessant – es gibt keine signifikanten Unterschiede zwischen denen, die von Kurzarbeit betroffen waren und sind, und denen, die es nicht sind. Das geht quer durch die Bevölkerung durch.

Als Nächstes möchte ich etwas zur Solidarität in der Krise sagen. Es ist wichtig, dass wenn wir von Solidarität sprechen, zwischen drei Ebenen unterscheiden. Es gibt nicht nur eine Form von Solidarität. Sondern es gibt die interpersonelle Ebene, die Solidarität von Mensch zu Mensch (Ebene 1). Am Anfang der Corona-Krise zeigte sich das ganz klassisch: füreinander einkaufen, füreinander sorgen. Dann gibt es aber diese Gruppensolidarität, das heißt, wenn solidarische Verhalten in der Gruppe zum normalen Verhalten wird. Das kann jetzt in der Arbeiterbewegung sein, das kann aber auch eine Selbsthilfegruppe bezüglich einer Krankheit sein oder eine Dorfgemeinschaft (Ebene 2). Und wenn Solidarität in bürokratische, administrative, rechtliche Normen gerinnt, dann haben wir institutionalisierte Solidarität (Ebene 3). Warum ist diese Unterscheidung wichtig? Solidarität auf der ersten Ebene fluktuiert gerade jetzt während der Corona Krise stark. Die dritte Ebene, diese institutionalisierte Form der Solidarität, wird hingegen immer wichtiger, sie rückt mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Selbst viele Leute, für die die öffentliche Hand, der Staat, normalerweise ineffektiv und bevormundend ist, sagen jetzt, okay, vielleicht brauchen wir doch gute öffentliche Infrastrukturen, sozialen Wohnbau,

und ein gut finanziertes öffentliches Gesundheitssystem. Gerade in der Krise zeigt sich, wie wichtig das ist.

Aber kommen wir zurück zur ersten Ebene, zur Solidarität von Mensch zu Mensch. Die Österreicherinnen und Österreicher sind im Durchschnitt solidarisch mit ihren Landsleuten. Wir sehen, dass jene Personen, die ihr eigenes Gesundheitsrisiko als niedrig einschätzen, sich genauso oft oder wenig an die Regeln halten und aus dem Haus gehen, wie diejenigen, die glauben, dass sie ein hohes Gesundheitsrisiko haben. Das heißt, da ist nicht nur Eigennutz am Werk – die Menschen sorgen sich um andere. Für viele endet die Solidarität aber mit den Landesgrenzen. Österreich soll Exportbeschränkungen erlassen dürfen, sagen 40 % der Bevölkerung – aber nur 25 % sagen, dass andere Länder das auch dürfen sollen.

Wollen wir mehr Gelder an die EU zahlen, damit den Ländern, die besonders schwer betroffen sind, geholfen wird? Nein, auf keinen Fall, sagt die Mehrheit. Das sind jetzt natürlich Durchschnittswerte. Sie finden das alles auch auf der Website der Universität Wien, wo alle die Zahlen und Analysen auf die ich mich hier beziehe zu finden sind (<https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/corona-blog/>). Wir sehen auch: Zu Beginn der Krise gab es eine enorm große Unterstützung für die Bundesregierung. Die Zustimmung war bei über 70 %, jetzt kippt es nicht in der Weise, dass die Menschen die Maßnahmen der Bundesregierung plötzlich alle nicht mehr gut finden, sondern es polarisiert sich. Statt 71 % sind es noch 47 %, die die Maßnahmen angemessen finden (Stand: Oktober 2020). 25 % halten die Maßnahmen für zu extrem – und ungefähr gleichviele halten sie für zu wenig streng. Man erkennt, dass es sich polarisiert. Ein paar Worte noch zur Maskenpflicht. Diese wird von 82 % der Österreicherinnen und Österreicher als wichtig empfunden. Es gibt zwar viele Menschen, die laut dagegen protestieren, aber die meisten wollen sie. Zur Corona-App sage ich jetzt nicht viel, außer dass man vom Sobotka-Gate sprechen könnte. Das hören wir in den Interviews auch: Als Wolfgang Sobotka gesagt hat, dass es „vielleicht verpflichtend“ wird, war das die Todesstunde der App. Viele unserer Befragten fanden das ganz schlimm und haben dann die App erst recht nicht runtergeladen.

Am Ende möchte ich noch die Bedeutung von Erfahrungswissen – also das Wissen, dass nicht routinemäßig in Datenerhebungen erfasst wird – ansprechen. Wie pflegende Menschen, Eltern im Homeschooling, Kinder, und andere Teile unserer Bevölkerung die Krise erleben ist sehr wichtig. Was macht diesen Menschen das Leben leichter? Was macht es schwieriger? Dieses Wissen sollten wir sammeln und analy-

sieren. Auch die Expertise der „normalen Menschen“, der Lehrerinnen und Lehrer, der Gesundheitsberufe, etc. ist wichtig. Sie sind die eigentlichen Expertinnen und Experten der Corona-Krise. Trotzdem wird meist nur mit medizinischen Expertinnen und Experten gesprochen. Wir brauchen einen weiteren Expertenbegriff in der Krise.

Was brauchen wir noch? Ganz wichtig sind Maßnahmen zur Armutsvermeidung, die langfristig angelegt sind und nicht nur die kurzen Krisen, die schlimmsten Folgen der Krise, lindern. Wir brauchen außerdem Prädistribution statt Redistribution. Wir müssen nicht nur umverteilen, wir müssen auch vorverteilen. Mit Prädistribution sind jene Leistungen gemeint, die Menschen bekommen, bevor sich Vermögen akkumulieren. Bildung, kostengünstiger Personenverkehr, und so weiter. Es geht eben um den Ausbau von öffentlichen Leistungen wie Bildung und Gesundheit. Das ist nicht nur in dieser Krise wichtig, sondern es hilft uns auch dabei, vor der nächsten Krise besser geschützt zu sein. Länder mit geringeren Ungleichheiten kommen als Ganzes besser durch die Krise – die ganze Gesellschaft profitiert davon.

### **Fragen & Antworten**

**Heinz Pichler:** Vielen Dank. Ich denke, was den Solidaritätsbegriff betrifft hat sich eine Gruppe der Fachhochschule relativ intensiv vorbereitet. Deswegen würde ich diese bitten, sich zu Wort zu melden.

**Franziska Waldner:** Ich bin Franziska Waldner. Wir sind verschiedene Gruppen, aber derselbe Jahrgang. Wir haben, wie Herr Pichler schon erwähnt hat, im Unterricht den Solidaritätsbegriff genauer bearbeitet. Sie haben jetzt zwar den Begriff Solidarität nicht ganz so genau angesprochen, aber bei uns in der Gruppe sind doch sehr viele Fragen dazu aufgekommen. Ich würde Sie bitten, dass Sie das verdeutlichen, vielleicht auch mit einem Beispiel. Und daran anknüpfend hat meine Kollegin noch eine Frage.

**Stefanie Reiter:** Genau, wir hätten folgende Frage: Was halten Sie davon bzw. wie ist Ihre Meinung zu den Langzeitfolgen und wie diese sich auswirken. Welche Aufgaben stehen uns noch bevor?

**Barbara Brandstätter:** Mein Name ist Barbara Brandstätter und ich bin auch von der FH Kärnten. Unsere Gruppe hat sich speziell mit dem Begriff Syndemie auseinandergesetzt. Es wäre nett, wenn Sie uns diesen noch einmal erklären würden und, wenn es geht, im Kontext zur Corona-Krise.

**Julia Singer:** Danke. Also meine Frage bezieht sich auf die Vorver-

teilung, die Sie kurz erwähnt haben. Könnten Sie uns in Bezug auf die Corona-Krise vielleicht ein Beispiel geben? Danke.

**Heinz Pichler:** Genau, das war das Beispiel aus Ihrer Tagungsunterlage, der Begriff der Vorverteilung, den Sie jetzt auch indirekt noch einmal angesprochen haben. In der Tagungsunterlage ist er noch ein bisschen ausführlicher beschrieben.

**Herbert Janig:** Mein Name ist Herbert Janig. Ich freue mich, dass Sie den Begriff der Solidarität so ausführlich beschreiben und in dem Zusammenhang auch verwenden. Es ist ja nicht die erste Pandemie, die uns sozusagen ins Haus gefallen ist, es hat schon viele Epidemien und Pandemien gegeben und wenn wir wissen, dass es viele hunderttausende Viren gibt, dann können wir annehmen, dass uns weitere Pandemien nicht erspart bleiben.

Diese Pandemie hat uns sicher sehr kalt erwischt, aber ich bin sehr froh, dass unser Gesundheitssystem im Vergleich zu anderen so großzügig ausgestattet ist. Dass das relativ gut oder sehr gut bewältigt werden kann und auch in Zukunft sehr wahrscheinlich bewältigt werden kann.

Meine Frage an Sie: Wie schätzen Sie die Maßnahmen, die getroffen wurden ein? Die Maskenpflicht beeinflusst natürlich unser Beziehungsverhalten. Die Maske beeinträchtigt die Gesichtswahrnehmung und die sprachliche Verständigung, und das wiederum beeinflusst unsere Beziehung zueinander. Unser traditionelles Begrüßungsverhalten, das Händeschütteln, das ist im Augenblick nicht möglich. Werden wir uns in Zukunft auch noch mit Fäusten und mit Ellbogen begegnen? Was hat das für Auswirkung auf die Solidarität zwischen den Menschen oder zwischen den Generationen?

Mich würde interessieren, was bei Ihren Studien herausgekommen ist. Die Angst treibt die Menschen ganz gewaltig an – wenn ich daran denke, wie zu Beginn der Corona-Krise mit der Angst operiert wurde. Die Berichterstattung war wie eine Kriegsberichterstattung. Das ist auch heute noch nicht abgeflaut. Wenn Sie die medialen Berichte anschauen oder anhören, dann merken Sie, dass da ganz massiv mit der Angst der Menschen gespielt wird, mit der Angst der Jungen und auch der Alten. Wie schätzen Sie das in Bezug auf die Solidarität – auch zwischen den Generationen – ein?

**Heinz Pichler:** FH-Professor Dr. Holger Penz von der Fachhochschule Kärnten, Standort Feldkirchen, hat sich auch zu Wort gemeldet.

**Holger Penz:** Vielen Dank für das Wort. Ich habe mir vorab über den Titel „Herausforderungen für die Demokratie“ Gedanken gemacht.

Was sind so aktuelle Wahrnehmungen? Ich bin sehr froh, dass dies heute abgehandelt wurde, denn es ist eigentlich keine Krise der Demokratie, sondern eine Krise der Regierung, die sehr schnell Maßnahmen treffen muss. In der Rückbetrachtung hat sich herausgestellt, dass nicht alles immer gestimmt hat, was gesagt wurde. In den Verordnungen ist zum Teil gar nicht gestanden, dass man zu Ostern seine Verwandten nicht besuchen darf. Damit verbunden ist auch eine Krise der Expertise, nämlich dass nur sehr einzelne Expertinnen und Experten gehört wurden. Es sind nicht einmal die Epidemiologinnen und Epidemiologen gewesen, sondern die Virologinnen und Virologen, die im Vordergrund gestanden sind und die Maßnahmen gesetzt haben. Die Epidemiologinnen und Epidemiologen hätten zumindest versucht, soziale Auswirkungen zu berücksichtigen. Etwas, das für die Virologinnen und Virologen irrelevant ist, weil sie sich vorwiegend mit dem Virus beschäftigen und nicht mit dem sozialen Umfeld. Es wäre wichtig, die Rolle von Expertinnen und Experten, ich sage jetzt nicht einmal im politischen System, sondern im Regierungssystem, demokratisch aufzuarbeiten.

Dazu fällt mir eine zweite Geschichte ein, die eine ganz junge Wahrnehmung beinhaltet. Ich habe gedacht, das ist jetzt die Hoffnung aus der Digitalisierung heraus, wir kennen jetzt alle die Online-Meetings, Homeoffice für die, die es machen durften. Dazu wurde bereits viel gesagt. Und eine Hoffnung die damit verbunden ist, ist ja auch, dass wir es uns jetzt leisten können, zu Hause zu bleiben und uns über Videokonferenzen besser austauschen – mehr auszutauschen –, damit mehr Leute ins Boot geholt werden können. Da sehe ich eher die Gefahr, dass wir in eine sogenannte Scheinpartizipation hineinkommen. Das ist eine ganz junge Reflexion. Vorgestern war groß angekündigt „Pflegerreform“ und ich dachte, ich könnte bei einer Veranstaltung vor Ort leider nicht hinfahren. Deshalb habe ich mir gedacht, super jetzt kann ich über Videokonferenz in so einer Reformarbeitsgruppe dabei sein. Es waren circa 40 Leute anwesend und im Nachhinein fiel mir auf, dass noch nie so wenige Leute etwas gesagt haben wie bei dieser Online-Diskussion. Es waren dieselben drei, die sich immer das Wort genommen haben und dann auch bevorzugt in der Moderation das Wort bekommen haben. Beim Rest wusste man nicht einmal, ob sie überhaupt dabei sind oder nicht, weil man nur die ersten zehn sieht. Das passiert uns hier im Raum nicht und mit guter Organisation passiert es sicher auch keinem, der heute dabei ist. Für die Politik oder die Demokratie ist das, so glaube ich, eine Gefahr, dass sie der Meinung ist, dass jetzt alle teilhaben können. Aber eigentlich lässt man sie nicht teilhaben, man macht eine Scheinpartizipation daraus – man darf zuschauen wie am Fernseher,

man achtet aber nicht darauf, die Meinungen tatsächlich abzuholen und auch einfließen zu lassen.

**Heinz Pichler:** Frau Prainsack, ich darf sie um Ihre Antworten und Ergänzungen bitten.

**Barbara Prainsack:** Bitte verzeihen Sie, wenn ich aus zeitlichen Gründen nicht auf alles eingehen kann.

Zum Thema Solidarität: Das war jetzt meine Schuld, dass ich jetzt nicht mehr die Zeit gefunden habe, auf den Solidaritätsbegriff an sich einzugehen. Wir haben natürlich den Solidaritätsbegriff nicht erfunden, wir haben nur versucht, eine Definition auf Basis der Arbeiten zur Solidarität der letzten Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte zu entwickeln, der uns auch konkrete Anweisungen für die Politikgestaltung gibt und für das Schaffen von Institutionen. Ein Problem mit der Solidarität ist, dass es im allgemeinen Diskurs die Tendenz gibt, alles und nichts damit zu meinen. Wenn zum Beispiel in der Gewerkschaft von Solidarität gesprochen wird, ist es spezifisch. Auch wenn in der christlichen Soziallehre davon gesprochen wird, ist es spezifisch. Aber es gibt auch Debatten in denen man mit dem Solidaritätsbegriff alle möglichen Dinge rechtfertigt die man gerade gut findet – auch wenn sie total widersprüchlich sind: dass man dicke Menschen von bestimmten Gesundheitsleistungen ausschließt, oder dass man niemanden ausschließen darf. Für beide Positionen, die nun wirklich nicht miteinander zu vereinbaren sind, wird als Rechtfertigung die Solidarität verwendet. Also man kann alles und nichts mit Solidarität meinen. Das wollten wir verhindern und haben deswegen danach gefragt, was das Alleinstellungsmerkmal der Solidarität ist. Was ist es, dass Solidarität von anderen prosozialen Praktiken unterscheidet? Die Antwort darauf ist, dass es bei der Solidarität immer darum geht, dass jemand, der oder die Ähnlichkeiten oder Gemeinsamkeiten mit anderen erkennt, etwas tut, um diese anderen zu unterstützen. Diese Gemeinsamkeit, die hier erkannt wird, kann ein gemeinsames Ziel sein, eine gemeinsame Gefahr, der gemeinsame Kampf gegen Unterdrückung, es kann alles Mögliche sein. Es geht also explizit nicht um nativistische Eigenschaften, wie „wir sind Frauen und müssen solidarisch sein“ oder „wir gehören der gleichen Religion an“. Wer Solidarität übt macht Gemeinsamkeiten zwischen Menschen handlungsleitend, trotz all der Unterschiede, die es zwischen Menschen notwendigerweise immer gibt. Und das ist bei anderen prosozialen Praktiken anders – wie etwa bei der Mildtätigkeit, oder beim Mitleid: ich sehe, du bist anders als ich und deswegen gebe ich dir etwas. Bei der Solidarität besteht zwischen den betroffenen Personen im Handlungsmoment ein symmetrisches Verhältnis. Wir könn-



ten viel länger darüber reden und ich entschuldige mich dafür, dass ich das jetzt nur sehr oberflächlich beantworten kann.

Bei den Langzeitfolgen der Krise glaube ich, dass da das Schlimmste noch auf uns zukommt. Wenn es wirklich stimmt, wie das jetzt auch beobachtet wird, dass Covid-19 Langzeitfolgen bei Menschen hat, die einen leichten Verlauf haben, oder die überhaupt asymptomatisch waren, dann wird es viele Menschen geben, die chronische Probleme haben werden. Das ist auch ein Aspekt, der in der politischen Debatte noch nicht wirklich wahrgenommen wird. Ich glaube, dass das eigentlich ziemlich verantwortungslos ist, denn die Evidenz für Long Covid gibt es. Ich möchte jetzt nicht behaupten, dass es so sein wird, aber wir müssen mit dieser Option rechnen. Und natürlich müssen wir, um die Langzeitfolgen abzumildern – wie auch schon Frau Blaha und Herr Marterbauer gesagt haben –, nachhaltig Armut und Ungleichheiten verringern und nur jetzt Sofortmaßnahmen für Krisen setzen.

Dann möchte ich noch ganz kurz auf die Syndemie eingehen. Der Begriff der Syndemie möchte uns darauf hinweisen, dass die unterschiedlichen Faktoren wie Geschlecht, soziale und ökonomische Benachteiligung nicht nur parallel wirken, sondern dass sie einander verstärken. Man spricht dann von non-linearen Effekten. Das heißt, es ist nicht nur der Benachteiligungseffekt des Geschlechts da, sondern auch der Benachteiligungseffekt von schlechtem Zugang zur Bildung. Dann ist sozusagen die Summe der Effekte nicht zwei, sondern die Summe der Effekte ist dann vier, fünf oder sechs. Und dazu kommt es, weil es sich aufschaukelt. Ein Beispiel ist der Gesundheitsstatus. Menschen, die ärmer sind, haben mehr chronische Erkrankungen, haben mehr Vorerkrankungen und haben deswegen auch häufiger einen schweren Verlauf bei Covid-19 und sterben häufiger. Also das schaukelt sich auf. Das meint der Begriff der Syndemie.

Nun gehe ich weiter zur Prädistribution, also der Vorverteilung. Ein Beispiel der Vorverteilung: Vieles, das mit Vorverteilung in dem Diskurs Redistribution/Prädistribution gemeint ist, ist etwas, das wir in Österreich als Daseinsvorsorge kennen. Also das, was die Öffentlichkeit uns zur Verfügung stellt, das wir uns sozusagen nicht am freien Markt kaufen müssen und das nicht erst umverteilt wird. Das heißt, wenn ich für Bildung oder auch meine Hochschulbildung und die Bildung meiner Kinder nicht viel Geld bezahlen muss, dann habe ich etwas bekommen, „bevor“ ich dafür einen Teil meines Einkommens ausbebe. Dann bin ich sozusagen in dieser Hinsicht mit allen anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gleichgestellt. Ich muss nicht zuerst



ein Einkommen haben, das dann über ein progressives Steuersystem umverteilt wird, damit ich mir jetzt Bildung oder Krankenversorgung kaufen kann, sondern das ist etwas, das ich schon bekomme. Kostengünstiger und guter öffentlicher Verkehr, dass ich mir in manchen Bereichen kein Auto kaufen muss, genau das ist auch Vorverteilung. Es ist ein Gegenbegriff zur Umverteilung. Es geht darum, dass bestimmte Bedürfnisse von Menschen von der öffentlichen Hand, also von der Allgemeinheit, befriedigt werden, damit die Befriedigung nicht am freien Markt gekauft werden muss. In der internationalen Debatte betrifft das auch immer mehr Informationen. Die Digitalisierungsstrategie der Stadt Wien ist in diesem Zusammenhang auch interessant.

Zur Maskenpflicht könnte man so viel sagen. Ich glaube bei der Maskenpflicht gibt es einiges zu sagen, ich werde zwei Sachen ansprechen, die nicht so populär sind. Ich glaube, dass sich ein Teil des Widerstandes gegen die Maskenpflicht aus einem Antislamismus speist, da Gesicht verdecken, Hände waschen, Distanz halten ist etwas, was viele Menschen einfach mit Muslimen assoziieren. Das ist ein Teil. Und natürlich, weil Menschen sich nicht den Mund verbieten lassen wollen, aus guten oder schlechten Gründen. Ich glaube, das ist total anders zu bewerten, wenn es eine Person sagt, die schon ohnehin zu einer marginalisierten Gruppe gehört als eine Person, die total privilegiert ist. Zum Thema Lippenlesen: Es gibt transparente Masken. Solange es keine finanziellen Barrieren gibt zählt dieses Argument also nicht.

Ich habe auch das Statement von Herrn Penz sehr gut gefunden. Er hat gesagt, dass wir keine Krise der Demokratie, sondern eine Krise der Regierung – ich würde sogar des Regierens sagen – haben.

Eine Sache möchte ich noch sagen. Es ist schon problematisch, wenn man sich bspw. die Niederlande ansieht, wo die Leute sagen, man macht einen Smart-Lockdown, weil sie keine Angst haben. Ich glaube Angst ist eine total natürliche Reaktion und zum Teil auch gut. In den Niederlanden haben viele Menschen keine Angst, aber sie haben eine der größten Übersterblichkeiten weltweit (Stand: Oktober 2020). Leider ist es so, dass es den Umfragewerten der Politikerinnen und Politikern anscheinend nützt, die Leute sterben zu lassen und keine Maßnahmen zu ergreifen. Boris Johnson ist dafür nicht klug genug, aber Mark Rutte ist gescheit genug, um zu verstehen, dass es ihm nützt, wenn er die Leute einfach sterben lässt. Und alle, die bei uns ständig Maßnahmen beeinspruchen, müssen sich schon auch im Klaren sein, was das für jene Menschen bedeutet, die nicht so sichtbar sind und dann sterben.

Barbara Blaha/Veronika Bohrn Mena/  
Peter Kaiser/Markus Marterbauer/  
Barbara Prainsack  
Moderiertes Abschlussgespräch  
zum Tagungsthema

**Heinz Pichler:** Danke für die exakte und ausführliche Beantwortung aller Fragen, die gestellt wurden. Mein Dank gilt den Referentinnen und dem Referenten für ihre Ausführungen vom Vormittag, die auch vom zeitlichen Rahmen her wirklich ganz vortrefflich und passend waren.

Wir haben die sozialen, die ökonomischen, die gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie in den Referaten bereits gehört, jetzt kommen noch weitere Aspekte dazu, nämlich unter anderem der Aspekt, bei dem es um die Frage geht „Wie weit sind Menschen in prekären Lebensverhältnissen von dieser Situation besonders betroffen?“. Dabei kommt auch die politische Ebene am Beispiel von Kärnten und wie hier Krisenbewältigung passiert ist ins Spiel. Dazu darf ich als Erstes den Landeshauptmann von Kärnten, Dr. Peter Kaiser begrüßen und auf die Bühne bitten. Als Zweites darf ich Veronika Bohrn Mena von der Gewerkschaft der Privatangestellten in Wien, die zwei Bücher zu dem Thema veröffentlicht hat, begrüßen. Ihr neuestes Buch heißt „Leistungsklasse – Wie Frauen uns unbedankt und unerkannt durch alle Krisen tragen“ und das zweite Buch „Die neue ArbeiterInnenklasse – Menschen in prekären Verhältnissen“ ist bereits 2018 erschienen.

Herr Landeshauptmann, insgesamt 188 Personen sind online zugeschaltet. Sie selber waren bei nahezu allen Kärntner Gesprächen dabei. Das sind ja bereits die achten Kärntner Gespräche an denen sie teilnehmen – vielen Dank dafür.

Wir werden so vorgehen, dass Veronika Bohrn Mena und LH Dr. Peter Kaiser einen ersten fünfminütigen Input geben werden. Frau Bohrn Mena, an Sie habe ich die Frage wie die Auswirkungen der Pandemie auf Menschen in prekären Lebensverhältnissen sind, und an den Herrn Landeshauptmann die Frage wie die Auswirkungen der Pandemie mit Blick auf Kärnten sind, was waren dabei die Herausforderungen, vielleicht bringen Sie auch Aktuelles mit ein. Ich darf Frau Bohrn Mena bitten zu beginnen.

**Veronika Bohrn Mena:** Vielen Dank für die Einladung. Die Frage lässt sich sehr schnell und sehr einfach beantworten: Die Auswirkungen für Menschen in prekären Lebensverhältnissen sind fatal. Warum? Weil prekär nichts anderes als unsicher bedeutet. Das heißt, es geht hier um Menschen, die schon vor der Krise unsicher beschäftigt waren, die schon vor der Krise in unsicheren Verhältnissen leben mussten, in Bezug darauf, wie sie finanziell aufgestellt sind, wie lange sie überhaupt noch einen Job haben oder auch wie sie sozial abgesichert sind. Das bedeutet, inwieweit sind sie zum Beispiel in der Arbeitslosenversicherung gemeldet, inwieweit konnten sie genügend Pensionsbeiträge sammeln und ob sie überhaupt wussten, was sie in den nächsten drei Monaten machen werden oder wovon sie in drei Monaten leben sollen. Also prekäre Verhältnisse bedeutet in dem Fall nichts anderes als unsicher beschäftigt und aufgrund der unsicheren Beschäftigung müssen diese Menschen auch in unsicheren Lebensumständen leben. Und das sind natürlich die, die es am härtesten erwischt hat, weil, das wissen wir schon aus den Krisen der Vergangenheit, das in jeder Krise das Gleiche ist. Diejenigen, die nicht zur klassischen Kernbelegschaft gehören, diejenigen die keine unbefristeten Vollzeit-Arbeitsverträge haben, das sind die Ersten die zum AMS geschickt werden. Immer. Das ist nichts Neues. Das ist auch ein Grund warum ich, um ehrlich zu sein, relativ wütend bin, auch jetzt, nachdem ich meine großartigen Vorrednerinnen und Vorredner gehört habe, muss ich sagen, dass ich relativ wütend bin. Warum? Wir wissen das alles schon lange, wir haben das alles schon 2008 in der Finanzkrise gesehen, wir haben das, was passieren wird, schon im Verlauf der letzten Jahre gesehen. Natürlich haben wir das Problem, dass wir jetzt Menschen haben, die zum Teil ihre Jobs verloren haben wie geringfügig Beschäftigte oder Scheinselbstständige, Einpersonenernehmerinnen und -unternehmer, die nicht einmal in der Arbeitslosenversicherung sind. Natürlich wissen wir, dass diejenigen, die vorher Leiharbeitskräfte waren als Erstes zum AMS geschickt worden sind. Es war vollkommen klar und es hat sich absolut abgezeichnet, was passieren wird. Das Problem ist nur, es wurde und wird bis heute nicht gegengesteuert. Das ist auch der Grund warum ich relativ wütend bin.

Wir reden hier nicht von einem Randphänomen, sondern wir reden – und zwar bereits vor Corona – von einem Drittel aller Beschäftigten, die atypisch beschäftigt und die unsicher beschäftigt sind. Und dieses Drittel ist der Durchschnitt. Wenn man nach dem Geschlecht geht, sind über die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in Österreich atypisch beschäftigt, arbeiten in Teilzeit, befristet, geringfügig oder in Vertragskonstruktionen, die nicht dem klassischen Angestelltenverhältnis entsprechen. Sie arbeiten also als neue Dienstnehmerinnen, freie Selbstständige oder in anderen Vertragsformen. Wir wissen, dass gerade bei den unter 25-jährigen sogar 69 % als instabil beschäftigt gelten. Instabil, ein statistischer Begriff, bedeutet de facto, dass man nicht einmal ein Jahr durchgehend im gleichen Job ist. Wir reden hier von Leuten, die ein paar Monate in einem Job sind, neun bis zehn Monate, dann sind sie wieder arbeitslos und nehmen den nächsten Job an. Menschen mit Migrationsgeschichte sind natürlich ganz besonders stark betroffen, denn von denen ist es die Hälfte. Wie Barbara Prainsack schon gesagt hat, all das ist ja nicht gerecht verteilt und das hat eine Ursache, das ist ja nicht zufällig so, ist all das nicht vom Himmel gefallen und all das war klar. Und warum ist es so? Weil in den letzten 20 bis 30 Jahren bewusst eine Politik verfolgt wurde, es wurde deregulierend in die europäischen Arbeitsmärkte und leider auch in den österreichischen Arbeitsmarkt eingegriffen. Zum Teil durch Vertragskonstruktionen die politisch gefördert wurden wie die Arbeitskräfteüberlassung gerade auch in Deutschland, aber auch durch die Entstehung neuer Arbeitsformen wie Praktiker. Die gab es ja vor 20 Jahren noch nicht. Also dieser Trend, dass junge Menschen erst einmal ein paar Monate unbezahlt arbeiten sollen bevor sie überhaupt einmal Anspruch darauf erheben dürfen, dass ihre Arbeit bezahlt wird, all das sind ja eigentlich relativ neue Erscheinungen. Und diese Erscheinungen haben dazu geführt, dass es für Arbeitgeber sehr lukrativ und einfach wurde. Deswegen sind sie von Unternehmen gut und gerne genutzt worden, aber diese Erscheinungen haben eben dazu geführt, dass gerade in Österreich seit dem Jahr 2012 neue Beschäftigungsverhältnisse, vor allem im Bereich der atypischen Beschäftigung, entstanden sind. 2019 war das erste Jahr, in dem es einen leichten Gegentrend gab. Davor war es so, dass quasi der unbefristete Vollzeitarbeitsplatz, das, was wir heute als Normalarbeitsverhältnis bezeichnen, eigentlich nicht mehr dazu gekommen ist. Also Vollzeitarbeitsplätze haben ab 2012 stagniert und die neuen Jobs, die dazugekommen sind, sind atypische Jobs. Diese atypischen Jobs bieten dem Beschäftigten einfach weniger Sicherheit und diese geringere Sicherheit rächt sich jetzt. Das war klar. Und die rächt sich nicht nur insofern, als dass gerade jene Menschen, die jetzt ihre Arbeit verloren haben, jetzt nicht das Glück

hatten im Homeoffice oder in der Kurzarbeit zu landen, sondern beim AMS. Das rächt sich auch insofern, dass sich jetzt auch gerade in diesen Branchen, wo wir vermehrt mit diesen Beschäftigungsverhältnissen zu kämpfen haben wie Schlachthöfe, Gemüsefelder oder Pakethallen, Corona-Cluster bilden. Warum? Weil diese Menschen es sich nicht leisten können, krank zuhause zu bleiben, weil sie entweder keine Krankenversicherung haben oder weil sie ansonsten einfach nicht mehr gebucht werden und ihren Job verlieren. Diejenigen, die krank zur Arbeit gehen und unter den widrigsten und schlechtesten Bedingungen arbeiten müssten, sind natürlich das Beste, was für eine Pandemie und einen Virus passieren kann. Da verbreitet sich der Virus besonders schnell und besonders gerne. Das heißt in weiterer Folge hat das jetzt natürlich alles einen massiven Einfluss auf uns und auf unsere Gesundheit.

Einen Punkt darf man auch nicht vergessen: Dieser Teil der Beschäftigten betrifft uns auch alle, denn dieser Teil der Beschäftigten ist – ich wiederhole, das betrifft ungefähr ein Drittel aller Beschäftigten in Österreich – kein Randphänomen. Es gibt eine WIFO-Studie aus dem Jahr 2017, die ganz klar sagt „Hätten die Beschäftigten – dieses Drittel von dem ich immer spreche – in den letzten zehn Jahren die gleichen Lohnerhöhungen erhalten wie alle anderen auch, anstatt Reallohnverluste hinzunehmen, dann würden wir heute alle 10 % mehr verdienen“. Wir tun es aber nicht. Warum? Weil wir uns was eingekauft haben, weil politisch etwas in den Arbeitsmarkt hineingeholt wurde, dass uns jetzt am Ende allen auf den Kopf fällt.

**Heinz Pichler:** Danke Veronika Bohrn Mena. Das zustimmende Nicken im Saal bedeutet, dass diese Worte von Ihnen sehr treffend gewählt worden sind und auch noch einmal von mir der Verweis auf diese besonders benachteiligten Gruppen in unserer Gesellschaft. Ich möchte Sie, die Sie online dabei sind, auch bitten, Ihre Fragen an Veronika Bohrn Mena zu richten. Frau Wiedner ich habe nicht vergessen, dass Sie sich vorher zu Wort gemeldet haben, ich habe es nur für jetzt eingeplant und hoffe, dass es auch hier passen wird. Jetzt darf ich Peter Kaiser um seine Worte bitten und dann haben die Referentinnen und Referenten noch einmal die Möglichkeit, eine kurze Wortmeldung abzugeben. Danach sind Sie im Publikum und Sie online wieder am Wort.

**Peter Kaiser:** Danke Herr Mag. Pichler, danke Heinz. Tolle Runde, tolles Podium. Danke, dass ich mit dabei sein darf. Ich werde versuchen, stakkatoartig, nachdem ich mir eure Entwürfe angeschaut habe, darauf zu antworten.

Wir haben gerade im Kärntner Landtag eine aktuelle Stunde zu „Ist Angst auch eine Epidemie und eine Pandemie?“ gehabt. Eine eigentlich nicht unberechtigte Frage. Wir haben in den knapp acht Monaten in Kärnten 1.638 bestätigte infizierte Fälle gehabt. Das sind 0,3 % der Kärntner Bevölkerung. Wir haben leider 14 Tote zu beklagen, das ist [bundesweit] die niedrigste Anzahl. Wir haben mit heutigen Tag 27 Personen im Krankenhaus, zwei davon auf der Intensivstation und wir haben aktuell mit dem heutigen Tag 407 Infizierte, gemessen an der Kärntner Bevölkerung sind das 0,07 %. Ich sage das deswegen, weil über Statistiken derzeit viele Meinungsdeutungen und -hoheiten gestellt werden. Ich bitte Sie, ganz einfach diese Zahlen auf sich wirken zu lassen, zu überlegen und dann mit Begriffen wie exponentiell, tödliche Bedrohung, Pandemie, Maßnahmenpakete etc. zu vergleichen.

Stakkatoartig folgen die wichtigsten Punkte in Hinblick auf die Auswirkung auf Kärnten und die Politik. Kärnten kann sich nicht isolieren. Es ist zwar nett, wenn man in der Statistik besser dasteht – seit heute ist ganz Österreich in Deutschland eine Sperrzone außer Kärnten –, aber ich denke, das sind nicht die Dinge, um die es wirklich geht, sondern es geht um viel mehr. Noch einmal die wichtigsten Punkte aus meiner Sicht. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Das ist leider in schwierigen Situationen immer ein Verstärkerelement. Es ist wichtig, gleich mit den Gegenstrategien zu antworten: Den Sozialstaat stärken. Es muss dafür gesorgt werden, dass das, was jetzt bereits vor der Krise Tatsache war, nämlich, dass es ohne sozialstaatliche Eingriffe, Steuerpolitik und allem anderen, mehr als 43 % unter der EU-SILC-Armutsgrenze wären. Durch den Sozialstaat und seine Verteilungspolitik – ihr habt das in der Arbeiterkammer großartig ausgearbeitet – ist der letzte Stand des Vorjahres 16,9 %. Ich fürchte bzw. weiß, dass sich diese Zahl nach oben entwickeln wird und wir haben daher größere Herausforderungen. Was wir in Kärnten versucht haben, um es nur an einem Beispiel tendenziell darzustellen, war, dass wir uns lange geweigert haben, das Sozialhilfegesetz des Bundes in der Kärntner Landesgesetzgebung anzupassen. Wir haben es zum spätmöglichsten Zeitpunkt, der vor einer Woche war, getan. Wir haben viele Giftzähne, die zuerst vom Gerichtshof aufgehoben wurden, die wir aber auch politisch bekämpft haben, so verändert, dass wir sogar gegenüber dem Zustand vorher – Bedarfsorientierte Mindestsicherungsbereiche, Jugendhilfegesetz – Verbesserungen machen konnten, auch für Menschen, die hoffen, in Kärnten eine neue Heimat zu finden wie Flüchtlinge, Migrantinnen und Asylwerbende.

Der zweite Punkt ist, dass auch die Arbeitslosigkeit steigt. Das trifft überall zu und wir haben daher etwas zugewartet sowie Budgetmittel, zu denen wir uns bekennen, um hundert Millionen zum normalen Budget, das bereits Abgänge hatte, zusätzlich antizyklisch zu investieren. Dabei aber nicht nur in reine Produktionsstränge zu investieren, sondern in jene Bereiche, in denen Menschen dringend Hilfe brauchen, nämlich mehr Qualifikation, berufliche Umschulungen etc., um damit der Arbeitslosigkeit, die wir in Kärnten 50 Monate hintereinander senken konnten – nicht, weil wir so gut sind, sondern weil wir auch auf einem so hohen Niveau verantwortet von Vorgängerregierungen waren. Es war das Ziel dem gegenzusteuern und auch bei der Jugend besonders stark anzusetzen, damit wir auch hier Erfolge haben – Territorialer Beschäftigungspakt, Kooperation mit dem AMS, mit den Sozialpartnern, mit denen wir einmal im Quartal gemeinsame Regierungssitzungen haben, um wichtige Grundentwicklungen und Wegmarkierungen zu bestimmen. Da ist uns eines gelungen, was mich immens freut, weil es einer der wenigen Silberstreifen in einer derzeit eher düsteren Situation ist: Die Jugendarbeitslosigkeit konnte im Vergleich zu dem jeweiligen Vorjahresmonat in Kärnten auch weiter gesenkt werden. Wir haben aber noch Probleme bei den Langzeiterwerbslosen und den Älteren. Hier bleibt noch einiges zu tun und damit der Regierung, in dem Fall der Bundesregierung, kein Stein aus der Krone fällt, dann soll es halt nicht mehr „Aktion 20.000“ heißen, aber es soll dasselbe sein, das würde die größte Wirksamkeit in diesem Bereich erreichen und es würde gesellschaftlich erforderliche Arbeit in Lohnarbeit und damit in Einkommen für den Staat umwandeln.

Zum Thema Erbschafts- und Vermögenssteuer: Ich glaube, da brauchen wir nicht mehr viel darüber zu sprechen, wenn wir jetzt noch immer Tabubereiche für jene aufrecht halten, die auch in der Krise zumindest weniger verlieren als andere bzw. in manchen Bereichen Krisengewinnerinnen und -gewinner werden, und sie dabei auch noch schonen, dann tut es mir leid, dann sind wir selber schuld. Diesen Kampf werden wir weiterführen müssen.

Interessanter ist schon die Arbeitslosen Nettoersatzrate. Ich bekenne mich dazu, dass sie auf 70 % erhöht wird, denn dahinter ist ein ganz anderes Denken. Für mich wirkt das jetzt eher demaskierend für Herrn Vizekanzler Kogler, mit dem ich mich gut verstehe. Ich werde auch versuchen, ihm das noch zu erläutern. Wenn er jetzt sagt, er setzt sich mit den wiederum 450 € für drei Monate durch, dann haben wir hier eine klassische Situation, die in Österreich mehr und mehr überhandnimmt, nämlich nicht eine Rechtsverpflichtung, eine

Rechtssicherheit zu geben, denn das wäre nahezu dieselbe Summe, wenn man die Nettoersatzrate von 55 auf 70 % erhöhen würde, sondern ein Wohlwollen einiger weniger. Ich nenne daher den Grundsatz „Rechtssicherheit statt Almosen“, den alle fortschrittlichen und weiterdenkenden Menschen gerade angesichts der immer mehr werdenden Verlierer dieser Pandemiekrise heranziehen sollten.

Ein interessanter Punkt ist das Gemeindeinvestitionsgesetz des Bundes, guter Ansatz, gute Sache, ist im Übrigen bereits 2017 unter der Regierung Kern/Mitterlehner gemacht worden, ist jetzt teilweise mit denselben Richtlinien übernommen worden, aber in einer Situation, in der die Haushalte insgesamt extrem belastet sind, sind 50 % Gegenfinanzierung schwer. Wir haben in Kärnten daher beschlossen, dass wir den Gemeinden bis zu 80 %, also 30 % durch Landesfördergelder, zur Verfügung stellen und die anderen 20 %, wenn es nicht anders geht, über langfristige Kredite bzw. Kreditfinanzierungen ermöglichen. Derzeit ist das Geld in einer Zinsniveausituation, in der sich Investitionen lohnen, gerade weil viele Haushalte in den Gemeinden sehr strapaziert sind. Mit dieser Methode möchten wir diese 64,4 Millionen des Bundes jedenfalls abholen. Wir rechnen damit, dass wir über 200 bis 300 Millionen an Gesamtinvestitionen auslösen. Ein Nebensatz, weil er wichtig ist, wir überhitzen natürlich derzeit überall die Baukonjunktur, die Preise steigen und das, was man für sein Geld als Wert dann an Leistung durch Vermögensbildung für die Allgemeinheit bekommt, ist natürlich sinkend.

Und der letzte Punkt in diesem Bereich: Was ich wirklich kritisiere, was schlimm ist und was aus meiner Sicht auch nicht sehr lösungsorientiert ist, sondern die herrschenden gesellschaftlichen Zustände noch mehr einbetonieren wird, ist das völlige Fehlen eines Public-Health-Ansatzes seitens der Bundesregierung. Ganz einfach gesagt: Wenn ich Maßnahmen setze, muss ich abwägen was es hilft und was es schadet. Sind manche Schutzmaßnahmen, ich bleibe bei einem Beispiel, die älteren Menschen werden jeglichen sozialen Kontakts entzogen und wirklich ins Behütetste weggesperrt, ja sogar getrieben, mehr Hilfe oder mehr Schaden für eine Gesellschaft?

Man kann hier vieles gegenüberstellen, dabei möchte ich nicht als der Klügste erscheinen, aber zumindest erwarte ich mir von der Bundesregierung, dass man diese Überlegungen, diese Gegenüberstellungen, schon vorher, bevor man ankündigt, dass Verordnungen am Mittwoch erscheinen, abwägt. Ich habe gerade für Kärnten und für 561.000 Landesbürgerinnen und -bürger auf meinem Handy nachgeschaut, um ihnen sagen zu können, was sie ab 0 Uhr tun dürfen



und was sie nicht mehr tun dürfen. Ich habe noch keine Information erhalten. Aber die von der ÖVP regierten Bundesländer haben es. Wenn man Politik unter solchen pandemischen Umständen zu Parteipolitik gerieren lässt, dann ist das unverantwortlich. Auf Kosten welcher Menschen passiert das, wenn man glaubt, dass man in Krisen große politische Geschäfte und Steigerungen erreichen kann. Und diesen Personen dann in die Augen zu schauen, sich als messianische Besserung dieser Republik darzustellen, das fällt zumindest mir schwer.

Letzter Satz: Wir haben am Faschingssonntag eine Sitzung des Koordinationsgremiums aus elf Expertinnen und Experten sowie drei politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten – darunter meine Stellvertreterin, die Medizinerin ist, mein Koalitionskollege der ÖVP und meine Wenigkeit. Mittlerweile haben wir 105 Mal getagt, wir sitzen zusammen, besprechen jede Problematik und ich würde nie eine Entscheidung treffen – die muss bei der Politik bleiben –, die nicht vorher von Expertinnen und Experten durchdiskutiert worden sind. Dies sind nicht nur Virologinnen und Virologen, sondern auch Epidemiologinnen und Epidemiologen, Medizinerinnen und Mediziner. Es geht auch um Public-Health-Ansätze und das wird mittels breiten Zugangs diskutiert. Das wollte ich abschließend mit auf dem Weg geben. Vielleicht kann ich in der Diskussion noch Weiteres erläutern. Danke.

**Heinz Pichler:** Vielen Dank Herr Landeshauptmann. In unserem Plan ist jetzt vorgesehen, dass die Referentinnen und Referenten die Möglichkeit haben, Stellungnahmen zu den beiden Ausführungen zu geben. Barbara Blaha könnte beginnen. Es gibt auch einige Chatnachrichten, die wir dann einblenden. Dann folgt die Wortmeldung von Frau Wiedner, die wir vorher nicht machen konnten. Bitte melden Sie sich, wenn Sie auch etwas sagen möchten.

**Barbara Blaha:** Ich hatte schon viel Redezeit und kann allem, was gesagt wurde, nur zustimmen. Ich gebe meine Redezeit also sehr gern an die Online-Teilnehmerinnen und -teilnehmer und an das Publikum weiter.

**Markus Marterbauer:** Nur eine kurze Bemerkung, Veronika Bohrn Mena hat sehr schön aufgezeigt, womit wir zu kämpfen haben, nämlich mit der Prekarisierung. Peter Kaiser hat gezeigt, was alles auf der kommunalen, lokalen und Landesebene möglich ist. Wir haben enorme Herausforderungen, aber eben auch enorme Möglichkeiten, weil wir auch ein, im internationalen Vergleich, hohes wirtschaftli-

ches und soziales Ausgangsniveau haben. Wir haben vor allem mit dem umfassenden Sozialstaat eine gute Ausgangsposition, die wir weiterentwickeln können und nicht von Null beginnen müssen. Ich möchte den Niedriglohnsektor als Beispiel nennen. Der Niedriglohnsektor macht in Deutschland fast ein Viertel der gesamten Beschäftigten aus, in Österreich mit 15 % deutlich weniger. Es ist ein enormer Unterschied und zeigt schon, dass wir im Vergleich zu Deutschland ein besseres Kollektivvertragssystem haben. In Schweden umfasst der Niedriglohnsektor allerdings nur 5 % der Beschäftigten. Das heißt, wir haben etwas zu verteidigen, denn wir wollen nicht wie Deutschland werden, aber wir haben auch was zu erobern, denn wir wollen in dieser Frage wie Schweden werden.

**Heinz Pichler:** Danke Markus Marterbauer. Frau Barbara Prainsack, eine Stellungnahme von Ihnen zu den Ausführungen von Veronika Bohrn Mena und Landeshauptmann Peter Kaiser.

**Barbara Prainsack:** Wenn ich gewusst hätte, dass Frau Bohrn Mena die Aufmerksamkeit noch einmal darauf lenkt, dass es ja vorher auch schon nicht gut war, dann hätte ich mir meine flammende Rede zu dem Thema gespart. Ich finde es total wichtig, dass wir uns jetzt nicht nur mit dem Vergrößerungsglas auf die unmittelbaren Folgen der Krise konzentrieren. Die Vorschläge, die der Landeshauptmann präsentiert hat, gehen absolut in die richtige Richtung. Ich habe nur eine Frage zur Public-Health-Strategie. Es gibt ja eine Public-Health-Strategie in Rahmen der Gesundheitsziele. Der Herr Landeshauptmann meint wahrscheinlich einen empirischen Zugang zur datenbasierten Evaluierung, denn im Moment ist es ja leider so, dass Politikerinnen und Politiker in Österreich oft, wenn sie empirisch sagen, die Meinungsumfragen meinen und keine Gesundheitsdaten.

**Peter Kaiser:** Meine ich nicht. Ich meine wirkliche Empirie und evidenzbasierte Ergebnisse, eine Abwägung, nicht nur eine gesundheitspolitische Entscheidung. Klar, es ist eine Entscheidung, wenn ich Menschen, die vulnerabel sind, besonders schütze und sie bis unter den Glassturz stelle, es ist eine klar epidemiologische und wahrscheinlich auch virologische Sicherheit. Was es aber volkswirtschaftlich, gesellschaftlich, menschlich für eine Gesellschaft bedeutet, solchen Mustern, die sich ja weiter fortsetzen, zu folgen, wird aus meiner Sicht bei Entscheidungen nicht wirklich mitberücksichtigt.

**Barbara Prainsack:** Ja, danke.

**Heinz Pichler:** Bevor wir die Meldungen aus dem Chat beantworten, darf ich Frau Wiedner um ihre Wortmeldung bitten.

**Claudia Wiedner:** Ja, Dankeschön. Ich möchte mich für die so inhaltsreichen und sehr wichtigen Inputs, die wir da gehört haben, bedanken. Ich möchte mich als Studierende und Vertreterin der Österreichischen Hochschülerschaft für die Fachhochschule Kärnten zu den Auswirkungen der Corona-Krise für Studierende äußern. Wir haben es in diesen Monaten ganz massiv mitbekommen, seit der Umstellung auf Distance-Learning, dass sehr viele Studierende Ängste haben, dass das vermittelte Wissen in diesem speziellen Semester einfach nicht ausreichend ist, die dann teilweise auch Überlegungen gehabt haben, das Studium abzubrechen, aufzuhören, also wirklich massiv mit Ängsten konfrontiert waren. Viele der Studierenden haben parallel auch gearbeitet, ihre Jobs verloren und nicht mehr gewusst, wie sie das Studium dann weiter finanzieren bzw. ihre Lebenserhaltungskosten bestreiten sollen. Also ich glaube, das ist etwas, das jetzt nicht nur in dem Semester der Fall ist, sondern das wird uns auch in den nächsten kommenden Semestern – ich glaube auch nicht, dass es im Sommersemester 2021 eine Veränderung geben wird – begleiten wird. Und da sollten wir vielleicht auch einmal darüber nachdenken, in welcher Form man Studierende unterstützen kann. Wir haben auch die Diskussion gehabt, welche Fördermöglichkeiten es gibt und es ist ein unglaublicher Dschungel. Man braucht ganz viele Voraussetzungen, um überhaupt irgendetwas zu bekommen. Also da vielleicht auch ein Appell an alle Verantwortlichen, sich darüber Gedanken zu machen, Studierende entsprechend zu unterstützen und bürokratische Hemmschwellen etwas zu verringern.

Eine zweite Geschichte, die mich sehr beschäftigt, ist die Arbeitslosigkeit. Ich beschäftige mich sehr intensiv mit arbeitssuchenden Menschen, Reintegration in einen Erwerbsarbeitsmarkt – von älteren Personen und von Jugendlichen. Ich glaube, wir sprechen immer auch aus dem AMS-Kontext, von systemrelevanten Berufen, für die es Förderstipendien gibt, und wenn man sich das genauer anschaut, dann wird immer vom Pflegebereich gesprochen. Ich möchte als Vertreterin der Fachhochschule für Gesundheits- und Pflegemanagement und Soziale Arbeit anmerken, dass man, wenn man von den Pflege- und Sozialbereichen spricht, nicht nur die Pflege aus medizinischer Sicht sehen sollte, sondern ganz massiv auch den sozialen Aspekt betrachten sollte. Da hänge ich mich an das an, was heute schon gesagt worden ist: Vereinsamung von Menschen, die schützenswerte vulnerable Gruppen sind, weil man versucht, sie

„wegzusperren“. Sie werden zwar pflegerisch wunderbar betreut und versorgt, aber vereinsamen sozial völlig, weil es in dem Bereich keine Unterstützung gibt. Im Großteil der Pflegebereiche, in Heimen, Institutionen sind wunderbar ausgebildete pflegerische Kräfte tätig, aber die sozialarbeiterische Unterstützung fehlt völlig. Vielleicht so als Gedankenangeregt: Man sollte darüber nachdenken, dass wir aus der Sozialen Arbeit heraus Menschen als Gesellschafterin oder Gesellschafter zur Seite stehen könnten, wenn schon keine Verwandten, Anverwandten und Freunde zu diesen Menschen gehen dürfen.

**Heinz Pichler:** Vielen Dank, Frau Wiedner. Bitte applaudieren Sie, wenn Sie mit der Wortmeldung von Frau Wiedner einverstanden sind. In der Zwischenzeit möchte ich noch ein paar Wortmeldungen aus dem Chat vorstellen:

- „Super Vortrag bzw. Wortmeldung“ bezogen auf Mag.<sup>a</sup> Veronika Bohrn Mena – Anonym
- „Herr Landeshauptmann, stimmt es, dass Bundesländer mit sozialdemokratischer Landesregierung beim Informationsfluss seitens des Bundes benachteiligt wurden? Falls ja, wie kann das in Zukunft verhindert werden?“ – Anonym

Das hat der Herr Landeshauptmann bereits angesprochen. Aber noch eine Frage an Sie, Herr Kaiser.

- „Herr Kaiser wie kann es sein, dass ALLE Arbeitslosen eine weitere Förderung bekommen, Firmen aber teilweise gar keinen Anspruch auf die Förderung hatten bzw. Studenten die Kündigungsfrist der Wohnheimzimmer einhalten mussten und dafür nicht entschädigt wurden?“ – Anonym

Herr Landeshauptmann, wissen Sie, was damit gemeint ist, können Sie darauf eingehen?

**Peter Kaiser:** Es sind immer unterschiedliche Förderstellen, die zuständig sind. Es ist mir aber ein Anliegen festzuhalten, dass – ich hoffe, dass das nur versehentlich in der Schnelligkeit im Chat passiert – das keine Förderung der Arbeitslosigkeit ist, denn so erscheint das jetzt auch semantisch. Das ist oftmals auch das Denken, dass jemand, der arbeitslos ist, auch noch gefördert wird. Ganz im Gegenteil. Wir haben alles zu tun und versuchen, Menschen, wo immer es geht in den Arbeitsmarkt, in den Lohnarbeitsmarkt, in andere wichtige gesellschaftliche Bereiche von erforderlicher Arbeit zu integrieren. Dank vieler Engagements in der Ersten Republik

haben wir das System der Arbeitslosenversicherung in Österreich schon über hundert Jahre.

Das Zweite, das in dem Zusammenhang wichtig ist, ist, dass man bei Firmen wissen muss, wer die Richtlinien erstellt. Das sind Bundesrichtlinien. In Kärnten haben wir den Kärntner Wirtschaftsförderungsfond. Es gibt zuerst Beratungen, wie man überhaupt an Förderungen herankommen kann, das ist mit dem entsprechenden Etat gesichert. Dann wird versucht, jene Firmen zu fördern, die von Bund oder anderen Institutionen nicht gefördert werden. Dabei werden Firmen mit bis zu 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – mehr ist finanziell nicht machbar – zielorientiert gefördert, damit man wieder in die Normalität zurückkommen kann. Das sind die beiden Förderprogramme, die wir vom Land Kärnten aus, haben. Es folgt das letzte Ergebnis aus dem Vorjahr: mit 33 Millionen Investitionen wurden 210 Millionen an Investitionen ausgelöst.

**Heinz Pichler:** Veronika Bohrn Mena eine Rückmeldung zur Wortmeldung von Frau Wiedner?

**Veronika Bohrn Mena:** Ich kann Ihnen nur vollkommen Recht geben, mit allem was Sie gesagt haben. Bei den Studierenden kommt natürlich erheblich dazu, dass viele von ihnen geringfügig beschäftigt waren. Das sind eben genau die, die jetzt ein großes Problem haben. Das ist die grundsätzliche Problematik, wir müssten dabei gar nicht über Studierende im Einzelnen reden, wir müssten jetzt auch nicht über Frauen im Einzelnen reden, wir müssten jetzt auch gar nicht über Menschen mit Migrationsgeschichte im Einzelnen reden, wenn wir ein System hätten, das weniger durchlässig ist. Diese Krise macht nichts anderes, als dass sie die grundsätzliche Volatilität in unserem Arbeitsmarkt aufzeigt. Und ja, es stimmt im Verhältnis zu anderen Ländern: Wir stehen in Österreich noch gut da, aber das darf uns nicht reichen, das ist auch nicht mein persönlicher Anspruch und das ist auch der Grund dafür, warum mich das durchaus emotionalisiert. Ich denke mir einfach, dass wir so gute Voraussetzungen hätten. Es kann doch nicht sein, dass wir uns jetzt, als so ein reiches Land mit so einem hohen Kapital, einfach damit zufriedengeben, dass es erhebliche Teile der Bevölkerung gibt, die stark benachteiligt sind. Da sind die Studierenden ein gutes Beispiel. Das kriegt man nicht mit Kosmetik in den Griff und auch nicht damit, dass man jetzt scheinbar Almosen verteilt oder irgendwelche kleinen Regelungen macht. Da geht es darum, das Dogma der letzten zehn, zwanzig, dreißig Jahre zu hinterfragen. Nämlich das Dogma, dass „Flexibilität“ – allein das stimmt ja schon

nicht, es geht um Deregulierung, uns wird Flexibilität genommen –, Deregulierung nichts ist, was zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Deregulierung ist kein großartiger wirtschaftlicher Anreiz. Sogar die neoliberalsten Institutionen in Europa sagen schon seit fünf Jahren, dass diese ganzen deregulierenden Eingriffe in die Arbeitsmärkte zu keiner vermehrten Beschäftigung geführt haben. Arbeit fällt nicht einfach vom Himmel. Die Arbeit wurde nur anders auf unterschiedliche Köpfe verteilt. Das Problem, das wir jetzt haben und vor dem wir stehen, ist, dass die Arbeit sehr ungleichmäßig und demnach auch sehr ungerecht verteilt ist. Darunter leiden wir alle, denn die Einen haben zu viel Arbeit, weil die Anderen zu wenig Arbeit haben. Die Nächsten machen die unbezahlte Arbeit und landen dann später in der Armutsfalle. Davon müssen wir weg. Eigentlich muss man über große Zusammenhänge sprechen, obwohl die Einzelmaßnahmen, über die am Vormittag gesprochen wurde, alle zu 100 % richtig sind. Aber es sind eben nur Einzelmaßnahmen. Es geht aber darum, dass die Ideologie der letzten Jahre hinterfragt werden muss.

**Heinz Pichler:** Dankeschön. Bitte einen Applaus. Auch Sie im Chat können applaudieren und uns laufend ihre Anmerkungen und Fragen mitteilen. Im Einleitungstext der Einladung zu dieser Tagung steht eine generelle Frage. Ich würde Sie, Herr Kaiser und Frau Bohrn Meina bitten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Danach können auch die drei Referentinnen und Referenten ihr Statement dazu abgeben. Der Absatz lautet: „Der Ruf nach einem ‚Zurück zur Normalität‘ wirft die Frage auf, welcher gesellschaftliche Normalzustand in Zukunft anzustreben wäre? Wie kann das demokratische Gemeinwesen gestärkt und welche Prioritäten sollten in Gesellschaft, Wirtschaft und im sozialen Gefüge stabilisiert und ausgeformt werden?“ Und – ich füge hinzu – damit es ein gutes Leben für alle Menschen gibt. Diese Fragestellung würden wir jetzt am Ende unserer Veranstaltung an alle Beteiligten, auch an das Online-Publikum, stellen. Ich darf zuerst Herrn Peter Kaiser um seine Worte bitten.

**Peter Kaiser:** Wenn wir im Februar dieses Jahres die Frage über den Sozialstaat gestellt hätten, ob er überbordend ist oder ob er eigentlich viel unzureichend ist, wäre das eine sehr heftige Diskussion geworden. Mittlerweile gibt es niemanden, der meint, dass man auf den Sozialstaat von einer Sekunde auf die andere verzichten könne. Es ist eine Chance diesen Sozialstaat, der ja eine lange Geschichte hat, weiter zu entwickeln, zu modernisieren in vielen Bereichen, die auch meine Vorrednerin bereits angesprochen hat. Der Sozialstaat muss auch an die Realität herangeführt werden und aus dieser Basis, dieser gesicherten Basis, Veränderungen herbei zu führen.

Welchen Normalzustand wünsche ich mir? Wenn wir im Februar dieses Jahres über Neoliberalismus und seine größte Aussage, dass jede ihres Glückes Schmiedin bzw. jeder seines Glückes Schmied ist, völlig egal was passiert, weil die Leistung zählt und dann die Pandemie gekommen wäre, dann hätte man sich das gerne angeschaut. Heute schweigt man über neoliberale, sehr verfestigte Strukturen, aber nicht, weil man vom Gegenteil überzeugt ist – ich bitte Sie, sich nicht blenden zu lassen –, sondern weil er schon wieder in den Löchern scharrt, um das wieder zu etablieren, was vorher war und weiterhin große Gewinne etc. ermöglicht. Ein Beispiel werde ich nie vergessen: Finanzkrise 2008. Alle, die groß in Finanzkapitalspekulationen dieser Erde waren, waren nicht mehr handlungsfähig. Dann ist sofort nach Gemeinwirtschaft, dem Staat, nach einer Systemrelevanz gerufen worden. Systemrelevante Geldinstitute, Banken usw. mussten geschützt werden. Exakt sechs Monate später habe ich in der Früh in Ö1 den ersten „Big-Banker“ gehört, der gesagt hat, der Staat möge sich bitte aus den Dingen, von denen er nichts versteht, zurückziehen, das macht schon der freie Markt. Ich hoffe, wir lernen daraus, dass das so in einer Restaurierung dessen, was war, nicht funktioniert. Das heißt aber auch, dass Gegenkonzepte, Überlegungen und auch Maßnahmen getroffen werden müssen. Um das zu erreichen, werden viele über ihren bisher sich selbst werfenden Schatten springen müssen.

Wesentlichste Punkte noch einmal in der Priorisierung: Der Sozialstaat mit seinen unverzichtbaren Einrichtungen, insbesondere das Gesundheitssystem und Versicherungsbereiche dürfen nicht dem individuellen Bereich überlassen werden. Es ist die Aufgabe, auch der öffentlichen Hand, der Politik, mit Strategien heranzugehen, die das aufgreifen und – das möchte ich jetzt wirklich ganz pointiert sagen – wo ich bisher immer einen scharfen Gegenwind verspürt habe, wenn man über Grundsicherungsmodelle spricht. Ich halte nichts vom Begriff des bedingungslosen Grundeinkommens, weil es falsche Assoziationen auslöst. Ich meine aber, dass wir in Richtung Grundeinkommen gehen werden müssen, weil es auch gar keinen anderen Weg gibt. Es hängt nur von der Zeitspanne ab, bis wir dahin kommen, aber wir sind in einer Lohnarbeitsgesellschaft und wir haben Elemente von Grundeinkommen und diese Grundeinkommenselemente sind Mindesttrichsätze, sind ein Existenzminimum, sind in vielen anderen Bereichen gedanklich bereits grundgelegt. Und jetzt wird auf einmal posaunt, dass wir ein Grundeinkommen für alle Bäuerinnen und Bauern in Österreich, ein Grundeinkommen für Unternehmerinnen und Unternehmer in Österreich brauchen. Aber warum nur für die? Wenn wir das ernsthaft diskutieren – ich denke,

dass das schon ein paar kleine Veränderungen sind –, dann müssen wir jetzt auch Denkprozesse, das was viele etablierte Institutionen dieser Republik lange Zeit nicht gemacht haben und sich vom Gestalten ins Verwalten entwickelt haben, wieder umdrehen. Das wird jede und jeden betreffen. Denn auch die Institutionen bestehen aus Menschen, wir sind auch Menschen und jede und jeder von uns kann Überlegungen anstellen, aber auch Beiträge leisten und aktiv dafür eintreten. Ich möchte aber nicht zu optimistisch klingen, ich weiß, dass eine Krise immer zwei Deutungen hat: Sie kann auch in ihrer Entwicklung von einer Krise zu einem Wendepunkt führen. Wir sollten nur schauen, dass der Wendepunkt einer ist, der auch mehr Gemeinwohl, mehr Gerechtigkeit und mehr Chancenzugänge für alle im gleichen Ausmaß eröffnet. Das dem nicht a priori so sein wird, hat Emmerich Tálos in seinem Buch, das jüngst veröffentlicht wurde, angemerkt. Die Sozialstaatentwicklung hat die Geschichte des Sozialstaates dargestellt, hoch interessant, aber nach der Pandemie – wann immer das sein wird – und vor der nächsten Pandemie, um das mit aufzugreifen, werden wir eher wieder restriktive Maßnahmen im Sozialsystem spüren. Und auch das heißt, dass man dagegen politisch, demokratisch, gewerkschaftlich argumentieren, ganz einfach dagegen gemeinsam auftreten muss, um es zu verhindern.

Auf den Punkt gebracht: Ich wünsche mir eine nachhaltigere, solidarischere und sozial abgesicherte Gesellschaft, die sich nicht auf Staatsgrenzen reduzieren lässt, denn die Pandemie ist weltweit und das Leben sowie die Abhängigkeit voneinander auch.

**Veronika Bohrn Mena:** Ja ich habe die Frage bereits beantwortet. Ich fand vorher nicht alles rosig und auch jetzt nicht alles rosig. Das ist, so glaube ich, mehr als offensichtlich. Nein, ich will nicht zurück zum Status Quo, sondern ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der es darum geht, dass es den Menschen, der Bevölkerung gut geht und das bedeutet, dass wir alle solide abgesichert sind, dass wir alle von unserer Arbeit leben können und dass wir alle Arbeit in dem Ausmaß haben, wie wir sie brauchen und wie wir sie haben wollen. Und dazugehört natürlich all das, was wir heute gehört haben. Dazu gehört aber auch, dass man einiges ganz klar anspricht, was aktuell leider unter den Tisch fällt. Ich will nie wieder eine Diskussion darüber hören, ob wir in Österreich eine Arbeitszeitverkürzung brauchen oder nicht, denn sie findet seit 15 Jahren statt. Wir haben laufend eine Arbeitszeitverkürzung, dadurch, dass Teilzeitarbeit immer mehr zunimmt, dass Arbeitslosigkeit steigt, dass Menschen in atypische Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden, die nicht mehr dem klassischen Vollzeitarbeitsverhältnis entsprechen, oder dadurch,



dass wir jetzt 400.000 Beschäftigte in der Kurzarbeit haben. All das ist Arbeitszeitverkürzung. Also Arbeitszeitverkürzung passiert ja ohnehin, wir müssen nicht darüber reden wollen, ob wir die Arbeitszeit verkürzen. Wir müssen darüber reden wollen, dass ein paar Wenige weiterhin sehr lange arbeiten bzw. so lange arbeiten, dass sie darunter krank werden. Gleichzeitig dazu haben sehr viele andere Menschen zu wenig Arbeit. Und das zahlen wir selber auch, denn Arbeitslosengeld, Krankenversicherung, Sozialhilfe usw., all diese sozialstaatlichen Maßnahmen, über die wir heute hier gesprochen haben, das sind unsere Versicherungsleistungen, das ist unser Geld. Wir bezahlen ja dafür, wir kriegen das nicht geschenkt, wir erarbeiten uns das und wenn wir uns das erarbeiten, dann müssen wir uns schon die Frage stellen, warum arbeiten wir dafür, dass wir uns gegenseitig über die Arbeitslosenversicherung sponsern, anstatt, dass wir die vorhandene Arbeit gerechter verteilen. Also es geht nicht um Arbeitszeitverkürzung ja oder nein, sondern es geht darum, wer für die Arbeitszeitverkürzung zahlt und wer davon profitiert. Jetzt ist es ja sehr einseitig, aktuell profitieren Unternehmen davon, dass sie die Arbeit einzelnen wenigen Menschen sehr stark aufbürden, diese dafür zwölf Stunden arbeiten lassen, ihnen die Überstunden nicht einmal mehr bezahlen und dann jetzt in der Krise als Flexibilisierungsmaßnahme noch verkünden, dass die elfstündige Ruhezeit verkürzt wird, weil dann können die Mütter in der Nacht Homeoffice machen und tagsüber die Kinder betreuen.

Also wir reden hier die ganze Zeit über Diskussionen, die nichts anderes als eine gewaltige Umverteilung sind. Jetzt gerade wird gewaltig umverteilt und zwar von unten nach oben und das, was ich mir wünsche, ist, dass sie umgekehrt passiert. Und dafür braucht es uns alle und dafür braucht es eine breite große Gruppe an Menschen, die sagt „ich will mich nicht länger verarschen lassen“, es tut mir leid, dass ich das jetzt so direkt sage, aber wie kommen wir dazu. Wie kommen wir dazu, dass wir zu Bittstellerinnen und Bittstellern werden. Wie kommen wir dazu, dass wir die Krise ausbaden, die wir nicht verursacht haben. Wie kommen wir dazu, dass wir immer wieder drüber reden müssen, was sich die Regierung für uns leisten kann, während sich umgekehrt alleine der Bundeskanzler ein „Körpergeld“ von 30 Millionen Euro – das entspricht der ersten Auflage der Höhe des Familienhärtefallfonds in der Krise – für Social-Media leistet. Also wir haben kein Problem damit, wenn das Familien in der Krise angeboten wird, was heute zum Großteil noch nicht ausgezahlt wurde, was der Kanzler für Social-Media ausgibt.

Die Dimensionen sind vollkommen außer Rand gelaufen und ich fin-

de, wir sollten das alles wieder ein bisschen auf den Boden bringen. Ich wünsche mir, dass wir ehrlich darüber reden, was gerade in diesem Land passiert, dass wir uns dagegen organisieren und uns alle auf die Hinterfüße stellen, weil eigentlich reicht es jetzt. Danke.

**Barbara Blaha:** Der Ruf zurück nach Normalität oder der Wunsch nach Normalität, den kann ich auf einer Ebene verstehen, denn das ist ein bisschen die Sehnsucht nach Sorglosigkeit. Ich weiß nicht, wie es euch geht, aber mir geht es schon so, dass man nicht bei jedem Zusammentreffen denkt, dass man sich bloß nicht die Hand gibt, nicht bei jeder Umarmung denkt, ob das jetzt sicher ist. Dieses Bedürfnis nach Sorglosigkeit, das haben wir alle und das fehlt. Da wünsche ich mir schon ein Zurück in Richtung mehr Normalität, auch wenn es noch dauern wird.

Bei allem anderem muss ich ein entschiedenes Nein aussprechen. Ich wünsche mir kein Zurück ins alte Normal. Frau Prainsack hat es heute in ihrem Vortrag erwähnt, das alte Normal hieße weiterhin zu akzeptieren, dass sich jemand wie Heidi Horten mitten in der Pandemie ein Schloss um ein paar Millionen Euro kauft und dann in der Zeitung darüber klagt, dass die 2000m<sup>2</sup> Wohnfläche dieses Schlosses leider in so viele kleine Kämmerchen aufgeteilt sind. Da ist jetzt wirklich einiges zu tun, das ist sehr anstrengend für sie. Da muss man fast ausführlicher darüber sprechen. Stellen wir uns nochmal ganz kurz vor, dass jemand wie Heidi Horten über ein Vermögen verfügt, für das ein normaler Mensch mit einem durchschnittlichen Einkommen 400.000 Jahre lang arbeiten gehen muss und selbst dann hat er es noch nicht verdient. Um es ein bisschen in Relation zu setzen, das müssten wir eigentlich skandalisieren und zwar jeden Tag. Was machen wir? Wir hängen ihr Bundesverdienstkreuze um. Also in dieser Frage, wie sehr wir in diesen Verteilungskampf und in diesen Verteilungskonflikt auch in die Offensive gehen müssen, ist noch ein bisschen Luft nach oben. Wir müssen klar benennen, was ist, klar aussprechen, wie ungerecht diese Dinge sind und wie skandalös sich das eigentlich darstellt. Das wäre mein erster Punkt, vor allem auch deshalb, weil das Akzeptieren des alten Normals auch heißt, dass jedes fünfte Kind in Armut aufwächst und das passiert in Österreich, im siebtreichsten Land dieser Erde. Das wir es als normal akzeptieren, dass jede vierte Frau über 65 in Armut lebt, weil sie ihr ganzes Leben lang vor allem unbezahlt gearbeitet hat und das viele, viele Stunden lang. Also das sind Dinge, die vor uns liegen, die haben auch nichts mit der Pandemie zu tun, sie waren vorher schon da. Die Pandemie war quasi der Brandbeschleuniger.

Um zum Schluss zu kommen, es wäre für mich ganz wichtig, dass wir als progressive Kräfte, egal wo wir stehen und organisiert sind, in der Arbeiterkammer, in der Gewerkschaft, in der Sozialdemokratie, aus der Defensive wieder in die Offensive kommen. Die letzten 15 bis 20 Jahre haben wir sehr stark verteidigt, was war, und ich glaube, es ist höchst an der Zeit, auch wieder nach vorne zu gehen und zu sagen, das, was wir haben, ist gut aber noch lange nicht das, was es braucht. Milton Friedman, ein rechter Ökonom, hat mal gesagt, dass in einer Krise jene Ideen aufgegriffen werden, die herumliegen. Ich glaube, wir haben immerhin in den letzten Jahren ein bisschen weitergebracht. Die Ideen – Arbeitszeitverkürzung ist nur eine davon – liegen herum und jetzt wäre einer der Momente, diese mit aller Kraft und aller Stärke auch einzufordern.

**Heinz Pichler:** Dankeschön. Wäre ein schöner Titel für einen Aufsatz, Ideen die herumliegen aufgreifen.

**Markus Marterbauer:** Ja, die Normalität der Zukunft muss aus sozialen und wirtschaftlichen Verbesserungen bestehen, wie wir sie hier in vielen Dimensionen beschrieben haben. Ich wollte darauf hinweisen, um auch auf den Tagungstitel zurückzukommen, dass solche ökonomischen und sozialen Verbesserungen auch die unbedingten Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie sind. Denn funktionierende Demokratie bedeutet, dass die Menschen die Möglichkeit haben, ihr Leben selbst zu bestimmen und mitzubestimmen. Wir wissen aber, dass es ökonomische Voraussetzungen gibt, dass Leute, die arbeitslos sind, die ein niedriges Einkommen haben, weniger Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Wir wissen, dass Leute, die krank sind, die arm sind, weniger Möglichkeiten haben mitzubestimmen. Wir wissen, dass Leute, die weniger gut ausgebildet sind, weniger Möglichkeiten haben zu sehen, was da überhaupt vorgeht, mitzubekommen was im Untersuchungsausschuss in Wien gerade alles aufgedeckt wird. Das ist ja auch Demokratie und man muss die Möglichkeit haben, das nachverfolgen zu können. Wir wissen ja aus vielen Untersuchungen, dass Menschen, die ein schlechteres Einkommen haben, arm, krank, weniger gut ausgebildet sind, eine deutlich geringere Wahlbeteiligung haben als Menschen mit hohem Einkommen und guter sozialer sowie ökonomischer Situation. Das heißt, die Demokratie ist durch Ungleichheit gefährdet, aber Demokratie bedeutet natürlich nicht nur alle fünf Jahre an Wahlen teilzunehmen, sondern Demokratie bedeutet ja laufenden Austausch und deshalb muss man bemüht sein, öffentliche Räume zu schaffen. Das klingt jetzt nach Stadtplanung, das ist es auch, also auch die Parks und die öffentlichen Plätze, wo Menschen

zusammenkommen können. Aber eben auch die Möglichkeiten in den politischen Austausch zu kommen, mit anderen gemeinsam Dinge zu machen, das ist ein öffentlicher Raum, wo ich gemeinsame Interessen formulieren kann und Möglichkeiten habe, diese Interessen auch zum Ausdruck zu bringen. Meiner Meinung nach müssen Demokratie und Sozialsaat laufend neu erkämpft werden. Es gibt eine schöne Definition vom Neoliberalismus: Neoliberalismus ist der andauernde Versuch, den Kapitalismus vor Demokratie und Sozialstaat zu schützen. Unsere Aufgabe ist es, dagegen zu halten und Demokratie und Sozialstaat zum Durchbruch zu helfen.

**Heinz Pichler:** Vielen Dank, für diesen demokratiepolitischen, nochmals verstärkenden, Hinweis, dass die Demokratie gelebt werden muss, dass die Demokratie erkämpft werden muss und, was wir auch schon gehört haben, dass sie auch gelernt werden muss. Frau Barbara Prainsack, was sagen Sie zum Thema „Zurück zur Normalität“?

**Barbara Prainsack:** Ja, jetzt kann ich endlich über das Grundeinkommen reden. Also ich glaube, das ist in der Tat eines der wichtigen Dinge, über die wir nachdenken müssen und zwar aus Gründen, die Peter Kaiser auch schon genannt hat. Es geht um einen Rechtsanspruch. Also Louise Haagh, die Politologin, betont immer wieder, dass Subsistenz, also das, was man für ein bescheidenes Leben braucht, ein Menschenrecht sein muss. Wenn man dem zustimmt, muss man soziale und ökonomische Absicherung als Menschenrecht etablieren. Das bedeutet, wie ich schon in meinem Vortrag betont habe, natürlich nicht, dass man deshalb den Sozialstaat abschaffen sollte oder könnte, im Gegenteil. In meinem Buch verwende ich dieses „Butterbrotmodell“, also die Butter ist das Grundeinkommen in Geldform und das Brot darunter ist der Sozialstaat und die öffentliche Daseinsvorsorge und alles andere, wodurch meine Bedürfnisse befriedigt werden ohne dass ich dafür bezahlen muss. Natürlich würden bestimmte Leistungen, die existenzsichernd sind, durch das Grundeinkommen ersetzt werden (wie z.B. Kinderbeihilfe – weil ja auch Kinder dann ein Grundeinkommen erhalten), aber viele andere Leistungen wie öffentliche Dienstleistungen, Pflegegeld, Zuwendungen, die Menschen bekommen, weil sie besondere Bedürfnisse oder Beeinträchtigungen haben, gehen nicht weg. Der Sozialstaat ist als Vorbedingung für ein Grundeinkommen extrem wichtig. Also ich kann meinen Vorrednerinnen und Vorrednern beipflichten, dass das wahrscheinlich das Allerwichtigste ist, dass wir jetzt in Österreich, wo wir das Glück haben, dass bestimmte Dinge noch nicht abgebaut wurden – auch wenn es natürlich von bestimmten politischen

Richtungen Bestrebungen gibt –, schauen, dass wir nicht nur nicht abbauen, sondern dass wir ausbauen. Dazu gehört die öffentliche Daseinsvorsorge, der Sozialstaat, aber eben auch ein Grundeinkommen.

Ich stelle mir vor, dass das Grundeinkommen so kommuniziert wird, dass man zu den Menschen sagt: Du bekommst es, weil du ein Mensch bist, weil du viele Dinge tust, die nützlich sind. Und nicht als Stilllegungsprämie, was bedeuten würde, so das kriegst du jetzt, damit du nicht verhungerst, weil deine Arbeit wegautomatisiert wurde. Denken wir als positives Beispiel an Pensionistinnen und Pensionisten, die ja schon ein bedingungsloses Einkommen bekommen (das aber leider nicht immer existenzsichernd ist). Die meisten Pensionistinnen und Pensionisten sind nicht faul, die liegen nicht auf der faulen Haut. Sie kümmern sich um Enkelkinder, Gemüsegärten, Kulturgut. Es gibt also keinen Hinweis darauf, dass Menschen faul werden, wenn sie ein bedingungsloses Einkommen erhalten. Natürlich wäre es bei Menschen im erwerbsfähigen Alter so, dass ein Grundeinkommen sich als Ermächtigungsinstrument zur gesellschaftlichen Teilhabe – und auch zur Erwerbsarbeit – verstehen sollte. Die Idee wäre also nicht, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen bei Menschen im erwerbsfähigen Alter als dauerhafte Alternative zur Erwerbsarbeit gesehen wird. In diesem Kontext glaube ich, dass die Aussage, dass es wegen der vielen Teilzeitjobs die Arbeitszeitverkürzung bereits gibt, etwas gefährlich ist. Menschen mit Teilzeitjobs arbeiten ja oft nicht weniger als Menschen die Vollzeit arbeiten – sie bekommen nur einen kleineren Teil ihrer Arbeit bezahlt. Eine alleinerziehende Mutter, die Teilzeit arbeitet, arbeitet ja nicht weniger als eine andere Person, die zwar 40 Stunden im Büro sitzt, aber dafür weniger oder gar keine unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit leisten muss.

Außerdem darf man nicht vergessen: Manche Menschen haben bereits ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen. Damit meine ich jetzt nicht die Pensionistinnen und Pensionisten, sondern jene, die von ihrem Kapitalvermögen leben können. Das sind natürlich nur wenige, aber die haben bereits ein Grundeinkommen. Warum sollen diese Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen haben sollen und andere nicht? Darüber hinaus ist es in Österreich natürlich an der Zeit, dass man Vermögen stärker besteuert.

Und der zweite Punkt ist, dass wir eine Vision brauchen, eine ökologische, nachhaltige, soziale und wirtschaftliche Ordnung. Das ist

absolut mit dem Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen, Ausbau von Pflegekulturarbeit, sozialer Arbeit und grüner Arbeit vereinbar und auch zum Teil mit Jobgarantie für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Eine generelle Jobgarantie ist keine Lösung, das Grundeinkommen ist besser. Aber als gezieltes Instrument für spezifische Gruppen – zum Beispiel ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die arbeitslos werden – sind Jobgarantien ein sehr kluges Instrument. Damit möchte ich schließen.

**Heinz Pichler:** Bevor wir nun von drei Personen ein Schlusswort hören, bekommen wir noch Meldungen aus dem Chat eingeblendet:

- „Schließe mich Ihnen an! TOP“ – Anonym
- „Jede Krise hat ihre Chancen! Die Angst sollte unser Leben nicht bestimmen und jeder muss seinen Beitrag leisten. In Zukunft werden wir uns den neuen Herausforderungen einfach stellen müssen. Danke für diesen interessanten Vormittag!“ – Helga Artac

Herzlichen Dank an Sie, dass Sie so intensiv dabei waren. Wir werden die Rückmeldungen dann auswerten und in der Nachbesprechung darüber sprechen. Die Schlusswortrunde wird von Veronika Bohrn Mena eingeleitet, dann sprechen Peter Kaiser und Martin Kowatsch. Ich darf Sie bitten, ein kurzes Resümee zu diesem heutigen Tag zu bringen.

**Veronika Bohrn Mena:** Wir haben heute ganz viele Maßnahmen gehört, die es dringend braucht und mit dringend meine ich jetzt, nicht in einem Jahr. Wenn wir davon reden, dass wir etwas Besseres wollen als das, was wir vorher hatten, dann müssen wir große Lösungen, eine große Umverteilung anstreben. Wenn wir davon reden, dass wir nur den Status Quo mit der Ungleichverteilung wie vor hundert Jahren erhalten wollen, mit der Arbeitslosigkeit, mit der Ungerechtigkeit, die ein Teil unserer Gesellschaft ist, dann müssen wir trotzdem jetzt handeln. Wenn jetzt nichts passiert, wenn unsere Regierung so weitermacht wie in den letzten Monaten – das ist leider eine traurige Tatsache –, dann wird es nächstes Jahr nicht besser werden, sondern schlechter. Nicht nur was die ganzen Zahlen, die wirtschaftliche Entwicklung angeht. Wir wissen, dass jetzt noch Insolvenzen von Unternehmen verhindert werden können. Wir wissen, dass es jetzt noch Instrumente wie Kurzarbeit gibt, die noch einiges abfedern. Das wird alles nicht ewig funktionieren. Es muss was passieren.

Was ich jetzt als Schlusswort mitgeben will, ist, dass ich befürchte, dass nicht alles einfach so passieren wird. Ich befürchte, es wird nicht einfach so vom Himmel fallen und ich befürchte, es wird bei der Regierung, die wir jetzt haben, nicht unbedingt den Lauf der Dinge nehmen, den wir uns wünschen. Damit da vielleicht wieder Vernunft einkehrt und man wieder ein bisschen mehr am Interesse der Bevölkerung, weniger am Interesse der eigenen Wahlkampfspenden, arbeitet. Dementsprechend müssen wir jetzt was machen. Und deswegen ist mein Abschluss in Wirklichkeit eine Bitte an jede Einzelne und jeden Einzelnen hier: Bitte akzeptieren Sie nicht den Status Quo, stecken Sie bitte nicht den Kopf in den Sand, glauben Sie bitte nicht, dass jetzt alles schlecht wird und wir nichts dagegen tun können. Besinnen Sie sich auf alte Erkenntnisse: Einzeln haben wir überhaupt nichts zu melden, aber in der Gruppe sind wir verdammt viele und wir sind laut. Wenn jede und jeder Einzelne von uns in seinem Umfeld sagt, dass es so, wie es jetzt ist, eigentlich nicht gut läuft, vieles nicht fair ist und wir dagegen etwas machen müssen, dann verändert das etwas. Und wenn wir als Gesamtbevölkerung, als Zivilgesellschaft, als Beschäftigte in den Betrieben, als Schülerinnen und Schüler in den Schulen, als Studierende an den Hochschulen, meinetwegen auch als Erwerbsarbeitslose, die jetzt beim AMS Schlange stehen, oder als Mütter, die mit ihren Kindern am Spielplatz sitzen, wenn wir jetzt alle aufstehen würden und sagen „So, es reicht uns, so wollen wir eigentlich nicht mehr“, dann würde sich sehr schnell etwas ändern. Denn in der Krise kann man so schnell reagieren, es wird zu unerwarteten Mitteln gegriffen, die noch vor zehn Jahren als total utopisch angesehen wurden. Das haben wir jetzt gemerkt. Aber wir müssen es einfordern, von alleine wird es nicht passieren. Mein Abschluss ist ein Appell und eine Bitte an jede und jeden von uns: Wir alle haben eine Stimme, die kann gehört werden und wenn es nur bei der Nachbarin ist. Aber wichtig ist, dass man jetzt nicht den Mund hält, sondern dass man jetzt etwas sagt. Danke.

**Peter Kaiser:** Ich schließe mich dem, insbesondere dem Appell, inhaltlich an. Eine Pandemie wird ja erst dann in den Griff zu bekommen sein, wenn überall kontrolliert werden kann und das wird länger dauern als wir alle uns wünschen. Es wird länger dauern und daher werden wir nicht nur auf das, was es zu ändern gilt, sondern auch auf das, wie wir jetzt durch diese Situation kommen, um nicht noch mehr Menschen, denen es bereits jetzt dreckig geht zu verlieren, aufpassen müssen. Wir werden so etwas wie Grundsicherungsmodelle in der Krise bereits für die Krise entwickeln müssen, sonst verlieren wir Menschen. Nicht nur als Pandemieopfer erster Ordnung, sondern aufgrund der Folgewirkungen.

Ich muss davor warnen, weil ich überall Tendenzen sehe. Das, was ich heute schon einmal angeführt habe, ist nur ein ganz kleiner Teil davon. Es gibt zu viele, die in illiberale Demokratiegestaltung äußert verliebt sind bzw. stark damit kokettieren. Diese Tendenzen werden in Krisensituationen verstärkt, nicht gemildert. Umso wichtiger ist, dass jede Person – und ich nehme niemanden aus – immer das Gefühl eines kritischen demokratischen Korrektivs braucht. Und sei es in dem Fall aus kalkulierbarer Angst heraus. Um es noch einmal zu unterstreichen, es gab vorher den Begriff der Zuschauerdemokratie, nun lassen wir die Politiker tanzen und wir applaudieren. Die Zuhörerdemokratie ist eine, die formale Involvierung und Partizipation signalisiert, aber eben gelenkt und gesteuert wird. Wirkliche Demokratie heißt, dass man sich engagiert. Und das werden wir mehr brauchen als es die Wohlfahrtsgesellschaft Österreich in den letzten zwei Jahrzehnten eigentlich getan hat. Das ist ein Aufruf an uns selber!

## Abschluss

**Martin Kowatsch:** Abschließend zum „gesellschaftlichen Normalzustand“. Wir müssen Verteilungsfragen führen und die Ressourcen anders verteilen.

Wichtig ist, was ist Demokratie? Demokratie ist auch das miteinander Reden, der Austausch von Meinungen, aber auch, dass wir andere Meinungen akzeptieren und für das Gemeinwohl Lösungen finden. Das ist auch ganz was anderes als das, was jetzt da ist, nämlich aus parteistategischen Gründen Entscheidungen zu treffen.

Das System der neoliberalen Wirtschaft ist gescheitert, wenn wir das jetzt ganz frech und geradehinaus sagen. Mehr privat und weniger Staat funktioniert vor allem in Krisensituationen überhaupt nicht, das sehen wir jetzt. Da ist dann der Ruf, dass der Staat alles machen sollte, wieder da, aber vor allem von denen, die viel haben.

Wir müssen aufpassen, wenn das so fortgeführt wird, sind das sehr gefährliche Entwicklungen. Denn: Wer zahlt schlussendlich die Zeche? Erste Ansätze sind schon da, nicht jene, die viel haben, wollen zahlen. Die Strategie geht in die Richtung, dass man bei denen spart, die bereits wenig haben. Bitte schauen wir, dass wir gemeinsam darüber diskutieren und vor allem andere Maßnahmen realisieren. Das können wir nur gemeinsam durchsetzen. Um auf ein Beispiel von Markus Marterbauer einzugehen: Die Langzeitarbeitslosigkeit



keit verfestigt sich. Das ist gesellschaftlich problematisch und wenn wir weiterdenken, Langzeitarbeitslose haben Familie und Kinder, deren Bildungschancen sinken, der Kreislauf dreht sich weiter. Bildung generiert Fortschritt. Das ist auch ein Grundsatz, auf den wir aufbauen sollten. Bildung muss als Grundrecht angesehen werden, dass jeder diese Chance in Anspruch nehmen kann.

Letzter Punkt: Die soziale und ökonomische Schere geht weiter auf. Wenn wir nicht dagegen ankämpfen, dann ist das leider eine sehr problematische Perspektive. Durchbrechen wir gemeinsam diese Ungleichheit. Schauen wir, dass wir die Änderungen durchsetzen. Schauen wir, dass Gerechtigkeit in der Gesellschaft vorherrscht, denn Gerechtigkeit muss sein. Herzlichen Dank.

**Heinz Pichler:** Ja, danke Martin Kowatsch, der das Schlusswort für die Arbeiterkammer sprach. Ich bedanke mich bei den Referentinnen und Referenten, bei den Diskutantinnen und Diskutanten, bei allen Zuhörerinnen und Zuhörern und bei allen, die sich aktiv an dieser Veranstaltung beteiligt haben. Vielen Dank auch an unsere Online-Zuseherinnen und Zuseher, die sich ebenfalls aktiv über den Chat eingebracht haben und wertvolle Wortmeldungen abgegeben haben.

Ein großes Dankeschön an unsere Kolleginnen und Kollegen, die hinten im Regieraum sitzen, sowie dem Team der AK Bildungsabteilung und dem gesamten Vorbereitungsteam, das diese Veranstaltung inhaltlich organisiert hat.

*Zur besseren Lesbarkeit wurden einzelne Passagen dieses transkribierten Textes geringfügig gekürzt oder abgeändert und in Rücksprache mit den Gesprächsteilnehmer\*innen in die vorliegende Fassung eingearbeitet und freigegeben.*

## Kurzbiographien der Herausgeber und Referent\*innen

Foto © Ingo Pertramer



**Barbara Blaha, Mag.**, arbeitet am liebsten an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Sie leitet das Momentum Institut, den Think Tank der Vielen, wie den Momentum Kongress, ist Universitätsrätin der Universität Salzburg. Sie lehrt am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien und ist Mitgründerin des Wiener Balls der Wissenschaften.

Foto © Michael Mazohl



**Veronika Bohrn Mena**, ist seit 2013 hauptberuflich in der Interessenvertretung der Gewerkschaft GPA-djp mit dem Schwerpunkt atypische Beschäftigung tätig, war zuvor Vorsitzende der Plattform Generation Praktikum und hat sich in der Österreichischen HochschülerInnenschaft engagiert. Nach sieben Jahren intensiver Beschäftigung mit prekären Arbeitsverhältnissen, atypischer Arbeit, Segmentierungsprozessen und Veränderungen in der Arbeitswelt mitsamt ihren Auswirkungen, macht die Autorin Veronika Bohrn Mena ihre Erkenntnisse nun in Buchform einer breiten LeserInnenschaft zugänglich.

Foto © LPD Kärnten



**Peter Kaiser, Dr.**, studierte Soziologie und Pädagogik, promovierte 1993 zum Doktor der Philosophie. Seine politische Laufbahn begann bei der Sozialistischen Jugend und dem Österreichischen Jugend-

herbergsverband. Er war Kärntner Landtagsabgeordneter, ist seit 2008 Mitglied der Kärntner Landesregierung und seit März 2013 Kärntner Landeshauptmann. Dieses Amt übt er neben weiteren Positionen (stellvertretender Bundesparteivorsitzender) in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs aus. Er erhielt 2016 das Große Silberne Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik.

Foto © Glanzing Spittal/Drau



**Martin Klemenjak, FH-Prof. Dr.**, Professur für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Erwachsenenalter und Erwerbsleben und Leiter der

Forschungsgruppe „Lernen im Prozess der Arbeit“ (LiPA) an der Fachhochschule Kärnten; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Berufliche Integration, Erwachsenenbildung, Sozialpolitik und Politische Partizipation.

Foto © Fritzpress



**Martin Kowatsch, Dr.**, ist erlernter Betriebselektriker und seit 2001 Arbeiterbetriebsratsvorsitzender der RHI Magnesita Radenthein. Darüber

hinaus ist er Mitglied des Vorstandes der Arbeiterkammer Kärnten und Fraktionsvorsitzender der Produktionsgewerkschaft (PROGE) Kärnten. Er promovierte 2013 zum Doktor der Philosophie an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. 2018 erschien sein sozialhistorisches Buch „RADENTHEIN. Arbeiterleben und Wirtschaftswandel – zur Entstehung eines Weltkonzerns“ im ÖGB Verlag.



**Markus Marterbauer, Dr.,** leitet die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Arbeiterkammer Wien. Nach dem Studium der Volkswirtschafts-

lehre an der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien war er als Universitätsassistent an dieser tätig, von 1994 bis 2011 war er am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) für Konjunktur und gesamtwirtschaftliche Analysen verantwortlich, seit 2011 ist er in der AK tätig. Er ist Vizepräsident des Fiskalrates und Budgetexperte im Nationalrat, sowie Mitglied des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen. Er unterrichtet an der WU Wien und der Universität Wien.



**Heinz Pichler, Mag.,** Bildungsexperte und Erwachsenenbildner in der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Kärnten; Vortragender an den

Kärntner Gewerkschaftsschulen, der Fachhochschule Kärnten und der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.



**Barbara Prainsack, Univ.-Prof. Dr.,** ist Leiterin des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien, wo sie auch die Forschungsgruppe

„Zeitgenössische Solidaritätsstudien“ leitet. Davor lehrte sie zehn Jahre lang am Institut für Globale Gesundheit und Sozialmedizin am King's College London. Neben ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit (insbesondere im Bereich

Gesundheits- und Technologiepolitik) ist sie Mitglied zahlreicher Beratungsgremien wie der Österreichischen Bioethikkommission und der Europäischen Gruppe für Ethik der Naturwissenschaften und der Neuen Technologien, welches die Europäische Kommission berät.



**Daniel Weiditsch, Mag.,** seit 2019 Bildungsreferent der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten, zuvor Koordinator und

wissenschaftlicher Mitarbeiter am IGKA; Vortragender an den Kärntner Gewerkschaftsschulen; nebenberuflicher Lektor an der Fachhochschule Kärnten; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Betriebsräthliche Aus- und Weiterbildung, Politische Bildung, Zeitgeschichte.

Diese Ausgabe der Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“ wurde in Kooperation mit dem Studiengang Soziale Arbeit der Fachhochschule Kärnten, der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule, dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, den Kärntner Volkshochschulen, der Bildungsdirektion Kärnten, dem Institut für die Geschichte der Kärntner Arbeiterbewegung und dem Universitäts.clubWissenschaftsverein Kärnten erstellt.

ISBN-Nr.: 978-3-200-01985-0

**Impressum:**

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:  
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten  
9021 Klagenfurt am Wörthersee, Bahnhofplatz 3

FH-Prof. Dr. Martin Klemenjak  
Mag. Heinz Pichler  
Mag. Daniel Weidlitsch

Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge  
liegt bei den jeweiligen Referent\*innen.

Gestaltung: GAPasterk  
Druck: BUCH.THEISS GmbH  
April 2021